

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Oktober 2025

Der Internationale Tag der älteren Menschen am 1. Oktober dieses Jahr mit dem Motto „Ja zum Alter“

Die älteren Menschen sichtbarer machen

Der Weltaltentag wurde im Jahr 1990 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Er erinnert an die Bedeutung älterer Menschen in unserer Gesellschaft und trägt dazu bei, die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken. Aber dieser Tag ist in Deutschland nahezu unbekannt. Dabei gibt es viele Gründe, diesen Tag genauer in den Blick zu nehmen.

In diesem Jahr steht der Weltaltentag unter dem Motto „Ja zum Alter“. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), eine der Initiatoren dieser Kampagne, lädt ein, sich an der Aktion „Ja zum Alter“ zu beteiligen. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg ist dabei, denn das Thema Älterwerden soll stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken.

Alter und Einsamkeit

Alter wird oft zusammen mit Einsamkeit erwähnt. Das wird auch im Rahmen der Beratungsarbeit des SoVD-Landesverbandes in Berlin und Brandenburg deutlich. Im Austausch erfahren die ehrenamtlichen Berater*innen aus erster Hand, dass Senior*innen mit zunehmendem Alter aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Dabei leben gerade in Berlin viele ältere Singles, meist alleinstehende oder verwitwete Frauen.

Aus vielen Gesprächen mit den oft verzweifelten alten Menschen geht hervor, dass Überforderung und das Nichtwissen, wo es Hilfe und Unterstützung gibt, viele Senior*innen betrifft

und vor allem belastet, sagt Heike Roß-Ritterbusch, Ehrenamtskoordinatorin des SoVD-Landesverbandes.

Alter und Digitalisierung

Die Digitalisierung soll den Alltag erleichtern. Das Versprechen funktioniert leider für viele alte Menschen nur in der Theorie. Oft stehen die Älteren hilflos vor den technischen Anforderungen und sind dann digital abgehängt. Gerade hier müssen die Senior*innen dringend mitgenommen und altersentsprechende Lösungen gefunden werden.

Mittlerweile gibt es in Berlin Angebote, die genau hier ansetzen und digitale Hürden abbauen wollen. Dazu gehören die sogenannten „Digital-Zebraw“ der Berliner Landesbibliotheken, das Infotelefon von Silbernetz oder ehrenamtliche Besuchsdienste sowie Digitalkurse für Senior*innen, die auch der SoVD anbietet.

SoVD macht Altenarbeit

Der SoVD-Landesverband wirkt mit praktischen Angeboten wie dem Senior*innen Computer Club oder einem Frau-

enstammtisch der Einsamkeit entgegen. Daneben engagieren sich viele Mitglieder in den Kreis- und Ortsverbänden zum Teil schon über mehrere Jahre auf Bezirks- sowie Landesebene in der Seniorenpolitik. Das geschieht in Gremien wie dem Landesseniorenbeirat, der Landesseniorenvertretung und in Brandenburg im Landesbehindertenbeirat. Da das Alter eng mit den Themen Inklusion und Barrierefreiheit verbunden ist, ist der SoVD auch hier aktiv.

Altenhilfstrukturgesetz

Eines der wichtigsten seniorenpolitischen Themen ist das Berliner Altenhilfstrukturgesetz „Gutes Leben im Alter“. Es geht darum, Strukturen und Angebote zu schaffen, die ein selbstbestimmtes und gutes Leben im Alter ermöglichen. Das Ziel: die vielfältigen Bedarfe der älteren Berliner*innen mit einem Gesetz zu unterlegen, damit sie zukünftig verpflichtend auf Landes- und kommunaler Ebene und ressortübergreifend berücksichtigt werden. Damit könnte Berlin das erste Bundesland werden, dass ein solches Gesetz vorlegt.



Foto: 8881543_1920/pixabay

Senior*innen machen einen wachsenden Anteil in der Gesellschaft aus. Ihre Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich.

Positionspapier der BAGSO

Die Alterung von Gesellschaften ist schon lange nicht nur ein nationales, sondern auch ein wichtiges internationales Phänomen. Deshalb hat die BAGSO, die deutsche Interessenvertretung dieser Altersgruppe, im Vorfeld des zweiten Weltsozialgipfels, der Anfang November 2025 stattfinden wird, ein wichtiges Positionspapier zum Thema „ältere Menschen und Altern“ mit ausgearbeitet und unterzeichnet. Dieser Weltgipfel soll auch ein Meilenstein für generationenübergreifende und inklusive Politik werden. Ältere Menschen dürfen in der globalen Sozialpolitik nicht länger übersehen werden.

Keine homogene Gruppe

Der 1. Oktober ist ein wichtiger Aktionstag – nicht nur für die Sichtbarkeit älterer Menschen, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Denn die Gruppe der Senior*innen umfasst mittlerweile mit einer Altersspanne von 60 bis über 100 Jahre gut zwei Generationen.

Diese lebenserfahrenen Menschen sind weder eine einheitliche Bevölkerungsgruppe, noch bereiten sie, wie in der öffentlichen Wahrnehmung oft dargestellt, vor allem Probleme.

In Wirklichkeit ist diese Bevölkerungsgruppe extrem heterogen, vielfältig und divers – so wie der Rest der Berliner Bürger*innen.

Landesverband bei Gedenkveranstaltung zum Tag des Mauerbaus anwesend

Opfer der Teilung nicht vergessen

Am 13. August jährte sich der Bau der Berliner Mauer zum 64. Mal. Aus diesem Anlass fanden zahlreiche Gedenkveranstaltungen in Berlin und Brandenburg statt, unter anderem für die Toten, die bei ihren Fluchtversuchen an der Berliner Mauer starben.

Auch dieses Jahr kamen zahlreiche Bürger*innen, Gäste und Zeitzeugen am Gedenkreuz für Horst Frank, der bei einem Fluchtversuch erschossen wurde, in der Klemkestraße zusammen, auf Einladung von Burkard Dregger (MdB, CDU). In seiner Rede betonte Aktivist Carl-Wolfgang Holzappel, dass das Engagement für Demokratie und Menschenrechte wichtig sei und das Gedenken an die Toten an der Mauer und die unmenschliche Willkür des DDR-Regimes verpflichtend sei. Für den SoVD nahm Landesvorsitzender Joachim Krüger mit weiteren Mitgliedern teil.



Beim Gedenken, organisiert von Burkard Dregger (Mitte), war auch Joachim Krüger (re.) mit dabei.



SoVD-Inklusionslauf am 11. Oktober!

Der SoVD-Inklusionslauf ist eine Sportveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld für Menschen mit und ohne Behinderungen. Mitmachen kann jede*r, ob jung oder alt. Alle sind willkommen und können auf ihre individuelle Weise teilnehmen: laufen, walken, rollen oder skaten. Es geht nicht um den Wettbewerb, sondern um Fortbewegung mit anderen und mit Spaß.

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg wird mit einem Informationsstand bei der Veranstaltung dabei sein.

Sichern Sie sich rechtzeitig Ihre Teilnahme an dieser inklusiven Sportveranstaltung. Die Anmeldung erfolgt ganz einfach online unter: <https://my.raceresult.com/335018/registration>.

Entlastung bei geringem Einkommen möglich

SoVD-Mitgliedsbeitrag als „notwendige Ausgabe“

Empfänger*innen von Grundsicherung, Sozialhilfe oder Bürgergeld können den SoVD-Mitgliedsbeitrag unter bestimmten Voraussetzungen angerechnet bekommen und somit höhere Sozialleistungen erhalten. Dazu müssen die Betroffenen ein Einkommen nachweisen können. Denn dieses wird bei der Anrechnung zugrunde gelegt.

Die SoVD-Mitgliedschaft kann bei Berufstätigen als notwendige Ausgabe bei der Ermittlung des anzurechnenden Einkommens abgezogen werden, bevor Sozialleistungen wie Bürgergeld oder Sozialhilfe berechnet werden. Voraussetzung: Die Sozialleistungen müssen aufstockend bezogen werden. Die Person hat zwar eigenes Einkommen durch Arbeit, Rente oder andere Einkünfte, dieses reicht aber nicht aus, um den notwendigen Lebensunterhalt vollständig zu sichern.

Bei dem SoVD-Mitgliedsbeitrag handelt es sich um eine anerkannte, notwendige Ausgabe, die bei dem auf die Leistungen anrechenbarem Einkommen Berücksichtigung findet. Da sich dieses Einkommen um die Beitragszahlung verringert, werden die Sozialleistungen dadurch möglicherweise höher. Das gilt auch für die Empfänger*innen einer Rente.

Wird Sozialhilfe oder Grundsicherung bezogen, erfolgt die Anrechnung meist unproblematisch, zum Beispiel auf die Rente. Das zuständige Amt muss dazu allerdings über die SoVD-Mitgliedschaft informiert sein. Gegebenenfalls wird ein Nachweis verlangt.

Im Zusammenhang mit Bürgergeld ist die Lage etwas komplizierter. Hier ist der Beitrag nur absetzbar, wenn der*die erwerbstätige Leistungsberechtigte mehr als 400 Euro im Monat verdient und notwendige Ausgaben nachweist. Diese Ausgaben müssen zusammen mit den Absetzbeträgen monatlich 100 Euro übersteigen.

Genauere Informationen dazu erhalten Mitglieder in der für sie zuständigen SoVD-Beratungsstelle.

Beschwerden beim Teilhabebeirat des Bezirkes Mitte

Ein respektvolleres Verhalten eingefordert

Der Teilhabebeirat des Bezirkes Mitte hat sich mit Klagen über unsachgemäße Behandlung und über Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen beim täglichen Transport von ihrer Unterbringung in eine Werkstatt beschäftigt. Anlass sind eingereichte Beschwerden von Betroffenen.

Der Sonderfahrdienst ist ein Angebot zur Beförderung von Personen mit Behinderungen zu Werkstätten und anderen Orten. Dieser Fahrdienst wird vom Land Berlin getragen und richtet sich an Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht in der Lage sind, öffentliche oder andere Verkehrsmittel zu nutzen.

Für den Teilhabebeirat geht es darum, welche Qualifikationen die dort tätigen Mitarbeitenden vorab nachweisen müssen und ob sie auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit vorbereitet beziehungsweise fortgebildet werden. Hierzu gehören auch ein einfühlsamer Umgang und respektvoller Ton gegenüber den Kund*innen.

Weiter muss gesichert werden, dass entsprechende Klagen in den bezirklichen Sozialämtern ernst genommen werden und ihnen zeitnah nachgegangen wird. Schließlich werden diese Transportleistungen durch die Sozialkassen der Bezirke finanziert, was eine effektive Kontrolle rechtfertigt und notwendig macht.

Da diese Thematik für alle Stadtbezirke relevant ist, hat der bezirkliche Teilhabebeirat seinen Fragen- und Forderungskatalog auch dem Landesteilhabebeirat vorgelegt. Eine Antwort steht noch aus.

www.sovd-bbg.de



Foto: daskleineatelier / Adobe Stock

30 Jahre ehrenamtlicher Besuchsdienst des SoVD Berlin-Brandenburg

Tatkräftiger Nachwuchs gesucht

Seit über 30 Jahren gibt es den ehrenamtlichen Besuchsdienst im SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg. Da viele, die sich dort ehrenamtlich engagieren, inzwischen schon älter sind, werden dringend jüngere Interessent*innen gesucht.

Fehlende gesellschaftliche Teilhabe, die oft in Einsamkeit mündet, betrifft viele Menschen, insbesondere Senior*innen und alleinstehende kranke Menschen oder mit Behinderungen. Ehrenamtliche Besucher*innen schaffen Abhilfe mit Aktivitäten wie Vorlesen, Zuhören, Spielen, Begleiten und Unterstützen bei praktischen Verrichtungen im Alltag, wie Arztbesuchen, Einkäufen oder bei Behördengängen. Weil auch die ehrenamtlichen Besucher*innen älter geworden sind, wird dringend Nachwuchs gesucht, gerne auch jüngere Berliner*innen.

Es braucht nicht viel, um Besucher*in zu werden: ein offenes Herz sowie Zeit und Lust, sich regelmäßig auf einen lebenserfahrenen, aber nicht mehr mobilen oder beeinträchtigten älteren Menschen einzulassen.



Heike Roß-Ritterbusch kümmert sich um die Ehrenamtlichen.

Die SoVD-Ehrenamtsmanagerin Heike Roß-Ritterbusch bereitet die Interessent*innen auf ihre Aufgabe vor, begleitet sie fachlich und praktisch und steht ihnen immer als Ansprechpartnerin zur Seite. Wer mitmachen möchte, kann sich

im Ehrenamtsbüro „Hand in Hand – gemeinsam statt einsam“ bei Roß-Ritterbusch melden, unter Tel.: 030 / 26 39 38 21 oder Tel.: 0160 / 92 82 45 99 (plus Anrufbeantworter) oder per E-Mail an: ehrenamt@sovdbbg.de.

Teilhabeberat Berlin-Mitte will Haushaltsmittel in den Sozialämtern abklären

Genug Geld da für die Teilhabe?

Das SGB IX regelt die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Es trat am 1. Juli 2001 in Kraft und wurde durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) weiterentwickelt. Der Teilhabebeirat des Bezirkes Mitte will prüfen, inwieweit die Vorgaben umgesetzt wurden und ob die Haushaltsmittel ausreichend waren.

Seit im BTHG in den Jahren 2017 bis 2023 die Vorgaben zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen formuliert worden sind, ist schon einige Zeit vergangen. Inzwischen sollten diese Vorgaben vor Ort in den bezirklichen Teilhabefachdiensten zur Anwendung kommen. Es geht dabei besonders um den Paragraphen 113 des SGB IX, der die Unterstützung für Menschen mit Behinderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft regelt. Diese Leistungen umfassen beispielsweise Unterstützung beim Wohnen, in der Freizeit oder auch heilpädagogische Leistungen und sind darauf ausgerichtet, eine selbstbestimmte Lebensführung zu fördern. Die konkreten Leistungen werden im Rahmen der Gesamtplanung festgelegt und sind von anderen Reha-Maßnahmen abzugrenzen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen die zuständigen Sozialämter in den Berliner Stadtbezirken neben gut geschultem Fachpersonal die dazu nötigen Haushaltsmittel. Im Teilhabebeirat des



Foto: 24K-Production / AdobeStock

Mobil sein, wenn nötig mit Hilfe, gehört zur Teilhabe am Leben.

Bezirk Mitte wird deshalb zurzeit der Versuch unternommen, zu klären, ob die dafür eingestellten Haushaltsmittel 2024 ausreichend waren beziehungsweise, ob Defizite am Jahresende durch das Land Berlin ausgeglichen wurden.

Angesichts der Sparpolitik in Berlin geht es auch darum, wie die finanziellen Mittel für das laufende Jahr angesichts der wachsenden Nachfrage kalkuliert sind. Dabei werden die Ratsmitglieder darauf zu achten haben, dass nicht aus Mittelknappheit berechnete Hilfen

abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben werden.

„Denn wenn die Hilfen nicht den Berechtigten ohne Wenn und Aber zeitnah gewährt werden, sind das gesamte Bundesteilhabegesetz und die einschlägigen Bestimmungen des SGB IX eine reine Luftnummer, die den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009, die Deutschland unterschrieben hat, nicht gerecht werden“, gibt Joachim Krüger, Landesvorsitzender des SoVD-Berlin-Brandenburg, zu bedenken.

Aus den Orts- und Kreisverbänden

**Kontaktstelle
Brandenburg an der Havel**

Das Höfefest in der Altstadt von Brandenburg an der Havel ist seit vielen Jahren ein Höhepunkt des Veranstaltungsjahres für die Stadt und seine Umgebung. Mit 42 teilnehmenden Akteur*innen gab es dieses Jahr eine Rekordbeteiligung. Der SoVD-Kreisverband Brandenburg Süd-West präsentierte sich mit seinem Beratungsmobil auf einem der zentralen Veranstaltungsorte – dem Alt-

städtischen Markt, direkt vor dem Rathaus der Stadt. Kreisvorsitzende Cornelia Schreiber und der Sozialberater Frank Gerstmann von der Beratungsstelle Brandenburg an der Havel wurden von Helfer*innen unterstützt. Man kam mit den Besucher*innen ins Gespräch, stellte den SoVD, seine Arbeit und Ziele sowie die zahlreichen Angebote vor, und so mancher Gast hatte auch konkrete Fragen zum Sozialrecht. Auch der Oberbürgermeister der Stadt,

Steffen Scheller (CDU), sowie der Geschäftsführer des SoVD-Landesverbandes, Florian Förster, schauten vorbei.

**Kreisverband
Tiergarten-Wedding**

Trotz Sommerpause hatte der SoVD Tiergarten-Wedding seine Mitglieder eingeladen. 40 von ihnen kamen und hatten einiges zu feiern: Das Ehepaar Rita Krüger-Bieberstein, Schatzmeisterin, und Joachim Krüger, 1. Vorsitzender, bringen gemeinsam 152 Lebensjahre Erfahrung mit und Joachim Krüger bestreitet im SoVD seit 27 Jahren Ämter. Auch die Vorsitzenden von Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf waren unter den Gratulant*innen.

Viel haben die aktiven Mitglieder im Kreisverband in den letzten Jahren gemeinsam erlebt: vom Besuch der Behindertenwerkstätten Berlin, dem Kräutergarten in Lübars, über Fahrten in den Landkreis Kulmbach und auf die Insel Amrum, über sozialpolitische Diskussionen bis hin zu kulturellen Veranstaltungen über die Geschichte des Kurfürstendamms oder des



Kreisverband Tiergarten-Wedding

Schlosses Charlottenburg.

Vor allem ist den Mitgliedern aber die enge Vernetzung untereinander wichtig: Gegenseitige Besuche und regelmäßige Telefongespräche sorgen dafür, dass keine*r vergessen wird. Wo immer es möglich ist, bekommen Mitglieder in Notfällen auch schnelle Hilfe.

Ortsverband Berlin-Mitte

Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ startete am 20. August erfolgreich der erste Stammtisch des Ortsverbandes

im Restaurant „Ännchen von Tharau“. Im Vordergrund stand das Miteinander, der Austausch zu vielen Themen oder der Wunsch, einfach mal aus dem Alltag herauskommen. Alle Teilnehmer*innen unterhielten sich gut und haben schon Ideen für weitere Treffen geschmiedet.

Vereinbart wurde, dass der Stammtisch künftig immer am dritten Mittwoch im Monat von 16 bis circa 19 Uhr stattfindet. Die nächsten Treffen werden in
Fortsetzung auf Seite 14



Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Sozialberatung

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

**Landesverband
Berlin-Brandenburg**

Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Geschäftsführung: Florian Förster, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: florian.foerster@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin und Mark Jeroen Brozek, E-Mail: redaktion@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung

Der SoVD berät seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen – wir verhelfen Ihnen zu Ihrem Recht. Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige Alltags- und Sozialberatung in Ihrer Gliede-

rung. Zur Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitglieds- und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen!

**Kreisverband Berlin-Ost
Ortsverband
Treptow-Köpenick**

Ansprechpartner: Holger Kahl, E-Mail: kv.berlinost@sovd-bbg.de.

**Kreisverband Charlotten-
burg-Wilmersdorf**

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, Nachbarschaftsheim, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin. **Ansprechpartner*in:** Jutta Zoll, Tel.: 0151/10 02 62 69, E-Mail: jutta.zoll@sovd-bbg.de; Jürgen von Rönne und Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

**SoVD-Beratungsstelle
Bürgerzentrum Neukölln**

Mittwochs 13–15 Uhr, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Sozialberatungen erfolgen nur per E-Mail an: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Ansprechpartnerin:** Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667.

Bitte sagen Sie vergebene Termine rechtzeitig ab, wenn sie diese nicht wahrnehmen können.

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de. Bitte sagen Sie vergebene Termine rechtzeitig ab, wenn sie diese nicht wahrnehmen können.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

**Kreisverband
Steglitz-Zehlendorf**

Termine nach Vereinbarung, **Ansprechpartner:** Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

**Kreisverband
Tempelhof-Schöneberg**

Termine nach Vereinbarung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

**Kreisverband
Tiergarten-Wedding**

Jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. **Ansprechpartner*in:** Joachim Krüger und Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

**Kreisverband
Brandenburg Nord-Ost
Ortsverband Prignitz-Ruppin**

Termine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de und Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

**Sozialberatungsstelle
Hoppegarten**

Sozialberatung jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, im Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999 oder E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dienstags 14–17 Uhr, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel. **Ansprechpartner:** Frank Gerstmann,

Tel.: 0175/19 68 636, E-Mail: ks.brandenburg-havel@sovd-bbg.de.

**Eisenhüttenstadt,
OT Fürstenberg / Oder-Spree**

Sozialberatung nach Anmeldung und telefonisch, montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. **Ansprechpartner:** Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

**SoVD-Sozialmobil
im südlichen Brandenburg**

Mobile Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

**Sozialberatungsstelle
Finsterwalde**

Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.



Herzlichen Glückwunsch



Aus den Orts- und Kreisverbänden

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams gratuliert der Landesverband Berlin-Brandenburg herzlich zum Geburtstag!

- Besondere Glückwünsche gehen an:
- 90 Jahre:** 17.10.: Ilse Tackmann; 23.10.: Gisela Marnitz; 31.10.: Gisela Müncheberg, alle Berlin.
- 91 Jahre:** 1.10.: Renate Müller, Brandenburg; 17.10.: Hans Werner Linemann; 18.10.: Klaus Peter Kosanke; 26.10.: Gerhard Brieghel, alle Berlin.
- 92 Jahre:** 23.10.: Margot Hingst, Berlin; 28.10.: Annemarie Jestremski, Glienicke.
- 93 Jahre:** 16.10.: Günter Büch, Berlin.
- 94 Jahre:** 8.10.: Kurt Rösicke, Hoppegarten; 13.10.: Günter Döberschütz, Berlin.
- 95 Jahre:** 6.10.: Willy Kempka, Berlin.
- 96 Jahre:** 5.10. Karla Struck, Berlin.
- 98 Jahre:** 3.10.: Waltraud Heyll, Altruppin; 11.10.: Ursa Triebke, Guben; 24.10.: Udo Dittberner, Berlin.
- 99 Jahre:** 22.10.: Irene Schulz, Berlin.

- Glückwünsche und Dank für langjährige Treue gehen an:
- 35 Jahre:** 1.10.: Maria Bald, Berlin; 1.10.: Michael Brodziszewski, Rüdersdorf; 11.10.: Waltraud Dewitz, Berlin; 1.10.: Horst Manig, Bad Liebenwerda; 1.10.: Angelika Ness, Elsterwerda; 1.10.: Monika Neumann, Berlin; 1.10.: Christa Otto, Berlin; 1.10.: Ilona Wendt, Bad Liebenwerda.
- 40 Jahre:** 14.10.: Anton Schmeis, Berlin.
- 45 Jahre:** 1.10.: Helga Mensch, Berlin.
- 55 Jahre:** 1.10.: Dieter Hähnel, Berlin.
- 60 Jahre:** 1.10.: Hans-Joachim Beuke, Berlin.

Fortsetzung von Seite 13

der Rubrik „Termine“ in der Beilage veröffentlicht. Die Ansprechpersonen und Initiator*innen des Stammtisches, Mario König und Barbara Kramer, freuen sich schon auf viele Gäste beim nächsten Stammtischtreffen am 15. Oktober.

Kreisverband Neukölln

Nach der Sommerpause fand im Kreisverband Neukölln am 18. August wieder ein Mitgliedertreffen statt. Als Gast referierte Christine Wanjura-Hübner von der Seniorenvertretung Neukölln über die Themen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die Zuhörer*innen hatten nach dem Vortrag viele Fragen, einige davon konnten direkt beantwortet werden. Auch Prof. Bodo Manegold (CDU), ehemaliger Bezirksbürgermeister von Neukölln, schaute als Gast vorbei. (S. Foto, v. li.: Prof. Bodo Manegold, Referentin Christine Wanjura-Hübner und Alfred Lotz vom Kreisverband Neukölln.)



Ortsverband Berlin-Mitte



Kreisverband Neukölln



Termine

- Landesgeschäftsstelle**
- Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: Line-Dance. **Anmeldung unter Tel.: 0171/41 45 266, E-Mail: sabine.laudahn@sovd-bbg.de.**
- Jeden Donnerstag, 12–17 Uhr: Nähwerkstatt „Gemeinsam kreativ“ im 1. OG. **Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch.**
- Jeden 4. Mittwoch im Monat, 13.30–15.30: Senior*innen Computer Club. Es werden noch Freiwillige als Digital-Pat*innen gesucht! **Bitte vor der ersten Teilnahme anmelden bei Heike Roß-Ritterbusch.**
7. Oktober, 14 Uhr: Aktion Herzkissen. **Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch.**
15. Oktober: Tagesfahrt in die Märkische Schweiz nach Buckow, maximal 15 Personen (Warteliste). **Anmeldung bei Dieter Roch.**
27. Oktober, 16 Uhr: AG Ehrenamt. **Anmeldung eine Woche vorher bei Heike Roß-Ritterbusch.**
- Anmeldungen bei Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.**
- Anmeldungen bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99 (mit AB), E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.**
- Anmeldungen bei Dieter Roch, Tel.: 0176/46 04 19 60. Bitte deutlich Nachnamen, Vornamen und Rückrufnummer hinterlassen.**
- Veranstaltungsort: Landesge-
- schaftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, barrierefreier Eingang Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12.
- Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost**
- Ansprechpartner:** Bernd Röber, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.
- Ortsverband Berlin-Mitte**
15. Oktober, 16 Uhr: Offener Stammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“. Rolandufer 6, 10179 Berlin. **Ansprechpartner:** Michael Meder, Telefon: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinmitte@sovd-bbg.de.
- Ortsverband Charlottenburg**
21. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin. **Ansprechpartner:** Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02 oder 030/38 27 645, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.
- Ortsverband Wilmersdorf**
16. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. **Ansprechpartner:** Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.
25. Oktober, 10 Uhr: Frauenstammtisch, Restaurant Änn-

- chen von Tharau, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Barbara Kubanke Tel.: 030/38 12 703.
- Ortsverband Treptow-Köpenick**
- Ansprechpartner:** Holger Kahl, Tel.: 030/26 3 9 38 01, E-Mail: ov.treptoe@sovd-bbg.de.
- Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow**
20. Oktober, 16 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag von Sabina Künzel-Barben (Betreuungsverein Neukölln e.V.), Gemeindehaus ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 36, 12349 Berlin. **Ansprechpartner:** Alfred Lotz, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.
- Kreisverband Reinickendorf**
10. und 17. Oktober, 14 Uhr: Mitgliedertreffen mit Bingo. Gäste sind herzlich willkommen. **Ansprechpartnerin:** Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de.
- Veranstaltungsort: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin.
- Ortsverband Spandau-Mitte**
8. Oktober, 14 Uhr: Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27–29, 13581 Berlin.
23. Oktober, 18.45 Uhr: Erntedank-Veranstaltung, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße

- 10 A, 13597 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.
- Ortsverbände Spandau Nord / Süd und Falkensee**
16. Oktober, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag von Karl-Heinz Bannasch, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.
- Kreisverband Steglitz-Zehlendorf**
9. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.
22. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin.
- Ansprechpartner:** Wolfgang Engelman, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.
- Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg**
11. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Motto „Oktoberfest“, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

- Kreisverband Tiergarten-Wedding**
14. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit einem Bericht aus dem Landesseniorenbeirat.
26. Oktober, 14 Uhr: Bebilderter Vortrag „Kaiserin Augusta – selbstbewusst, mutig und sozial engagiert“, Sozialwerk Berlin, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin (Grunewald).
28. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Aktuelles aus dem Landesverband und Vorbereitung der anstehenden Landesverbandstagung.
- Veranstaltungsort: Waldstraße 48, 10551 Berlin.
- Rechtzeitige Anmeldung zu den Veranstaltungen ist erforderlich!**
- Ansprechpartnerin:** Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder Tel.: 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.
- Ortsverbände Fürstenwalde, Oberhavel, Prignitz-Ruppin**
- 10., 17. und 24. Oktober, 10–13 Uhr: SoVD-Mal- und Zeichenkurs für Erwachsene auf dem Campus Schloss Trebnitz, Bildungs- und Begegnungsstätte, Platz der Jugend 4, 15374 Müncheberg.
- Informationen und Anmeldung:** Helmut Simon, Tel.: 0162/69 50 107, E-Mail: sovd.simon@web.de.

Nur ein Drittel der Deutschen hat laut Finanztip-Umfrage ein Testament

Pflichtteil auch bei Enterbung

Obwohl immer mehr Vermögen vererbt und verschenkt wird, haben rund zwei Drittel der Deutschen kein Testament. Das zeigt eine aktuelle repräsentative Umfrage des unabhängigen Geldratgebers Finanztip. Jede dritte Person weiß nicht, dass auch ein enterbtes Kind Anspruch auf einen Pflichtteil des Erbes hat – ein Irrtum, der teuer werden kann. Ein neues E-Paper von Finanztip erklärt zehn typische Erbfälle und gibt praktische Tipps zur Nachlassplanung.

Das Thema Erben spaltet die Bevölkerung: Die Hälfte der Befragten hat sich nach eigenen Angaben noch nicht mit dem Thema Vererben auseinandergesetzt. Ein Drittel hat bereits ein Testament gemacht. Vor allem ältere Menschen über 60 regeln ihren Nachlass (45 Prozent). Den Menschen mit Testament geht es weniger darum, für ihre Erben „Steuern zu vermeiden“ (6 Prozent). Vielmehr möchten sie ihren „Nachlass individuell und gerecht verteilen“ (48 Prozent), „eigene Wünsche festhalten“ (46 Prozent) und „Streit unter den Erben vermeiden“ (32 Prozent). „Vererben dreht sich um Familie, Beziehungen und oft um den Wunsch, etwas weiterzugeben“, so Dr. Britta Beate Schön. „Wer sein Erbe nicht regelt, riskiert Streit oder dass das Elternhaus verkauft werden muss“, warnt die Finanztip-Rechtsexpertin.

Viele unterschätzen den Pflichtteil

Nur gut ein Viertel der Befragten konnte die Wissensfrage zum Pflichtteil korrekt beantworten. Immerhin wissen rund zwei Drittel, dass es einen Anspruch selbst für Enterbte gibt. Auch wenn im Testament nur ein Kind als Alleinerbe eingesetzt wird, steht dem anderen ein Pflichtteil in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Erbteils zu – übrigens unabhängig davon, ob das Kind ehelich, nicht ehelich oder adoptiert ist. Wird etwa ein Geldvermögen von 200.000



Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

Beim der Erbschaft kann sich die Trauer schnell in Streit wandeln.

Euro vererbt, hat das enterbte Kind Anspruch auf 50.000 Euro. Denn: Bei zwei Kindern bekommen nach gesetzlicher Erbfolge beide die Hälfte des Erbes, der Pflichtteil liegt damit bei einem Viertel. Geschwister und Großeltern des Vererbenden haben keinen Anspruch auf einen Pflichtteil – sie können vollständig enterbt werden.

„Die Unwissenheit beim Vererben kann zu Streit führen und obendrein teuer werden“, warnt Schön. „Gerade bei Immobilien kann das dazu führen, dass das geerbte Haus verkauft werden muss, nur um die Pflichtteile auszahlen zu können.“ Zwist um die Verteilung des Erbes können Erblasser gezielt vorbeugen: Etwa mit einer Teilungsanordnung, nach der beide Kinder zur Hälfte erben und eines die Eigentumswohnung und das andere einen Finanzausgleich bekommt. Hat der auszahlende Erbe nicht das Geld, muss ein

Darlehen auf die Immobilie aufgenommen werden oder beide Erben einigen sich auf eine Zahlung in Raten.

Auch Pflegeleistungen von Angehörigen lassen sich im Erbfall ausgleichen – zum Beispiel mit einem sogenannten Vorausvermächtnis. Das pflegende Kind erhält dann zusätzlich zum regulären Erbanteil eine feste Summe als Anerkennung für die Pflege. „Pflege darf kein finanzielles Risiko sein – weder für Eltern noch für ihre Kinder“, betont Schön.

Wer erbt, wenn es kein Testament gibt?

Liegt im Erbfall kein Testament vor, greift automatisch die gesetzliche Erbfolge ohne spezielle Regelungen. Sie hat drei Ordnungen:

- Erben erster Ordnung sind die Kinder und Enkelkinder des Verstorbenen. Analog behandelt werden die Ehepartner.
- Die zweite Ordnung besteht aus den Eltern, Geschwistern, Nichten und Neffen.
- Die dritte Ordnung bilden Großeltern, Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen.

Wichtig: Gibt es Verwandte einer höheren Ordnung, schließt das die Verwandten aus nachfolgenden Ordnungen aus. Ein Beispiel: Verstirbt eine 85-jährige Großmutter als Witwe und hinterlässt ein Kind oder Enkelkind (Erben 1. Ordnung), gehen ihre Geschwister (Erben 2. Ordnung) leer aus.

Gibt es keine gesetzlichen Erben oder schlagen alle Erben die Erbschaft zum Beispiel wegen Überschuldung aus, erbt das Bundesland, in dem die*der Erblassende zur Zeit seines Todes seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte – bei einem letzten Wohnsitz im Ausland der Bund.

Das neue Finanztip-E-Paper „Richtig vererben – Fehler vermeiden“ zeigt anhand von zehn typischen Erbfällen, wie Verbraucher*innen ihre Wünsche umsetzen können. Es steht kostenlos unter finanztip.de/epaper-erben-und-vererben zum Download bereit.

Quelle: Finanztip



Foto: StockPhotoPro / Adobe Stock

Wer in einer WG wohnt, kann sich von der Rundfunkgebührenpflicht befreien lassen. Aber eine*r der Mitbewohner*innen muss zahlen.

Kaum Abmeldung vom Rundfunkbeitrag möglich

Auch ohne Rundfunkbeitrag fällig

Immer wieder erhält die Verbraucherzentrale Bayern Anfragen zu einer vermeintlich möglichen Abmeldung vom Rundfunkbeitrag. Das ist aber nur in wenigen Ausnahmefällen möglich.

Einige Verbraucher*innen wünschen sich eine Abmeldung vom Rundfunkbeitrag – etwa, weil sie das Programm der öffentlich-rechtlichen Sender nicht nutzen oder keine Geräte für den Rundfunkempfang besitzen. Aber auch in diesen Fällen muss der Rundfunkbeitrag gezahlt werden. Denn die gesetzliche Regelung ist eindeutig: Pro Wohnung ein Beitrag – unabhängig von der Nutzung. „Eine Abmeldung ist nur in wenigen gesetzlich geregelten Ausnahmefällen möglich“, so Elisabeth Graml, Verbraucherberaterin bei der Verbraucherzentrale Bayern.

Folgende Ausnahmen gibt es von der Rundfunkgebührenpflicht:

- Wohngemeinschaft: Wer in eine Wohngemeinschaft zieht, in der bereits ein Mitglied den Rundfunkbeitrag zahlt, kann sich abmelden. Der Beitragsservice muss darüber informiert und der Name und die Beitragsnummer der zahlenden Person angegeben werden.
- Umzug ins Ausland: Bei einem dauerhaften Umzug ins Ausland ist eine Abmeldung möglich. Nötig ist ein Nachweis vom Einwohnermeldeamt. Auch bei einem befristeten Auslandsaufenthalt kann man sich abmelden, wenn die Wohnung untervermietet wird. Die oder der Mieter*in muss sich dann auf ihren oder seinen Namen beim Beitragsservice anmelden und den Rundfunkbeitrag bezahlen.
- Pflegeheim: Wer dauerhaft in ein Pflegeheim mit vollstationärer Betreuung zieht, kann sich mit entsprechendem Nachweis vom Rundfunkbeitrag abmelden.
- Todesfall: Stirbt die Beitragszahlerin oder der Beitragszahler, können Angehörige die Wohnung mit einer Kopie der Sterbeurkunde abmelden. Wohnt jemand weiterhin in der Wohnung, muss sie bzw. er sich neu beim Beitragsservice anmelden. Beitragskonto und Beitragsnummer werden personenbezogen vergeben und sind nicht übertragbar.

Bei Fragen rund um den Rundfunkbeitrag bietet die Verbraucherzentrale Bayern kostenfrei Rat und Unterstützung an. Eine Terminvereinbarung ist online unter: www.verbraucherzentrale-bayern.de oder unter Tel.: 089 / 55 27 940 möglich.

Quelle: Verbraucherzentrale Bayern



Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Wer nach einem Streit enterbt wird, bekommt trotzdem Geld.



Foto: Marion Besteman / pixabay

www.sovd-bayern.de

Glückwünsche

Glück ist selten etwas, das man erlebt,
sondern etwas, an das man sich erinnert.

James Garner

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

- 65 Jahre: 6.10.: Klemens Schmolling, Stumm.
- 70 Jahre: 6.10.: Joachim Eckert, Ottobrunn.
- 75 Jahre: 27.10.: Franz Gäck, Ebensfeld; 27.10.: Nada Boskovic, München.
- 80 Jahre: 10.10.: Volker Gussmann, Aschaffenburg.
- 85 Jahre: 10.10.: Liselotte Elias, Feuchtwangen; 22.10.: Josef Dumpf, Ebensfeld; 25.10.: Bruno Pflugpeil, Hepberg.
- 90 Jahre: 21.10.: Elly Schiller-Höpfner, Schönwald.
- 97 Jahre: 26.10.: Herta Fischer, Lautertal.

Termine

Ortsverband Ansbach

15. Oktober, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung, Gaststätte „Sommerfrische“, Oberhäuserstraße 38, 91522 Ansbach. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Vorstandes sowie dessen Neuwahlen. Der Vorstand bittet um rege Teilnahme!

Ortsverband Erding

9. Oktober, 18 Uhr: Vortrag und anschließend Fragerunde zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung, Referentin Frau Kober vom Christophorus Hospizverein Erding e. V., Vereinsheim Rot-Weiß Klettham, Flurstraße 5, 85435 Erding

Die Veranstaltung ist kostenlos. Gerne dürfen auch interessierte Personen mitgebracht werden.

Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implersstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmernerstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmernerstelle Coburg-Lautertal: nach Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 bis 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmernerstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken / Bayreuth.

Kümmernerstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmernerstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags bis donnerstags von 9 bis 11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Die Zahl der sexuell übertragbaren Infektionen ist in Bayern gestiegen

Auf sexuelle Gesundheit achten

Bayerns Gesundheits- und Präventionsministerin Judith Gerlach hat zu einem konsequenten Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) aufgerufen. Die Ministerin betonte anlässlich des Welttages der sexuellen Gesundheit im September: „Die Zahl der Syphilis-Fälle im Freistaat ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, die Infektionsrisiken sollten daher nicht unterschätzt werden.“

Gerlach warnte: „Sexuell übertragbare Infektionen können unbehandelt schwere Folgen haben. Deshalb ist es wichtig, dass Betroffene auch bei diesen Krankheiten frühzeitig ärztlichen Rat suchen und sich nach Risiko-Kontakten testen lassen.“

Konkret wurden im vergangenen Jahr 1.512 Syphilis-Fälle in Bayern bekannt. Im Jahr 2023 waren es 1.455 – und im Jahr 2022 sogar nur 1.387. Eine unbehandelte Syphilis-Infektion kann schwere Organschäden verursachen und das Gehirn angreifen.

Die Zahl der gemeldeten HIV-Neudiagnosen sank in Bayern von 645 im Jahr 2023 auf 586 im Jahr 2024. Dies ist jedoch kein Grund zur Entwarnung, da zwischen einer HIV-Infektion und deren Diagnose einige Monate vergehen können. Das Robert Koch-Institut (RKI) schätzt jährlich die vermutete Zahl der HIV-Neuinfektionen anhand einer Modellrechnung.

Nach einem wahrscheinlich pandemiebedingten Tief im Jahr 2020 ist die Anzahl der HIV-Neuinfektionen in Bayern zuletzt kontinuierlich gestiegen: auf circa 280 im Jahr 2023. Das waren rund 40 Infektionen mehr als im Jahr 2022. Für 2024 ist die Schätzung des RKI noch nicht verfügbar.

Gerlach erläuterte: „In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen ist die Zahl der Neu-Diagnosen am höchsten. Eine HIV-Infektion und AIDS sind zwar mittlerweile behandelbar, aber noch immer nicht heilbar. Es ist deshalb wichtig, sich konsequent vor einer Infektion mit dem HI-Virus zu schützen.“



Foto: Vitaliy / Adobe Stock

Hat man sich beim Sex angesteckt, fliegt der Seitensprung auf.

Herzstück der bayerischen STI-Präventionsmaßnahmen sind die Psychosozialen AIDS-Beratungsstellen. Sie unterstützen Betroffene von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Infektionen in ihrem Alltag und bieten Testmöglichkeiten und Beratung. Außerdem organisieren sie Info- und Aufklärungsveranstaltungen sowohl für die Allgemeinbevölkerung als auch für spezielle Zielgruppen.

Die Zahl der Hepatitis-B-Fälle ist in Bayern zuletzt gesunken – und zwar von 4.366 Fällen im Jahr 2023 auf 4.025 Fälle im Jahr 2024. 2022 waren es allerdings nur 2.950 Fälle.

Gerlach erläuterte: „Hepatitis B ist hoch ansteckend und kann unbehandelt zu Leberkrebs führen. Deshalb ist es wichtig, den eigenen Impfstatus zu überprüfen. Junge Erwachsene haben oft nicht den Überblick, welche Impfungen sie als Kind bekommen haben. Gerade diese

Altersgruppe ist jedoch besonders gefährdet, sich mit einer sexuell übertragbaren Krankheit zu infizieren.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Das gilt auch für den Schutz vor Humanen Papillom-Viren (HPV), die verschiedene Krebsarten verursachen können, insbesondere Gebärmutterhalskrebs. Die HPV-Impfung ist wichtig zur Verhinderung von Krebsvorstufen, die unter anderem zu Gebärmutterhalskrebs führen können.“

In Deutschland erkrankten laut RKI jedes Jahr circa 1.600 Männer und circa 6.250 Frauen an Krebs durch HPV. Den größten Anteil hat dabei der Gebärmutterhalskrebs, an dem in Deutschland pro Jahr circa 1.500 Frauen sterben. Die meisten dieser Erkrankungen wären durch eine frühzeitige Impfung vermeidbar. In Bayern sind jedoch weniger als die Hälfte der 15-jährigen Mädchen und nur knapp über ein Viertel der 15-jährigen Jungen vollständig gegen HPV geimpft.

Gerlach betonte: „Die Ständige Impfkommission empfiehlt die HPV-Impfung für alle Mädchen und Jungen zwischen 9 und 14 Jahren. Falls die Impfung nicht bis zum Alter von 14 Jahren erfolgt ist, sollte diese bis zum 18. Geburtstag nachgeholt werden. Hier gilt: je früher, desto besser. Aber auch Personen über 18 Jahren können nach Experteneinschätzung von einer nachträglichen Impfung noch profitieren.“

Zahlreiche Infos zu STI stehen im Internet unter www.mitsicherheitbesser.de/. Quelle: Bayer. Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention

Nachruf

Am 11. Juni verstarb

Ludwig Grabmayer.

Er war seit 1982 Mitglied im SoVD und engagierte sich ehrenamtlich, zunächst als Vorstandsmitglied im Ortsverband München, und später viele Jahre als Schatzmeister.

Wir werden ihn vermissen und ihn in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freund*innen.

SoVD-Landesverband Bayern mit allen Untergliederungen

Selbstbestimmtes Leben im Alter in Pflege-WGs und im Betreuten Wohnen

Alternativen zum Pflegeheim

Ein selbstbestimmtes Leben im Alter – und das in vertrauter Umgebung? Für viele ältere Menschen ist das eine absolute Wunschvorstellung. Doch nicht immer reicht die Kraft, um den Alltag allein zu bewältigen. Wer nicht ins Pflegeheim möchte, findet mittlerweile gute Alternativen. Dirk Görgen, Pflegeexperte der DKV, erläutert, wie Senior*innen ihren Lebensabend flexibel gestalten können, welche Wohnformen dafür infrage kommen und worauf sie und ihre Angehörigen achten sollten.

Betreutes Wohnen: Eigenständig leben

Ein bewährter Klassiker ist das Betreute Wohnen. Senior*innen beziehen eine barrierefreie Wohnung in speziellen Anlagen, die sie wahlweise mieten oder kaufen können. Diese Wohnform eignet sich vor allem für ältere Menschen, die eigenständig bleiben möchten, jedoch hin und wieder Unterstützung im Alltag benötigen. „Aber Achtung: Pflegeleistungen müssen die Bewohner*innen in den meisten Fällen gesondert organisieren“, erklärt Dirk Görgen, Pflegeexperte der DKV. Zu den Basisangeboten zählen dafür Hausmeisterdienste, ein haus eigenes Notrufsystem und Gemeinschaftsräume. Außerdem können Senior*innen zusätzliche Dienstleistungen wie Mahlzeiten, Einkaufsservice oder Freizeitaktivitäten flexibel dazubuchen.

Gemeinschaftlich in Senior*innen-WGs wohnen

Eine ähnliche Art der Unterbringung sind Mehrgenerationenhäuser oder Senior*innen-Wohngemeinschaften – besonders für ältere Menschen, die Geselligkeit schätzen. Ähnlich wie bei Student*innen- oder Berufstätigen-WGs hat jede*r Bewohner*in einen eigenen Raum; Küche und Wohnzimmer sind gemeinschaftlich. „Das reduziert Mietkosten und stärkt soziale Kontakte. Die Senior*innen organisieren gemeinsam den Haushalt und tei-



Foto: AnnaStills / Adobe Stock

Beim Betreuten Wohnen kann man sein Leben wie gewohnt weiterführen, aber zur Erleichterung des Alltags gibt es Hilfsangebote wie zum Beispiel einen Einkaufsdienst.

len sich Pflegekräfte, die je nach Bedarf vorbeikommen“, erläutert der DKV Pflegeexperte. Für Menschen, die alleinstehend sind oder keine Verwandten in der Nähe haben, sind diese Modelle des Zusammenlebens das perfekte Mittel gegen Einsamkeit im Alter. Faktisch fallen sie jedoch nicht unter das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz und bieten daher weniger rechtliche Absicherung sowie geringere Qualitätsstandards als etwa Pflegeheime.

Pflege-WGs: Betreuung in vertrauter Atmosphäre

Menschen mit stärkerem Pflegebedarf sind in sogenannten Pflege-WGs gut aufgehoben. Hier wohnen meist bis zu zwölf Senior*innen zusammen und ein Pflegedienst übernimmt ihre zentrale Ver-

sorgung. „Pflege-WGs vereinen professionelle Betreuung mit den Vorteilen eines privaten Zuhauses. Das entlastet die Angehörigen und Senior*innen können trotz ihrer Pflegebedürftigkeit in einer familiären Atmosphäre leben“, sagt Görgen. Pflegekassen bzw. -versicherer fördern diese Wohnform sogar mit zusätzlichen finanziellen Leistungen. Dazu zählen ein monatlicher Wohngruppenzuschlag für die Beschäftigung einer Präsenzkraft sowie ein einmaliger Zuschuss für den altersgerechten Umbau bei der Gründung einer WG.

Was es bei der Wahl der Wohnform zu beachten gilt

Unabhängig von der gewählten Wohnform lohnt sich eine frühzeitige Planung für den Lebensabend. „Durch den zunehmenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft schrumpft das Angebot freier Plätze in Einrichtungen. Die Folge sind steigende Preise“, sagt Görgen. Bei einigen Wohnformen, etwa Pflege-WGs oder beim barrierefreien Umbau, unterstützen Pflegekassen mit finanziellen Zuschüssen. Diese reduzieren die Eigenbelastung spürbar. Doch auch Atmosphäre und Miteinander sind entscheidend. „Viele Einrichtungen bieten ein Probewohnen an. Das gibt Sicherheit, ob das Wohnangebot wirklich zu den eigenen Wünschen passt“, empfiehlt der DKV Experte. *Quelle: DKV*

Tipp der Vereinigten Lohnsteuerhilfe e. V.

Steuererklärung kann bei Grundrente helfen

Wer lange gearbeitet hat oder andere von der gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigende Zeiten hatte, erhält einen Grundrentenzuschlag, wenn lediglich eine kleine Rente bezogen wird. Die Abgabe einer Steuererklärung kann dazu von Vorteil sein.

Laut aktuellen Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) werden derzeit rund 1,3 Millionen Renten durch den Grundrentenzuschlag aufgestockt. Und der durchschnittliche Zuschlag beträgt 92 Euro. Ein Antrag für den Grundrentenzuschlag ist nicht erforderlich: Ob ein Anspruch besteht, prüft die Deutsche Rentenversicherung (DRV) automatisch. Für diese Prüfung nutzt sie alle ihr vorliegenden Daten, auch die von den Finanzbehörden übermittelten.

Ob und in welcher Höhe der Grundrentenzuschlag gezahlt wird, hängt vom zu versteuernden Einkommen der Rentnerin oder des Rentners ab. Wurde allerdings vom Finanzamt kein zu versteuerndes Einkommen an die DRV übermittelt, kann diese dafür nur die ihr bekannten Daten verwenden. In diesem Fall schätzt die DRV das zu versteuernde Einkommen anhand der eigenen Rentenzahlungen, abzüglich des steuerfreien Rentenanteils und des Werbungskosten-Pauschbetrags von aktuell 102 Euro. Hatten Rentner*innen höhere Werbungskosten oder andere Aufwendungen wie beispielsweise außergewöhnliche Belastungen oder Sonderausgaben werden diese zunächst nicht von der DRV berücksichtigt – weil sie der DRV schlichtweg nicht bekannt sind. Aus diesem Grund sollten Rentner*innen, die entsprechende Aufwendungen hatten, eine Steuererklärung abgeben, auch wenn sie dazu nicht verpflichtet sein sollten. Denn dann erhält die DRV die entsprechenden Infos.

Hat das Finanzamt ein zu versteuerndes Einkommen festgestellt, wird dieses an die DRV übermittelt. Und ist es gering genug, kann sich daraus ein Anspruch auf den Grundrentenzuschlag ergeben oder den bestehenden Anspruch erhöhen. Selbst wenn eine Steuer von null Euro festgesetzt wird, können sich der Steuerbescheid und die damit verbundene Meldung an die DRV positiv bei der Berechnung des Grundrentenzuschlags auswirken.

Hinweis: Lohnsteuerhilfevereine wie die VLH haben in Bezug auf rentenrechtliche Fragen keine Beratungsbefugnis. Sie dürfen für Rentner*innen, die Mitglied sind, aber die Einkommensteuererklärung erstellen und zum Beispiel prüfen, ob das zu versteuernde Einkommen vom Finanzamt korrekt errechnet worden ist.

Quelle: VLH

Die VLH ist mit mehr als einer Million Mitgliedern und bundesweit rund 3.000 Beratungsstellen Deutschlands größter Lohnsteuerhilfeverein. Die VLH erstellt für ihre Mitglieder die Einkommensteuererklärung, beantragt sämtliche Steuerermäßigungen, prüft den Steuerbescheid und einiges mehr im Rahmen der Beratungsbefugnis nach Paragraph 4 Nr. 11 StBerG.



Foto: anatoliycherkas / Adobe Stock

Bei einer kleinen Rente zählt jeder Euro. Deshalb sollte man prüfen, ob die Grundrente richtig berücksichtigt wurde.



Foto: Charlize D / peopleimages.com / Adobe Stock

In Senior*innen-WGs hat jede*r sein eigenes Zimmer und nutzt andere Räume gemeinsam.

Der ACE gibt Tipps für das korrekte Verhalten, wenn sich im Verkehr ein Einsatzfahrzeug nähert

Richtig reagieren bei Blaulicht und Sirene

Bei Martinshorn und Blaulicht muss es schnell gehen: Als Autofahrer*in gilt es, innerhalb kürzester Zeit richtig zu reagieren, sodass Einsatzfahrzeuge freie Fahrt haben. Einsatzfahrten von Polizei, Rettungswagen, Feuerwehr und beispielsweise vom Technischen Hilfswerk (THW) dürfen nicht behindert werden. Was genau zu tun ist, erläutert der Auto Club Europa (ACE).

Auch wenn Martinshorn und Sirene auf einen Notfall hinweisen: Hektik ist kontraproduktiv. Weder sollte eine unüberlegte Vollbremsung hingelegt werden, noch ist es immer sinnvoll, direkt spontan zur rechten Seite auszuweichen. Im schlimmsten Fall verursacht man so einen Unfall oder blockiert das Einsatzfahrzeug. Wie man richtig reagiert, hängt von der jeweiligen Situation ab. Entscheidend ist es deshalb, ruhig zu bleiben, und zunächst entscheidende Fragen zu klären: Woher kommt das Signal? In welche Richtung ist das Einsatzfahrzeug unterwegs? Handelt es sich um ein Fahrzeug oder um mehrere?

Ist das Einsatzfahrzeug nur zu hören, nicht aber zu sehen, kann es hilfreich sein, das Verhalten der anderen Verkehrsteilnehmenden zu beobachten und sich daran zu orientieren. Weichen diese nach rechts aus, ist es wahrscheinlich, dass der Einsatzwagen von links kommend entdeckt wurde. Es ist möglich und ausdrücklich erlaubt, zur Orientierung anzuhalten, vorausgesetzt der Verkehrsfluss wird davon nicht beeinflusst. Wichtig dabei: Kontrolliert ausweichen und nicht vergessen, den Blinker zu setzen.

Freie Bahn für Rettungswagen & Co.

Einem Einsatzfahrzeug mit Blaulicht und Sirene muss Vorfahrt gewährt werden. Dabei sind sowohl die Verkehrslage als auch die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Immer jedoch muss mit mehreren Fahrzeugen gerechnet werden, sodass auch noch volle Aufmerksamkeit gefragt ist, nachdem bereits ein Einsatzfahrzeug passiert ist.

Wenn sich ein Einsatzfahrzeug nähert, ist es häufig ratsam, sich rechts zu halten und dort anzuhalten oder langsam weiterzufahren ohne Fahrwege zu blockieren. Im städtischen Verkehr kann es aber auch sinnvoll sein, nach links auf eine Abbiegespur auszuweichen, oder zu beschleunigen, um beispielsweise zügig eine Kreuzung zu räumen. Auf einspurigen Straßen sollte bei einem nahenden Einsatzfahrzeug das Tempo gedrosselt, nach rechts an den Fahrbahnrand ausgewichen und wenn nötig angehalten werden. Hat das Einsatzfahrzeug nicht genug Platz zum Überholen, muss bis zu einer geeigneten Ausweichstelle zügig weitergefahren werden.

Auf der Autobahn gilt: Ret-

tungsgasse bilden! Dazu müssen Verkehrsteilnehmende, die auf der linken Spur unterwegs sind, unabhängig von der Anzahl der Spuren, nach links ausweichen und alle anderen nach rechts. Im Stau ist grundsätzlich eine Rettungsgasse freizuhalten – und zwar bereits vorbeugend bei den ersten Stockungen im Verkehrsfluss. ACE-Tipp: Mit eingeschaltetem Blaulicht ohne Martinshorn muss keine Vorfahrt gewährt werden. Das Blaulicht soll dann in der Regel lediglich auf eine Gefahr aufmerksam machen.

Regelüberschreitungen nur im Notfall

Wer im größten Notfall kurzzeitig etwas mehr Gas geben oder gar eine rote Ampel passieren muss, um einen Einsatzwagen durchzulassen, hat in der Regel keine Konsequenzen zu befürchten. Allerdings werden Regelüberschreitungen nur gebilligt, wenn keine andere Möglichkeit besteht, den Fahrtweg freizumachen. Außerdem dürfen keine anderen Verkehrsteilnehmenden dadurch gefährdet werden. ACE-Tipp: Wird man unmittelbar vor einem Einsatzwagen geblitzt, bleibt der Verstoß in der Regel unge-



Foto: Thomas Heitz / Adobe Stock

Eine Rettungsgasse bilden ist bei Staus in Deutschland Pflicht.

ahndet. Selbst wenn das Einsatzfahrzeug zeitlich versetzt die Kreuzung passiert, wird es im Regelfall ebenfalls „geblitzt“, wenn die Ampel noch Rot zeigt. So kann die Behörde Einwände gegen ein Bußgeld nachvollziehen. Trotzdem empfiehlt es sich, die Art des Einsatzfahrzeugs, dessen Organisation und bestenfalls das Nummernschild zu notieren, um im Falle eines Bußgeldbescheids einen Einspruch schlüssig begründen zu können, falls die Behörde den Vortrag nicht nachvollziehen kann.

Einsatzfahrt blockieren kann teuer werden

Wer Einsatzfahrzeuge blockiert, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die im schlimmsten Fall sogar Leben kosten kann.

Deshalb wird streng geahndet: Wer trotz Blaulicht und Martinshorn nicht den Weg freimacht, muss mit einem Bußgeld von mindestens 240 Euro, zwei Punkten in Flensburg und einem Fahrverbot von einem Monat rechnen. Blockiert das eigene geparkte Fahrzeug den Weg eines Rettungsfahrzeugs, sind es 100 Euro und ein Punkt.

Wird trotz stockendem Verkehr keine Rettungsgasse gebildet, wird mit 200 Euro Bußgeld und zwei Punkten in Flensburg geahndet, auch wenn kein Rettungsfahrzeug dadurch behindert wird. Bei einem aus dem Fehlverhalten resultierenden Sachschaden oder einer Gefährdung oder Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer*innen fällt die Sanktion entsprechend strenger aus. *Quelle: ACE*

Sprechstunden und Sozialberatung

Sollte nichts anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Die Termine für die Sozialrechtsberatung durch die Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez und Angelika Purschke vermitteln die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags 10–15 Uhr, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landes-

geschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen
SoVD-Büro, Bahnhofstraße 5a, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, Tel.: 05621/96 78 787;

0151/91 91 81 999 oder per E-Mail an: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de. Oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67, oder per E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32a, Annette Mülöt-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Glückwünsche



Foto: Alekss / AdobeStock

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 6.10.: Jürgen Wiezorek, Frankfurt; 7.10.: Thomas Winkler, Körle; 17.10.: Andrea Busch, Kriftel; 27.10.: Frank Speckhard, Darmstadt.

65 Jahre: 27.10.: Dimitrios Kolonas, Geisenheim.

70 Jahre: 8.10.: Annette Blazi-Kuhmann, Hofgeismar; 10.10.: Heinz Altmann, Frankfurt; 16.10.: Otto Schick, Marburg; 16.10.: Ernst Scherer, Wetter; 16.10.: Ilona Jäger, Wetter; 22.10.: Ute Banze, Edermünde; 24.10.: Dietmar Westendorf, Mühlheim.

75 Jahre: 5.10.: Hildegard Geilich, Rüdesheim am Rhein; 6.10.: Joachim Flach, Darmstadt; 6.10.: Wilfried Braun, Calden; 15.10.: Heinz-Georg Nölke, Wehretal; 19.10.: Heidemarie Wagner, Egelsbach; 24.10.: Ingrid Rühl, Allendorf; 31.10.: Christof Czarniecki, Kassel.

85 Jahre: 21.10.: Gerhard Martin, Bad Wildungen; 23.10.: Helga Parplies, Wesertal; 26.10.: Bärbel Gärtner, Wesertal.

92 Jahre: 3.10.: Gertrud Saam, Frankfurt.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,



Norbert Weber

*dieser Tage war ich bei einer Trauerfeier mit Urnenbestattung. Sie werden jetzt denken, warum ich dieses Thema wähle, denn es ist ja nichts Ungewöhnliches daran. Der nunmehr in einer Urnenstehle beigesetzte Mann war 88 Jahre und so, wie vermutlich Sie, liebe Leser*innen, ein aktiver Mensch: Metzgermeister, selbstständig, Familie gegründet, Pech gehabt, wieder neu gestartet und nochmals Familie gegründet. Ein Haus gebaut, bis ins späte Alter gearbeitet und sich damit Urlaub gegönnt. Er war ein aktiver Sänger in zwei Chören und lange Jahre Vorsitzender einer der beiden Chöre. Danach hat er eine Chronik für seinen Heimatort verfasst, bis er erkrankte.*

Solche Lebensgeschichten beeindrucken mich immer wieder, denn sie stehen für Tatkraft, Anpassungsfähigkeit und die Fähigkeit, nach Rückschlägen nicht aufzugeben. Dennoch spüre ich bei vielen dieser Abschiede auch eine wachsende Unsicherheit. Die Welt dreht sich immer schneller, Veränderungen scheinen zur ständigen Begleiterin zu werden – und nicht alle können oder wollen immer mithalten. Oft begegnen mir in Gesprächen die leisen Fragen: Wie geht es weiter? Wer hilft, wenn man den Überblick verliert? In solchen Momenten erkennen wir, wie wichtig Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung sind.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und lesen den letzten Absatz noch einmal. Was denken Sie nun, habe ich den verfasst oder wurde er von KI, also künstlicher Intelligenz, in Form von Zusammenfassung erstellt? Ich möchte Ihnen nichts vormachen, der gesamte Text des vorherigen Abschnitts, einschließlich Satzzeichen, wurde von KI eingefügt, ohne dass ich etwas davon geschrieben oder sogar geändert habe. Ist diese Variante des Schreibens für uns Fluch oder Segen? Ich kann Ihnen nur anraten, künftig vor allem ominöse Briefe prüfen zu lassen.

Übrigens: Der Inhalt dieses KI-Textes entspricht der Realität und auch den Wahrnehmungen und Forderungen des SoVD.

Ihr Norbert Weber, Landesvorsitzender



Aus den Orts- und Kreisverbänden

Landesverband

Am ersten September-Sonntag fand in der Landeshauptstadt Mainz das 29. Senioren-Sommerfest „Lebe jetzt! Ein Fest für Jung und Alt!“ statt. Auch der SoVD-Landesverband war mit einem eigenen Stand vertreten. Betreut wurde er von Vorstandsmitglied Volker Lieblang und der Frauenbeauftragten Monika Six (s. Fotos, rot gekleidet).

Rund um den Domplatz bot die Veranstaltung ein buntes Programm mit Musik, Tanz, Mitmachaktionen und zahlreichen Infoständen zu Gesundheit, Bewegung, Sicherheit und Selbsthilfe. Der SoVD-Stand war ein beliebter Anlaufpunkt für viele Besucher*innen, die sich über den Verband informieren wollten.

Ein Dankeschön gilt der KISS Mainz, dem Paritätischen, dem Seniorenbeirat der Stadt Mainz und dem Seniorenmagazin „conSens“ für die hervorragende Organisation des Festes.

Ortsverband Rülzheim

Am 6. September beteiligte sich der SoVD Rülzheim an der Veranstaltung „10 Jahre Allahopp!-Anlage“. Als Mitglied der örtlichen Kulturgemeinde war er mit einem Infostand vor Ort und verteilte an die Kinder Luftballons, Farbstifte, Seifenblasen und Malbücher. Dazu gab es einen kleinen Ausschank mit Schorle – der Erlös wurde gespendet.

Acht Vorstandsmitglieder waren am Infostand tätig und bauten ihn auch auf und ab. Der Dank dafür gilt daher Jürgen Stoffel, Werner Nenning und Klaus Flick sowie (s. Foto, v. li.) Günter Messemer, Helga Wüst, Ute Niebergall, Günter Krüchten und Norbert Weber.



Ortsverband Rülzheim

Am 7. September zeigten sich die Aktiven im SoVD von ihrer sportlichen Seite und beteiligten sich am ITK Südpfalz-Vereinslauf der LG Rülzheim. Teil nahmen: Norbert Weber, Jürgen Stoffel, Günter Messemer, Pia Weber, Doris Kupper, Juliane Hoffmann, Ellen Spitzfaden, Helga Wüst, Ute Niebergall, Christian Weber, Marion Brandenburger, Michaela Brandenburger und Lexa Brandenburger (z. T. auf dem Foto unten). Künftig will sich der SoVD Rülzheim mit einbringen und einen Inklusionslauf zusammen mit

der LG Rülzheim und anderen Akteur*innen ins Leben rufen.

„Hoffen wir, dass die Wetter-App hält, was sie verspricht“, so die Aussage der Teilnehmenden, die sich für die Tagesfahrt an die Mosel angemeldet hatten. Vorsitzender Norbert Weber konnte am 13. September bereits um 7.30 Uhr mehr als 46 treue SoVD-Mitglieder und neue Fans begrüßen. Auf dem Rastplatz bei Wöllstein wurde eine erste Rast für das traditionelle SoVD-Frühstück einge-

Fortsetzung auf Seite 12



Ortsverband Rülzheim

Leider Spitzenplatz bei schwarzem Hautkrebs

In keinem Bundesland sind mehr Menschen an schwarzem Hautkrebs erkrankt als in Rheinland-Pfalz. Das zeigt der Barmer-Arztreport. Im Vergleich zum Jahr 2005 mit 9.700 Betroffenen hat sich die Zahl der Menschen aus Rheinland-Pfalz mit schwarzem Hautkrebs damit mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Rheinland-Pfälzer*innen mit weißem Hautkrebs fast um das Dreifache von 32.500 auf 90.100.

„Gesunde Bräune gibt es nicht. Alle Hautbereiche, die nicht durch Kleidung bedeckt werden können, sollten selbst an bewölkten Tagen durch das Auftragen von Sonnenschutzmitteln mit einem hohen Lichtschutzfaktor geschützt werden“, erklärt Dunja Kleis, Landesgeschäftsführerin der Barmer in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Wer Sonnencreme auftrage und sich in die Sonne lege, wiege sich oft in falscher Sicherheit, denn keine Sonnencreme schütze zu 100 Prozent vor der Ultraviolettstrahlung der Sonne.

„Wichtig ist, zum Hautkrebs-Screening zu gehen. Je früher der Krebs erkannt wird, desto besser sind die Chancen auf Heilung“, betont Kleis.

Quelle: Barmer Krankenkasse

KV/OV

Aus den Orts- und Kreisverbänden

Fortsetzung von Seite 11

legt. Günter Messemer erklärte dann während der Weiterfahrt die Geschichte der Moselweinregion.

Um 12 Uhr erreichte der Bus den Zielort Bernkastel-Kues und die Teilnehmer*innen hatten Gelegenheit, die Stadt per Fuß oder mit dem Bähn'l zu erkunden oder auch eine Bootsfahrt zu unternehmen. Pünktlich um 16 Uhr waren alle wieder wohlbehalten im Bus.

Auf der Rückfahrt wurde auf einem Rastplatz ein letzter Halt eingelegt. Weber nutzte die Gelegenheit, um auf die weiteren Aktivitäten des SoVD hinzuweisen und bedankte sich bei Günther Messemer, Wolfgang Röhring und der Firma Fichtenkamm-Reisen und Fahrer Erkan, der sich sehr um das Wohl seiner Fahrgäste bemühte.

OVs Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Beide Ortsverbände waren gemeinsam beim Aktionstag „Homburg lebt gesund“ mit einem Infostand vertreten. Auf dem Christian-Weber-Platz konnte das Team viele Besucher*innen über die Angebote und sozialpolitischen Positionen des Verbandes informieren.



Ortsverband Rülzheim



OVs Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

5

Termine

Ortsverband Berzhahn

Vorschau: 8. November, 8.30 Uhr: Frühstück mit Vortrag „Einsamkeit im Alter – Herausforderungen in unserer Gesellschaft“. Nähere Infos sowie Anmeldung bei Martina Serowi per E-Mail an: martina.serowi@freenet.de. Auch Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen.

Glückwünsche



Foto: ortis / AdobeStock

- 60 Jahre:** 2.10.: Anke Altmeyer, Homburg; 3.10.: Sven Erik Overhage, Landau; 6.10.: Torsten Eller, Unnau; 8.10.: Maria Cruz Ortiz Hirsch, Frankfurt; 15.10.: Klaus Ludwig Weiler, Gusterath; 18.10.: Stefanie Dreyer, Rülzheim; 21.10.: Marco Artur Helf, Weidenthal, 21.10.: Sabine Didion, Waldmohr.
- 65 Jahre:** 1.10.: Michael Kolb, Rülzheim; 7.10.: Adelheid Decker, Bad Kreuznach; 8.10.: Anna De Wilde, Kirburg; 10.10.: Rosemarie Ott, Ludwigshafen; Gerhard Emmrich, Neunkirchen; 12.10.: Michael Müller, Unnau; 16.10.: Robert Hoffmann, Neupotz; 26.10.: Ralf Bettinger, Spiesen-Elversberg.
- 70 Jahre:** 6.10.: Gudrun Woll, Wolfstein; 8.10.: Christa Hinz, Rülzheim; 10.10.: Monika Seelinger, Germersheim; Jilali Boujrad, Bellheim; 11.10.: Ruzica Simic, Rheinböllen; 21.10.: Veronika Günther, Riegelsberg; 22.10.: Hartmut Hoos, Hohenöllen.
- 75 Jahre:** 2.10.: Monika Romatka, Essingen; 13.10.: Nikolaus Masurow, Hillscheid; Regina Deck, Bad Ems; 14.10.: Hans Peter Roida, Bad Kreuznach; 18.10.: Oskar Wildberger, Lauterecken; Görk Hellingrath, Hatzenbühl; 27.10.: Margarethe Schmiedebach, Rülzheim.
- 80 Jahre:** 1.10.: Norbert Enk, Aspisheim; 16.10.: Paul Vogt, Kaiserslautern; 30.10.: Lothar Blinn, Bruchmühlbach-Miesau.
- 85 Jahre:** 28.10.: Ursula Waitschies, Homburg.
- 90 Jahre:** 5.10.: Luitgard Kern, Rülzheim.
- 91 Jahre:** 16.10.: Margarete Mohr, Wörth.
- 94 Jahre:** 10.10.: Günter Vogel, Gau-Bischofsheim; 22.10.: Günther Schorr, Sulzbach.

Sprechstunden

- Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort nennt man Ihnen den*die zuständige*n Berater*in.
- Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:
- Für die **Region Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Beratung in Bad Kreuznach**

- Jeden letzten Mittwoch im Monat: Sprechstunde im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22, 55543 Bad Kreuznach. Termine nach Vereinbarung bei Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02.
- Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.
- Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58, sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.
- Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:**
- Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.
- Büro Mainz: Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.
- Sozialrechtsberatung**

- im Saarland**
- Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.
- Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtage werden nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98, abgehalten (Änderungen vorbehalten).
- Spiesen-Elversberg:** 8. Oktober, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.
- Homburg (Saar):** 8. Oktober, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.
- Nonnweiler:** 22. Oktober, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.
- Saarbrücken:** 22. Oktober, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Neu: Sozialberatung auch in Germersheim

Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda berät nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/22 43 52 99. Die Sprechstunden finden in der Bergstraße 21, 76726 Germersheim, statt.

SoVD-Landesverband ist seit September Mitglied in der LAG Selbsthilfe

Vereint für Behindertenrechte

Das Präsentieren des SoVD auf öffentlichen Veranstaltungen lohnt sich. Durch einen Messeauftritt knüpfte Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf zum Beispiel Kontakte zur LAG Selbsthilfe. Jetzt ist der SoVD der Landesarbeitsgemeinschaft als Mitglied beigetreten.

Der erste Kontakt des SoVD-Landesverbandes mit dem Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen (LAG Selbsthilfe) erfolgte im Rahmen einer Sitzung des Koordinierungsausschusses, in dem der SoVD, neben anderen Organisationen, beratend tätig ist und Patientenvertreter*innen benennen darf.

Die Patientenvertreter*innen übernehmen es in den Gremien

und Ausschüssen, Forderungen einzubringen und die Perspektive der Patient*innen widerzuspiegeln.

Die Koordinierungsstelle Patientenbeteiligung Baden-Württemberg agiert in Trägerschaft der LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg e.V.

Die Kooperation mit der LAG Selbsthilfe wurde durch die kostenlose Teilnahme des SoVD-Landesverbandes am Gemeinschaftsstand der LAG

auf der diesjährigen REHAB in Karlsruhe vertieft. Dort präsentierte Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf am 22. und 23. Mai dieses Jahres den Landesverband und lernte dabei einen Teil der LAG-Vorstandsmitglieder kennen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Baden-Württemberg e.V. ist ein 1987 gegründeter Zusammenschluss überregional oder landesweit tätiger Selbsthilfevereinigungen behinderter und chronisch kranker Menschen und deren Angehörigen. Die LAG Selbsthilfe versteht sich als unabhängige Arbeitsgemeinschaft der Behindertenselbsthilfe, in der kleinere und größere Landesverbände ihren gleichberechtigten Platz finden. Derzeit gehören ihr mehr als 60 Verbände mit mehr als 150.000 Einzelpersonen an.

Seit 1. September dieses Jahres gehört jetzt auch der SoVD Baden-Württemberg zu den Mitgliedern. „Wir freuen uns auf eine angenehme und fruchtbare Zusammenarbeit, die für beide Verbände viele weitere Synergien generieren wird“, so Heike Sommerauer-Dörzapf.



V.li.: Bärbel Kehl-Maurer, Dr. Werner Jost, Hans-Jürgen Hillenhagen (alle LAG-Vorstand) und Heike Sommerauer-Dörzapf vertieften ihre Kontakte im Mai auf der REHAB-Messe in Karlsruhe.

Mit der AzubiCardBW einfach ausweisen und Vergünstigungen erhalten

Attraktive Angebote für Azubis

Die AzubiCard geht mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres wieder an den Start. Auf der Karte sind alle für Auszubildende wichtigen Ansprechpersonen hinterlegt. Zudem ermöglicht die AzubiCard Rabatte bei vielen Unternehmen und Einrichtungen.

Die vor fünf Jahren eingeführte AzubiCard wird zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres wieder von den teilnehmenden Kammern an Auszubildende ausgegeben, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben.

Auf der Karte sind alle für Auszubildende zuständigen und wichtigen Ansprechpersonen während ihrer Ausbildungszeit hinterlegt. Über die zuständigen Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung, den Kammern und zuständigen Verbänden wird die AzubiCard Baden-Württemberg an die Auszubildenden ausgegeben.

Mit der AzubiCardBW können Auszubildende darüber hinaus einfach ihren Status als Auszubildende nachweisen und Rabatte und Angebote bei Unternehmen und Einrichtungen nutzen. So gibt es etwa vergünstigte Eintritte in Kinos, Freizeiteinrichtungen sowie Theater und Museen oder spezielle Angebote bei Einzelhändlern, Banken und Versicherungen sowie in der Gastronomie. Auf www.azubicard.de/baden-wuerttemberg gibt es alle Informationen zur neuen Karte. Über eine Landkarte kann man Angebote in der Nähe finden.

Quelle: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg



Foto: Anatoly Repin / AdobeStock

Die AzubiCard funktioniert wie ein Ausweis. Einfach vorzeigen und Rabatte einheimsen.

Tipps der Verbraucherzentrale BW zum Stromsparen

Stromfresser entlarven

Energieexpertin Meike Militz von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg entlarvt die größten Stromfresser in Wohnungen und gibt Tipps, um die Stromkosten deutlich zu senken.

Die größten Stromfresser in Wohnungen sind:

- Kühl- und Gefriergeräte
- Waschmaschine und Trockner
- Standby-Geräte
- Beleuchtung
- Elektroheizungen und Durchlauferhitzer

Praktische Sofort-Tipps zum Stromsparen

- Viele Geräte wie Fernseher, Spielekonsolen, Router oder Mikrowellen verbrauchen auch im Standby-Modus Strom. Abschaltbare Steckdosenleisten nutzen oder Geräte ganz ausschalten, wenn sie nicht gebraucht werden.
- Der Kühlschrank läuft rund um die Uhr – und ist oft falsch eingestellt. Kühlschranktemperatur auf 7 Grad stellen und -18 Grad im Gefrierfach. Tür nicht unnötig lange offen halten und regelmäßig abtauen. Alte Geräte verbrauchen oft doppelt so viel Strom wie moderne Modelle. Ein Austausch kann sich schnell lohnen.
- Waschmaschinen verbrauchen viel Strom – vor allem bei hohen Temperaturen. Wer mit niedriger Temperatur wäscht und auf den Trockner verzichtet, spart bares Geld. Wäsche bei 30–40 Grad waschen, Eco-Programm nutzen und den Trockner vermeiden.
- Alte Glühbirnen und Halogenlampen sind echte Stromfresser. Der Wechsel zu LED-Lampen spart bis zu 80 Prozent Strom gegenüber herkömmlichen Glühbirnen. LED-Lampen halten außerdem länger.
- Fernseher, Router, Mikrowelle – viele Geräte laufen bei Standby heimlich weiter. Eine abschaltbare Steckdosenleiste hilft!
- Elektroheizungen und Durchlauferhitzer: Besonders teuer im Betrieb – hier lohnt sich eine individuelle Beratung.

Nachhaltige Tipps zum Stromsparen

Wasser mit Strom zu erwärmen, zum Beispiel mit einem Durchlauferhitzer, ist teuer. Kürzer duschen, einen Sparduschkopf verwenden, das Wasser beim Zähneputzen abstellen spart Strom und Wasser. Ratsam ist es auch, die Stromrechnung zu prüfen und Anbieter zu vergleichen.

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale verleiht kostenlos Strommessgeräte, mit denen der Verbrauch einzelner Geräte geprüft werden kann. Sie bietet auch kostenlose Energieberatung an. Verbraucher*innen erhalten eine unabhängige, kompetente und persönlich auf sie zugeschnittene Beratung.

Quelle: Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

SoVD Höpfingen sucht...

... engagierte Mitglieder für die folgenden ehrenamtlichen Funktionen:

- 1. Vorsitzende*r
- Stellvertretende*r Vorsitzende*r
- Schatzmeister*in (Kassenführung, bar und Bank)
- Schriftführer*in (Protokollführung, Einladungen, Glückwünsche, etc.)
- Frauensprecherin (Engagement für die Rechte von Frauen wie Gleichstellung, etc.)
- Beisitzer*innen
- Revisor*innen

Gerne können Sie sich in diesem Ortsverband auch zunächst einmal als Kümmerer oder Kümmerin einbringen.

Melden Sie sich für weitere Informationen bitte gerne bei Karin Lokotsch unter Tel.: 06283 / 54 39 oder in der Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg unter Tel.: 0621 / 84 14 172 bzw. per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sinus-Jugendstudie im Auftrag der BARMER zur Impfung gegen das Humane Papillomavirus

Deutliche Impf- und Informationslücke

Nicht einmal jede zweite Person zwischen 14 und 17 Jahren ist gegen das Humane Papillomavirus (HPV) geimpft, das der Hauptverursacher von Gebärmutterhalskrebs ist. Das geht aus der repräsentativen Sinus-Jugendstudie 2024/2025 im Auftrag der Barmer Krankenkasse hervor, für die im Herbst 2024 bundesweit 2.000 Jugendliche befragt wurden.

Laut Studie waren nur 48 Prozent zumindest einmal gegen HPV geimpft. Bei weiteren neun Prozent war die Immunisierung geplant. 55 Prozent der weiblichen und 42 Prozent der männlichen Teenager waren zumindest einmal geimpft.

HPV-Virus verursacht Hälfte aller bösartigen Tumore
„Noch immer sind zu wenige junge Menschen gegen das Humane Papillomavirus geimpft. Dabei kann die Impfung Krebs verhindern und Todesfälle vermeiden. HPV ist für die Hälfte

aller virusbedingten bösartigen Tumore und für fast 100 Prozent der Fälle von Gebärmutterhalskrebs verantwortlich“, sagt Prof. Dr. med. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer. Nicht ohne Grund empfehle die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut die HPV-Impfung bei Mädchen und Jungen zwischen neun und 14 Jahren.



Foto: Oleksandra / Adobe Stock

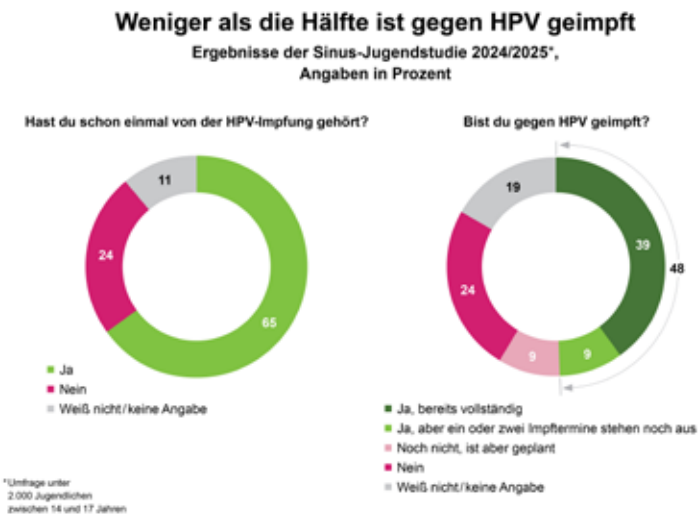


Foto: BARMER Sinus

Das Humane Papillomavirus ist kaum bekannt. Dabei sind die Gesundheitsschäden durch das Virus enorm hoch.

Fast alle Menschen haben HPV-Viren im Körper. Leicht erkennbar ist der Befall zum Beispiel durch Warzen.

Thema beschäftigt. Sorgen vor Nebenwirkungen äußerten 15 Prozent.

Nur zwei Drittel haben von HPV-Impfung bisher gehört
„Bei der HPV-Impfung ist weitere Aufklärung erforderlich. Hier gibt es nach wie vor Informationsdefizite. Je stärker sie behoben werden, desto eher lassen sich auch die Impfquoten nachhaltig erhöhen“, so

Barmer-Chef Straub. Laut Sinus-Studie haben demnach 65 Prozent der Jugendlichen bisher von der HPV-Impfung gehört, darunter 68 Prozent der formal hoch und 56 Prozent der formal niedrig Gebildeten. Insgesamt fühlen sich aber nur 31 Prozent aller Befragten eher oder sehr gut über die Folgen einer HPV-Infektion informiert und 36 Prozent über die Impfung an sich.
Quelle: Barmer Krankenkasse

Termine

- Ortsverband Höpfingen**
21. Oktober, 14.30 Uhr: Vesper-Nachmittag, Gasthof zum Ochsen.
- Ortsverband Mannheim-Mitte**
Vorschau: 7. November, 17 Uhr: Stammtisch (Selbstzahler), ASV Clubhaus Alexis Sorbas, Lauffener Str. 27, 68259 Mannheim.
- Ortsverband Neukirch**
17. Oktober, 19 Uhr: Herbstversammlung mit Vortrag, Gasthaus Krone, Wildpoltsweiler, Kreuzweiherstraße 31, 88099 Neukirch.

Glückwünsche

Kein kluger Mensch hat jemals gewünscht, jünger zu sein.
Jonathan Swift

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich.

Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 9.10. Ina Gley, Albstadt; 11.10. Maria Engelhard, Ludwigsburg.

70 Jahre: 31.10. Angelika Aufrecht, Großbottwar.

75 Jahre: 3.10. Bernhard Kopmann, Freiamt; 10.10. Karl-Heinz Lilienthal, Neuffen; 12.10. Arno Mehlmann, Kressbronn.

80 Jahre: 25.10. Günther Achberger, Tettnang.

91 Jahre: 10.10. Lore Pimiskern, Mannheim; 28.10. Anneliese Beiler, Reilingen.

95 Jahre: 17.10. Ermeline Krumm, Sinzheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Sprechstunden

Wichtiger Hinweis: Aufgrund derzeit eingeschränkter Kapazitäten kann der Landesverband eine zeitnahe Erledigung rechtlicher Angelegenheiten (Anfragen zu Rechtsberatungen/-vertretungen) nicht gewährleisten. Mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen muss momentan leider gerechnet werden. Bei Abschluss einer Mitgliedschaft bittet er, dies zwingend zu berücksichtigen. Da er telefonisch nicht immer erreichbar ist, schreiben Sie bitte eine E-Mail an info@sovd-bawue.de.

Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- / Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt
Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt, erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb
Die Rechtsberatungsstelle in Albstadt ist aus personellen Gründen vorübergehend leider nicht besetzt. Eine Terminvereinbarung erfolgt bei der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per

E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen
Aus personellen Gründen kann vorübergehend leider keine persönliche Beratung vor Ort angeboten werden. Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen
Aus personellen Gründen kann vorübergehend leider keine persönliche Beratung vor Ort angeboten werden. Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung Mannheim
Die Sozialrechtsberatung findet in der Windeckstraße 9 in 68163 Mannheim statt, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald
Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.:

0621/84 14 172, oder Karin Lokotsch, Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim
Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart
Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im „Gebrüder Schmid Zentrum“ Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher einen Termin über die Landesgeschäftsstelle vereinbaren unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden
Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Landesverband mit Infostand auf dem BREBAU-Sommerfest präsent

SoVD-Team hatte viel zu tun

Alljährlich findet Mitte August das Sommerfest des Bremer Wohnungsbaunternehmens BREBAU statt. Auch in diesem Jahr waren wieder rund 15 lokale Institutionen mit Infoständen auf dem Sonnenplatz im Stadtteil Kattenturm vertreten, darunter auch der SoVD.

Den sommerlich heißen Temperaturen trotzten auch die drei Repräsentant*innen des SoVD-Standes: Erhard Flemming, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Bremen-Süd, Landeschatzmeister Klaus Möhle und Landesvorstandsmitglied Elke Scharff. Sie hatten alle Hände voll zu tun. „Es war sehr lebendig, ein ständiges Kommen und Gehen“, erzählt Möhle. Am Stand seien sie mit zahlreichen Stadtteilbewohner*innen in Kontakt gekommen. „Viele wollten mehr über unser Angebot wissen“, so Möhle.

Er hat den Eindruck, dass es in den letzten Jahren für viele Menschen immer schwieriger



Am Stand des Landesverbandes informierten (v. li.): Erhard Flemming, Klaus Möhle und Elke Scharff.

geworden ist, mit sozialrechtlichen Angelegenheiten allein zurecht zu kommen. „Die Be-

troffenen brauchen uns und wir unterstützen, wo wir können“, lautet sein Fazit.

SoVD übergibt Scheck an soziales Projekt der Caritas für Obdachlose

Spende für die „Johannis-Oase“

Der Landesverband Bremen übergab Mitte August einen Spendenscheck über 1.000 Euro an das Projekt „Johannis-Oase“. Hier bieten die Propsteigemeinde St. Johann, Vinzenzkonferenz und Caritas Bremen Menschen ohne festen Wohnsitz bzw. mit geringem Einkommen an, die Duschen, Toiletten, Waschmaschinen und Trockner in der ehemaligen Sakristei der Propsteikirche kostenfrei zu nutzen.

„Über einen Fernsehbericht haben wir von dem beeindruckenden Projekt erfahren“, erzählt der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien. „Wir finden, dass es sich um ein sehr unterstützungswürdiges Angebot handelt. Es erinnert uns daran, dass es nicht für alle selbstverständlich ist, den Wasserhahn aufzudrehen und duschen zu können.“

SoVD-Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski ergänzt: „Neben der Beratung und Begleitung unserer Mitglieder und der sozialpolitischen Lobbyarbeit gehört es laut Satzung zu den Aufgaben des SoVD Bremen, soziale Projekte zu unterstützen. Daher freuen wir uns, die ‚Johannis-Oase‘ fördern zu können.“

Zum sozialpolitischen Hintergrund berichtet Landesschatzmeister Klaus Möhle aus seiner Zeit als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, dass der Bereich „Soziales“ bereits damals der größte Haushaltsposten war. Gesetzliche Leistungen schöpften jedoch so viel ab, dass für Projekte dieser Art wenig Geld übrig blieb.



Foto: Caritas Bremen

Bei der Scheckübergabe an die „Johannis-Oase“ waren anwesend (v. li.): Klaus Möhle, Diana Maleschewski und Joachim Wittrien vom SoVD, Werner Kalle vom Team der Ehrenamtlichen sowie Martin Böckmann, Direktor der Caritas Bremen.

Martin Böckmann, Direktor der Caritas Bremen, dankte der SoVD-Delegation herzlich für die Spende: „Mit den immer höheren Lebenshaltungskosten steigt die Zahl der Bremer*innen in Not. Zugleich ist der Sozialabbau längst spürbar – sowie eine Veränderung in den Bereichen Freiwilligenengagement und Spendenbereitschaft. Umso wichtiger ist diese finanzielle Unterstützung.“

Das Geld ist gut angelegt. Auch Werner Kalle, der zum 14-köpfigen Team der Freiwilligen in der „Johannis-Oase“ gehört, freute sich über die Förderung. „Wir benötigen neben Duschgel, Zahnbürsten und Waschmittel auch frische Unterwäsche und Handtücher. Größter Kostenfaktor sind allerdings die Energiekosten. Dafür können wir das Geld wirklich sehr gut gebrauchen.“

Über die Arbeit der Gewaltschutzambulanz

Die Frauensprecherin des Kreisverbandes Bremen, Rosemarie Kovač, lädt alle interessierten Mitglieder – Frauen und Männer – zu einem Vortrag über die Arbeit der Gewaltschutzambulanz Bremen ein. Die Veranstaltung findet

am 29. Oktober um 15 Uhr

in der Geschäftsstelle des Bremer SoVD-Landesverbandes, Breitenweg 10–12, statt. Referentinnen sind die Leiterin der Gewaltschutzambulanz, Dr. Saskia Etzold, und Fallmanagerin Ramona Rohlwing. Sie werden über ihre Tätigkeit berichten.

Die Gewaltschutzambulanz ist eine Anlaufstelle für alle Betroffenen von Gewalt in Bremen und Bremerhaven, unabhängig von Geschlecht und Alter. Sie befindet sich im Klinikum Bremen-Mitte und bietet eine kostenlose, auf Wunsch vertrauliche, rechtsmedizinische Dokumentation nach häuslicher und sexualisierter Gewalt an. Seit die Gewaltschutzambulanz am 4. April 2024 ihre Arbeit aufgenommen hat, haben sich innerhalb eines Jahres 219 von Gewalt betroffene Menschen gemeldet.

Die Einladung geht daher ausdrücklich an alle Mitglieder des SoVD, damit immer mehr Menschen wissen, wohin sie gewaltbetroffene Frauen und Männer in ihrem Umfeld verweisen bzw. wo sie auch selbst eine Anlaufstelle finden können.

Für eine bessere Planung wird um **Anmeldung bis zum 15. Oktober** per E-Mail an: christinazehe@sovd-hb.de oder unter Tel.: 0421 / 16 38 49 32 gebeten.

Sonderausgabe des Klimareports in Leichter Sprache

Das Klima einfach erklärt

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft legt gemeinsam mit dem Deutschen Wetterdienst Klimadaten vor, die möglichst viele Menschen verstehen können. Damit setzt sie eine Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention um.

„Alle Menschen sollen verstehen, warum Klima-Schutz wichtig ist. Darum gibt es den Klima-Bericht das erste Mal auch in Leichter Sprache. Das macht uns sehr stolz.“ So sagt es Tobias Fuchs, Vorstand Klima und Umwelt beim Deutschen Wetterdienst, in seinem Vorwort in der Broschüre „Infos über das Klima in Bremen und Bremerhaven“ – natürlich in Leichter Sprache.

Kathrin Moosdorf (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft: „Der Klimawandel und die damit verbundenen Folgen spüren alle Menschen. Jede*r ist betroffen. Daher ist es nur folgerichtig, dass wir möglichst viele Menschen über die Zusammenhänge und Entwicklungen informieren. Menschen, die es mit langen Texten schwer haben, die älter sind, die nicht so gut Deutsch sprechen oder auch Kinder – sie alle finden mit Hilfe der Broschüre leichten Zugang zu dem wichtigen Thema.“

Das Ausgangsdokument, den Klimareport, legte die Senatorin im Juni vergangenen Jahres vor. Darin werden auf 70 Seiten ausführlich Wetterdaten analysiert und Klimaentwicklungen mit deren Folgen beschrieben. In der nun veröffentlichten Sonderausgabe wird dieser Klimareport auf 24 Seiten vereinfacht dargestellt. Die Grundaussagen bleiben dabei erhalten. Neben der Sprache selbst sind auch Formatierung und Textgestaltung an die Bedürfnisse von Menschen angepasst, die es mit langen und komplexen Texten schwer haben. Dies ermöglicht ein selbständiges Lesen und Verstehen der Texte. „Es ist auch wichtig, wie Texte aussehen“, sagt Agnes Kühlechner, Übersetzerin im Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen: „Ziel der Leichten Sprache ist es, Barrieren abzubauen und möglichst vielen Menschen den Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Die Broschüre „Infos über das Klima in Bremen und Bremerhaven“ in Leichter Sprache gibt es online unter: www.klimaanpassung.bremen.de. Quelle: Umweltsenat Bremen

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband, Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen, Kreisverband Bremen-Nord
Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven
Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Glückwünsche



Foto: Ortis / AdobeStock

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Termine

**Kreisverband Bremerhaven
Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd**
14. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag von Heike Eulitz zum Stand der Umsetzung des Senior*innenkonzepts in Bremerhaven.
Vorschau: 11. November, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen bei Kaffee und Kuchen sowie Ehrung der Jubilar*innen.
Ort: Altbürgerhaus Lehe, Neuelandstr. 48, 27576 Bremerhaven.
Ansprechpartner*in: 1. Ortsvorsitzender Horst Cordes, Tel.: 0471 / 29 00 801, und 2. Ortsvorsitzende Birgit Schild, Tel: 0471 / 80 43 67.

Ortsverband Geestemünde
Alle Mitglieder sind herzlich willkommen bei den Veranstaltungen der Ortsverbände Leherheide und Bremerhaven Nord-Süd.

Ortsverband Leherheide
10. Oktober, 10 Uhr: Mitgliedertreffen und Infoveranstaltung mit Frühstück, Kostenbeitrag 5 Euro, Kirchengemeinde, Heideschulweg 9-11, 27578 Bremerhaven. **Anmeldung erforderlich.**
Ansprechpartner: 1. Ortsvorsitzender Alfred Bultmann, Tel.: 0471 / 80 27 98, und 2. Ortsvorsitzender Norbert Krajewski, Tel.: 0471 / 66 370.

**Kreisverband Bremen
Ortsverband Bremen-Süd**
Vorschau: 7. November, 14 Uhr: Aktiv-Tag im Stiftungsdorf Rablinghausen, Dorftreff Rablinghauser Landstraße 51 a-e, 28197 Bremen, Anmeldungen bis 1. November bei Marion Muhs unter Tel.: 0175 / 46 65 433.

**Kreisverband Bremen-Nord
Ortsverband Lesum**
14. Oktober, 16.30 Uhr: Vorstandssitzung.
17. Oktober, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit anschließendem Heringessen. **Anmeldung bis 13. Oktober** bei Reinhard Röpke unter Tel.: 01575 / 55 77 812.
Ort: Sportpark Marßel, Stader Landstraße 100, 28719 Bremen.

Ortsverband Vegesack
30. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Bürgerhaus Vegesack, Raum F20, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Ortsverband Blumenthal-Farge
15. Oktober, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal Union, Landrat-Christians-Straße 113, 28779 Bremen.

Kostenloser J1-Gesundheits-Check für Jugendliche noch relativ unbekannt

Gesund durch die Pubertät

Die kostenlose J1-Jugendgesundheitsuntersuchung kann in Kinder- und Jugendarztpraxen oder in der Hausarztpraxis durchgeführt werden. Viele Familien kennen dieses Angebot aber nicht, weniger als die Hälfte nimmt am J1-Gesundheits-Check teil.

Die J1-Untersuchung wird im Alter zwischen 12 und 14 Jahren angeboten. In diesem Zeitraum verändert sich der Körper sichtbar und mit Beginn der Pubertät erleben viele Jugendliche auch emotional eine Achterbahnfahrt. Inmitten dieser Umbrüche ist es für Eltern und pädagogische Fachkräfte manchmal schwer, Risikofaktoren oder Krankheitssymptome von normalen Entwicklungsschritten zu unterscheiden.

Die J1-Untersuchung gibt Jugendlichen und ihren Eltern die Sicherheit, dass trotz aller körperlichen und emotionalen Veränderungen gesundheitlich alles in Ordnung ist. Falls doch etwas auffällt, erhalten sie frühzeitig eine qualifizierte Einschätzung und kostenlose Beratung zu möglichen Behandlungsschritten. Die J1 dient als Gesundheits-Check mit der Früherkennung von Entwicklungs- oder Hormonstörungen, der Kontrolle des Impfstatus und der Einschätzung der psychischen Gesundheit. Nach den U-Untersuchungen im Kindesalter (U1 bis U9) ist sie die erste Früherkennungsuntersuchung, die Jugendliche auch eigenständig – also ohne ihre Eltern oder andere Sorgeberechtigte – wahrnehmen können.



Foto: Daniel / AdobeStock

Psychische Probleme sollten möglichst früh erkannt werden.



Foto: Halfpoint / AdobeStock

Den Gesundheits-Check J1 können Jugendliche auch ohne Begleitung ihrer Eltern wahrnehmen.

Schweigepflicht gilt auch für unter 18-Jährige

Ärzt*innen unterliegen bei der J1-Untersuchung der Schweigepflicht. Das bedeutet: Jugendliche können entscheiden, ob die Eltern über die Ergebnisse informiert werden sollen – nur wenn bei der Untersuchung eine schwerwiegende Erkrankung festgestellt wird, dürfen Ärzt*innen diese Vertraulichkeit brechen. Während der Untersuchung haben Jugendliche außerdem die Möglichkeit, eigene Fragen zu stellen – auch zu Themen, die ihnen im Gespräch mit Eltern, Lehrkräften oder Gleichaltrigen unangenehm sein könnten. Die J1 schafft damit einen geschützten Raum, in dem Sorgen offen angesprochen werden können, sie fördert die Selbstständigkeit und Gesundheitskompetenz der jungen Menschen.

Das passiert bei einer J1-Untersuchung

Die Untersuchung besteht aus vier zentralen Bestandteilen: einem persönlichen Gespräch, einer umfassenden körperlichen Untersuchung, der Besprechung der Ergebnisse inklusive Beratung sowie einem Impfcheck.

Bei der körperlichen Unter-

suchung werden: Körpergröße und Gewicht gemessen, Herz und Lunge abgehört, der Blutdruck bestimmt, Organe und Bewegungsapparat untersucht, der Stand der Pubertätsentwicklung überprüft, eine Urinprobe genommen, gegebenenfalls für eine nähere Abklärung Blut abgenommen und die Blutwerte untersucht.

Auch die Psyche kommt zur Sprache

Die J1 nimmt neben dem Körper auch das psychische Wohlbefinden in den Blick. Ob Schlafstörungen, Zukunftsängste oder belastende Situationen zu Hause oder in der Schule: Jugendliche können bei der J1 offen über das sprechen, was sie beschäftigt, und Fragen stellen. Natürlich gibt es keine Verpflichtung – allerdings bietet es den Jugendlichen die Möglichkeit, selbst Fragen zu stellen, gerade zu Themen, die im Familien- oder Freundeskreis unangenehm sein können, zum Beispiel zu Sexualität, Verhütung oder Drogenkonsum. Die J1 ist damit mehr als ein reiner Gesundheits-Check – sie ist ein vertrauliches Gesprächsangebot in einer sensiblen Lebensphase. *Quelle: Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit*

Newsletter

Mitglieder, die einmal monatlich (außer Sommerausgabe) den E-Mail-Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, senden bitte einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.

Ehrenamt sucht ...

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006.



Studie zum Bürgergeld zeigt Mietpreise in Städten als größten Kostenfaktor

Die eigentlichen Probleme lösen

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu Bürgergeld und Arbeiten zum Mindestlohn zeigt: Nicht die Beziehenden von Bürgergeld bekommen zu viel Geld, sondern viele Menschen in der Stadt zu wenig Lohn. Extreme Mietkosten verschärfen das Problem.

Wohnen und Leben in der Großstadt sind teuer. „Die weit verbreitete Vorstellung, dass Bürgergeldbeziehende nicht erwerbstätig sein wollen, weil sich mit dem Bürgergeld gut leben lässt, stimmt einfach nicht“, sagt Landesvorsitzender Klaus Wicher. „Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt, wie die Realität der Menschen wirklich aussieht.“ Der Vergleich zwischen den Einkommen wirft außerdem ein Licht auf die unterschiedlichen beruflichen Herausforderungen für bestimmte Personengruppen. „Alleinerziehende können oftmals nur in Teilzeit arbeiten und sind trotz Job, Kindergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag auf Bürgergeld angewiesen“, erklärt Wicher.

Grassierende Wohnungsnot

Ein weiteres gravierendes Problem – vor allem in Großstädten wie Hamburg – ist laut Studie die grassierende Wohnungsnot. „Die Mieten in Hamburg sind extrem hoch, bezahlbarer Wohnraum fehlt“, so Wicher. Er kann nachvollziehen, dass sich Menschen zurückgesetzt fühlen, die bis zur Hälfte des eigenen Gehalts in die Miete investieren müssen und gleichzeitig sehen, dass Wohnen und Heizen für Bürgergeldempfänger*innen bezahlt wird. „Das Problem sind aber die zu hohen Mieten und nicht die Bürgergeldbeziehenden“, sagt Wicher. Er fordert: „Hamburg muss viel mehr Sozialwohnungen bauen. Der Drittel-Mix reicht nicht.“ Denn die seit Jahren stockende Bautätigkeit hat sich inzwischen



Foto: SoVD HH

Trotz Arbeit müssen viele Leute mit Bürgergeld aufstocken.

deutlich sichtbar auf den Bestand an Sozialwohnungen in der Stadt ausgewirkt. Noch vor zehn Jahren gab es in Hamburg rund 250.000 Sozialwohnungen, heute sind es weniger als 80.000.

Wohnungsbau unzureichend

Das Plus von über 60 Prozent mehr Baugenehmigungen in Hamburg im Vergleich zum ersten Halbjahr 2024 ist für Wicher noch kein Grund zum Jubeln, denn der Zuwachs bezieht sich auf einen niedrigen Ausgangswert: „Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, 10.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, was wir ganz ausdrücklich unterstützen. In den ersten sechs Monaten 2025 wurde gerade mal ein Viertel davon auf den Weg gebracht. So erreicht Hamburg sein Ziel nicht!“ Die aktuellen Zahlen sagen zudem nichts darüber aus, wie viele neue Wohnungen tatsächlich im niedrigen Preissegment angeboten werden.

Wicher fordert: „Die Stadt muss es der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft SAGA und den Baugenossenschaften so leicht wie möglich machen, mehr Wohnungen zu entwickeln. Der neue Hamburg-Standard ist schon mal ein gutes Signal dafür.“ Außerdem müsse die Mietpreisbindung für günstigen Wohnraum auf 50 Jahre verlängert werden. „Nur, wenn wir die eigentlichen Probleme lösen, gelingt das soziale Miteinander. Das muss die Hamburger Politik sich selbst und auf Bundesebene klarmachen.“

Die Wohnungsnot ist eines der Kernthemen des Hamburger Armuts-gipfels am 15. Oktober im Haus der Patriotischen Gesellschaft, zu dem der SoVD Hamburg alle Interessierten gemeinsam mit dem Mieterverein zu Hamburg, dem DGB Hamburg und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg einlädt. Alle Infos und Anmeldung unter: www.sovd-hh.de/veranstaltungen/,



Editorial

Liebe Mitglieder,
liebe Interessierte,

Hamburg verliert das erste Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen, Armut „in all ihren Formen und überall bis 2030 zu beenden“ aus dem Blick. Die Folge: Armut wächst in der Stadt. Bereits jedes vierte Kind ist armutsgefährdet oder lebt in Armut. Damit liegt Hamburg über dem Bundesdurchschnitt. Anstatt intensiv darauf hinzuwirken, dass Armut bis 2030 beendet ist, wird das Leben in der Großstadt immer teurer und für Menschen mit geringen Einkommen unerschwinglich. Vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern schaffen es kaum noch, die Kosten für extrem hohe Mieten, teure Lebensmittel oder Mittagessen an Schulen zu stemmen. Die Stadt senkt den eigenen Zuschlag an die Caterer, anstatt ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder oder eine Preisstaffelung anzubieten. Die für viele Kinder so wichtigen Angebote der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sind deutlich unterfinanziert und es werden viel zu wenig Sozialwohnungen gebaut – um nur einige Beispiele zu nennen. Gleichzeitig wird – vor allem auf Bundesebene – Stimmung gegen Beziehende von Bürgergeld gemacht und die soziale Spaltung vorangetrieben. Eine aktuelle Studie zeigt hingegen: Nicht die Bürgergeldempfänger*innen haben zu viel Geld, sondern viele Menschen in der Stadt zu wenig Einkommen. Das populistische Herumhacken auf Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen von „Grundsicherung“ leben müssen, löst unsere Probleme nicht, sondern ist Wasser auf die Mühlen rechtsextremer Tendenzen.

Wir brauchen Lösungen für die eigentlichen Probleme der Stadt. Deshalb veranstaltet der SoVD Hamburg gemeinsam mit dem Mieterverein zu Hamburg, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Hamburg und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg am 15. Oktober einen Armuts-gipfel in der Patriotischen Gesellschaft. Sie sind herzlich eingeladen, mit uns über Ursachen und Folgen von Armut zu sprechen und über Wege in eine gerechte Zukunft zu diskutieren. Wir freuen uns auf Sie!

Ihr Klaus Wicher, Landesvorsitzender



Foto: Jonas Walzberg
Klaus Wicher



Personalien

Lennard Marker verstärkt ab Oktober das Team des SoVD Hamburg im Bereich Sozialpolitik. Der 26-Jährige hat seinen Bachelor in Politikwissenschaften bereits mit beeindruckendem Ergebnis absolviert. Nun soll der Master in den kommenden zwei Jahren folgen. Die Stellenausschreibung des SoVD kam für ihn genau zur richtigen Zeit: „Im SoVD Hamburg kann ich neben der Arbeit an der Uni Hamburg weitere berufliche Erfahrungen sammeln und mich dem widmen, was mir am Herzen liegt.“ Der im Landkreis Harburg ansässige Marker weiß um fehlende Chancengleichheit und Teilhabe von Menschen mit geringen Einkommen. Als ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wahlkreisbüro einer Bundestagsabgeordneten kennt er die politische Arbeit und die Probleme der Menschen vor Ort. Für Marker ist soziale Gerechtigkeit eine wichtige Grundlage der Demokratie: „Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, unsere Demokratie zu schützen.“ Das SoVD-Team wünscht ihm einen guten Start und gutes Gelingen.



Foto: SoVD HH

Einladung zur Veranstaltung

Die Veranstaltungsreihe „Inklusive Bildung: Was Sie schon immer wissen wollten“ endet mit dem Thema „Übergänge gestalten – Sozialraum nutzen“ am

23. Oktober, von 17 (Einlass 16.30) Uhr bis 19.30 Uhr, SoVD-Beratungszentrum Uhlenhorst, Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg.

Wie können Übergänge von einer Bildungsstufe zur nächsten für Menschen mit Teilhabe-einschränkungen und besonderen Unterstützungsbedarfen erfolgreich gestaltet werden? Dieser Frage geht Referentin Dr. Angela Ehlers, Bundesvorsitzende des Verbandes Sonderpädagogik, nach.

Die Teilnehmendenzahl ist auf

25 Personen begrenzt. Daher wird um Anmeldung gebeten unter Tel.: 040/61 16 070 oder per E-Mail: anmeldung@sovd-hh.de.

Die Broschüre „Inklusive Bildung“ gibt es hier: www.sovd-hh.de/news-service/publikationen/ratgeber-broschueren/menschen-mit-behinderung.

Neue Folge des SoVD-Podcasts jetzt abrufbar

Alles zum Thema Lohn

Warum sind Tarifverträge, ein Mindestlohn von 15 Euro und Solidarität unter Arbeitnehmenden so wichtige Eckpfeiler für ein auskömmliches Leben? Diese Fragen stellt der aktuelle Podcast.

Im Gespräch mit der Hamburger DGB-Vorsitzenden Tanja Chawla klären Landesvorsitzender Klaus Wicher und Pressereferentin Susanne Rahlf, wie sich gute Arbeit aus Gewerkschaftssicht definiert und wie unsere Gesellschaft davon profitiert.

Den aktuellen Podcast und alle weiteren Folgen gibt es unter: www.sovd-hh.de/news-service/sovdpodcast.



Tanja Chawla

Vereint: Eimsbüttel und Niendorf-Schnellsen

Der SoVD-Treff Eimsbüttel findet ab sofort nicht mehr im Kulturhaus Eidelstedt, sondern an jedem zweiten Donnerstag im Monat um 16.30 Uhr im AWO-Aktivtreff Niendorf (barrierefrei) am Tibarg 1B statt. Am **9. Oktober** geht es mit Frau Schwarz vom GBI Hamburg um das Thema „Bestattungsvorsorge: Was Sie schon immer von einem Bestatter wissen wollten“.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/61 16 070, per E-Mail: info@sovdpodcast.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 070, Fax: 040/61 16 07 50, Öffnungszeit: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg in den Räumen des Mietervereins**, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona in den Räumen des Mietervereins**, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeit: Di und Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: jeden 2. und 4. Mittwoch, 9–12 Uhr. Nächste Termine: 8. und 22. Oktober.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.

Hamburger SoVD-Chor

Als größter, leistungsfähigster Sozialverband und einflussreiche Stimme in Hamburg verschaffen wir auch allen singbegeisterten Hanseat*innen Gehör mit unserer SoVD-Chorgemeinschaft im Hamburger Westen. Volkslieder, Schlager, Pop, Folklore, Gospel oder Klassik: Der Chor hat ein breit gefächertes Repertoire in petto – und ist offen für alle, die Freude am Singen mitbringen und Lust und Laune auf ein geselliges Miteinander haben. Notenkenntnisse sind nicht erforderlich, auch Vorsingen muss niemand. Offene Proben: Jeden Mittwoch, 19 Uhr, Kulturzentrum Heidbarghof, Langelohstraße 141.

Kontakt: Chorleiter Michael Starke, Tel.: 040/89 01 84 71, oder unter: www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/sovdpodcast.



Der SoVD hakt nach

Bezahlbarer Wohnraum nötig

Drei Fragen und Antworten mit Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg. Er hat gemeinsam mit dem SoVD-Landeschef Klaus Wicher den ersten Armuts Gipfel in der Stadt ins Leben gerufen, der am 15. Oktober stattfindet.

Herr Bosse, wer in Hamburg eine bezahlbare Wohnung hat, gibt sie nicht mehr her. Der Wohnungsbau verändert sich, Stichwort Hamburg-Standard. Wie wird die Wohnung der Zukunft aussehen?

Im Idealfall energetisch sinnvoll, barrierearm, von der Fläche her auf den tatsächlichen Bedarf derer ausgerichtet, die auf Wohnungssuche sind. Und vor allem bezahlbar! Der Hamburg-Standard soll dazu einen Beitrag leisten. Er hat das Zeug dazu, Baukosten zu senken bei weiterhin hoher Qualität fertiger Wohnungen. Doch er muss auch umgesetzt werden – durch Bauwirtschaft, Wohnungsunternehmen und Bezirksbehörden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Entscheidend ist aber, dass eingesparte Kosten die Mieten senken – nicht die Renditen erhöhen.

Welche Maßnahmen bräuchtest es, um den sozialen Wohnungsbau voranzubringen?

In Hamburg haben wir eine verlässliche und sinnvolle öffent-



Foto: Mieterverein zu HH

Dr. Rolf Bosse

liche Wohnraumförderung. Trotzdem braucht es deutlich mehr Neubau im geförderten Segment. Der Anteil sozial gebundener und gemeinwohlorientierter bewirtschafteter Wohnungen muss steigen, sonst verschärft sich die soziale Spaltung. Wohnungsunternehmen, die sozialverträglich bauen oder energetisch sanieren wollen, sind bei Planungs- und Genehmigungsprozessen zu bevorzugen. Unsere Investitions- und Förderbank (IFB) kann zur zentralen Finanzierungsstelle für zinsgünstige Kredite werden, damit sich Wohnungsunternehmen

wie die SAGA und unsere Genossenschaften nicht mehr den hohen Zinsen des freien Kapitalmarkts ausgesetzt sehen.

Wie muss sich Hamburg weiterentwickeln, damit alle Bewohner*innen in allen Quartieren gute Wohnbedingungen vorfinden?

Vor allem muss es in jedem Quartier genug bezahlbaren Wohnraum geben. Die Bezirke können die Genehmigung von Neubauvorhaben davon abhängig machen, dass gemeinnützig oder öffentlich gefördert gebaut wird. Kommunale Flächen werden nur noch im Erbbaurecht vergeben, Bodenspekulation wird aktiv bekämpft. Auf städtischem Grund dürfen nur preisgebundene Wohnungen entstehen. Eine soziale Durchmischung in allen Stadtteilen gelingt nur, wenn auch in begehrten Quartieren mindestens 60 Prozent des verfügbaren Wohnraums bezahlbar ist, die Haushalte also nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufbringen müssen.

Steigende Zahl hungriger Schulkinder durch Essensgelderhöhung

Alle Kinder sollen satt werden!

Fünf Euro pro Mittagessen in der weiterführenden Schule – was für manche eine kleine Erhöhung des Essensgeldes ist, macht für viele Kinder aus Familien mit geringen Einkommen einen großen Unterschied.

Der Verein Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V. (KJHH) und andere Kinder- und Jugendeinrichtungen der Stadt berichten, dass es eine massive Zunahme an Kindern gibt, die nach der Schule hungrig in die Einrichtungen kommen. Klaus Wicher, Vorsitzender des SoVD Hamburg, ist entsetzt: „Immer mehr Schüler*innen werden in der reichen Stadt Hamburg nicht mehr satt!“ Er fordert: „Das Schulmittagessen muss für alle kostenlos sein. Das sorgt auch für Chancengleichheit!“

Kurz vor Beginn der Sommerferien erreichte die Eltern die Nachricht, dass das Mittagessen für sie um 30 Cent teurer wird. „Das mag sich wenig anhören, kommt aber auf die ohnehin schon hohen Kosten von 4,70 Euro des vergangenen Schuljahres drauf, welche die Eltern nicht bedürftiger Kinder pro Tag zahlen müssen. Diejenigen, die nur knapp über der Bemes-



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Schulessen für ihre Kinder sollten sich alle Eltern leisten können.

sungsgrenze liegen, oft Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern, geben ab sofort für das Schulessen 100 Euro pro Kind pro Monat aus“, so Wicher.

In Hamburg ist jedes vierte Kind armutsgefährdet oder wächst in Armut auf. Und die Erhöhung des Essensgeldes ist nur ein kleiner Baustein im insgesamt teurer werdenden

Leben der Betroffenen. Wicher mahnt: „Hamburg kann es sich leisten, allen jungen Menschen in der Stadt gerechte Chancen auf Bildung und Teilhabe zur Verfügung zu stellen. Sie haben ein Recht auf gute Bedingungen für ihre Zukunft – und dazu gehört auch eine gesunde, gute und ausreichende Ernährung, gerade für Kinder, die sich noch im Wachstum befinden!“

Im Kreisverband Wernigerode gab es Veranstaltungen statt Sommerpause

Sommerprogramm kam gut an

Viel los im Kreisverband Wernigerode: Am 2. August fand das Sommerfest statt, an einem weiteren Termin ging es gemeinsam ins Heimatmuseum in Silstedt und am 31. August nahm eine Abordnung am traditionellen Bürgerfrühstück teil, das vom Kinderschutzbund Harzkreis e. V. organisiert wird.

Zum elften Mal waren die Mitglieder zum Sommerfest eingeladen, getreu dem Motto „Gemeinsam statt einsam“. Grillmeister Rüdiger Köllner kümmerte sich um das Grillgut. Es roch so lecker, dass sogar Passant*innen vorbeischaute und sich erkundigten, ob es ein „Tag der offenen Tür“ sei.

Nach vielen Gesprächen ging das Treffen mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken zu Ende. Ein besonderer Dank gilt Christoph Kath von der Freimaurerloge „Zum starken Licht am Brocken“, der zum wiederholten Male die Räumlichkeiten der Loge zur Verfügung stellte.

Wohnen und leben wie zu Omas Zeiten: Um das zu erleben, ging es nach Silstedt. Das Ziel war der Museumshof „Ernst Koch“. Auf dem Dreiseithof ist eine Sammlung von landwirt-



Rüdiger Köllner sorgte für die richtige Temperatur und Grillzeit, damit die Mitglieder leckeres Essen bekamen.

schaftlichen Geräten ausgestellt. In der sehr schön eingerichteten Heimatstube sahen sich der Großteil der Mitglieder in ihre Kindheit zurückversetzt. Eine ehrenamtliche Mitarbeite-

rin des Museumshofes begrüßte die SoVD-Mitglieder und dann bekamen sie eine Vorführung, wie früher gebuttert wurde. Die Mitglieder versuchten sich auch daran. Nach etwa 15 bis 20 Minuten war es geglückt: Die Molke hatte sich von der Sahne getrennt und Butter war entstanden. Damit die Anstrengungen nicht umsonst waren, wurde nun alles verkostet. Mit großem Genuss wurde die frische Butter verspeist.

Eine Abordnung des SoVD-Kreisverbandes marschierte am Sonntagmorgen, dem 31. August, zum Marktplatz. Im Gepäck befand sich ein leckeres Frühstück. Auf dem Marktplatz angekommen, dekorierten sie den Tisch, denn es sollte ja sichtbar sein, wer hier sitzt.

Nach der Begrüßung durch Annette Klaue vom Kinderschutzbund, der das Bürgerfrühstück organisiert, wurde gemeinsam gefrühstückt. Die Gebühr für die Biertischgarnitur ging als Spende an den Kinderschutzbund.

Der Spielmannzug Silstedt, eine Abordnung der Trommlergruppe „Baraban“ und Cheerleader der Mountain Tigers sorgten für Unterhaltung, die Kinder amüsierten sich auf der Hüpfburg.

Die SoVD-Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius freute sich, dass so viele Einwohner*innen, Vereine und Verbände für den guten Zweck mitmachten: „Das nächste Mal sind wir wieder dabei!“



Zwei Museumsangestellte demonstrierten, wie anstrengend früher die Butterherstellung in Handarbeit war.



Beim Bürgerfrühstück dabei (v. li.): Birgit Jungtorius, Monika Weikert, Ilse Schrader, Ingrid Arndt, Hella Sänger und Renate Harz.



Editorial

**Sehr geehrter Herr
Ministerpräsident Dr. Haseloff,**

mit großem Interesse habe ich Ihre Rede auf der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in Magdeburg in den Medien verfolgt und freue mich, dass Ihr Beitrag eindeutig als Klartext aufgenommen und verstanden wurde.

In Sachsen-Anhalt geht es derzeit um alles, und Sie haben völlig korrekt dargelegt, dass der Staffeltab nicht in fremde Hände geraten darf.

Mit nunmehr fast 85 Jahren engagiere ich mich seit über 30 Jahren in mehreren Funktionen als Ehrenamtsträger im SoVD-Landesverband Mitteldeutschland und derzeit noch als Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses. Jeden Monat veröffentliche ich im Auftrag des Vorstandes für unsere mehr als 6.000 Mitglieder in der Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ in einer Kolumne unseren Standpunkt zu anstehenden Politikfeldern und setze mich hierbei besonders auch mit der rechtsextremistischen Politik der AfD auseinander. Dieses werde ich auch angesichts der für 2026 anstehenden Landtagswahlen konsequent weiter tun.

Viele unserer Mitglieder finden es schade, dass Sie für die neue Wahlperiode nicht wieder antreten und das Mandat in jüngere Hände legen. Ich und alle anderen Mitglieder des Landesvorstandes und der Kreisvorstände sowie der Ortsverbände vertrauen in den von Ihnen gesetzten Nachfolger aus der CDU, Sven Schulze, der ja von Ihnen seit Jahren als Nachfolger für das Amt des Ministerpräsidenten aufgebaut wird.

Ich wünsche Ihnen – auch im Namen aller Mitglieder im SoVD und seiner Vorstände – von Herzen für die kommenden Wochen und Monate weiterhin viel Kraft und Elan bei der Vorbereitung der Landtagswahlen in unserem so schönen Bundesland Sachsen-Anhalt, vor allem aber Gesundheit und Schaffenskraft.

**Mit freundlichen Grüßen
Joachim Heinrich, Vorsitzender SPA**



Termine

Kreisverband Wernigerode

8. Oktober, 13 Uhr: Busfahrt in den Herbst.

Vorschau: 4. November, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1.

Nachruf



Am 7. August ist unser langjähriges Mitglied

Berta Jacob

im gesegneten Alter von 107 Jahren verstorben.

Sie war seit dem 1. November 1990 Mitglied im Kreisverband Mittelbe und damit eines der ältesten Mitglieder in unserem Sozialverband.

Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Der Vorstand des Kreisverbandes Mittelbe

Wandermagazin vergibt ersten Preis nach Sachsen

Schönste Tagestour 2025

Sachsen „Deutschlands schönster Wanderweg 2025“: Diesen Titel darf der Caspar-David-Friedrich-Weg in der Sächsischen Schweiz tragen. Aus einem Publikumsettbewerb des Wandermagazins ging der Weg zwischen Krippen und Schöna als Gewinner in der Kategorie Tagestouren hervor.

Damit geht nach 18 Jahren Pause der Titel erneut nach Sachsen. Zuletzt hatte im Jahr 2007 der Malerweg Elbsandsteingebirge in der Kategorie Mehrtagestouren gewonnen.

Der Caspar-David-Friedrich-Weg ist nicht nur eine Reverenz an Caspar David Friedrich (1774-1840), er ist auch eng mit dem Leben und Werk des Jahrhundertkünstlers verbunden. Im Sommer 1813 verbringt der Maler einige Monate im Haus eines Freundes im beschaulichen Fischerdorf Krippen. Bei Wanderungen durch die Umgebung sammelt er Motive für seine späteren Werke. Im Albertinum der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden sind unter anderem das berühmte Gemälde „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ sowie die Zeichnung „Felsige Kuppe“ zu sehen. Beide Werke geben einen tiefen Einblick in Friedrichs Schaffen und seine enge Verbindung zur Landschaft der Sächsischen Schweiz.

Der insgesamt etwa 15 Kilometer lange, überwiegend bequeme und landschaftlich abwechslungsreiche Wanderweg führt von Krippen entlang der Elbe hinauf nach Schöna mit der Kaiserkrone und anschließend über den Wolfsberg und durch Reinhardtsdorf wieder zurück zum Ausgangspunkt. Es ist eine Route, die der Maler während seines Krippener Exils vermutlich oft genutzt hat. Anhand der damals entstandenen Zeichnungen lassen sich seine Standorte und Motive noch heute finden. Infotafeln zeigen die jeweils an den entsprechenden Orten entstandenen Naturstudien. *Quelle: Sächsisches Tourismusministerium*



Foto: Ronny Behnert / Adobe Stock

Die Sächsische Schweiz hat schon den berühmten Maler Friedrich begeistert.

Sozialministerium Sachsen unterstützt einkommensschwache Familien

Zuschuss für den Herbsturlaub

Sachsen Auch für die Herbstferien können einkommensschwache Familien sowie Alleinerziehende vor Beginn der Reise einen Urlaubszuschuss beantragen. Gefördert werden Erholungsaufenthalte in Familienferienstätten oder für anerkannte Einrichtungen für Familienerholung in Deutschland.

Beantragt wird der Zuschuss bei den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege oder den Familienverbänden. Für einen Urlaubsaufenthalt von sieben bis vierzehn Tagen ist dabei eine Unterstützung von elf Euro pro Familienmitglied und Tag möglich.

Sozialministerin Petra Köping: „Damit alle gut erholt und gestärkt aus den Herbstferien kommen können, unterstützt das Sozialministerium einkommensschwache Familien sowie Alleinerziehende in ihrem Urlaub. Denn Familien brauchen Erholung, um die vielen Herausforderungen des Alltags zu meistern. Wir möchten auch denjenigen eine unbeschwerte Zeit ermöglichen, die sich das sonst aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Gemeinsame Freizeit und Erholung stärken den Familienzusammenhalt und die Gesundheit aller Familienmitglieder.“

Im Doppelhaushalt 2025/26 stehen 600.000 Euro pro Jahr für Familienfreizeit und -erholung zur Verfügung. Daneben gibt es aber noch weitere Maßnahmen, um Angebote für Kinder, junge Menschen und Familien in Ferienzeiten zu unterstützen. Dazu gehört die überörtliche Kinder-



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Ein Urlaub mit der ganzen Familie ist eine wichtige Auszeit vom Alltagsstress und stärkt den Zusammenhalt.

und Jugenderholung, die Maßnahmen in der unterrichtsfreien Zeit realisiert. Mit über 500.000 Euro wurden 2024 durch den Kommunalen Sozialverband 83 Maßnahmen gefördert.

In den vergangenen beiden Jahren konnten 1.059 Familien in 2023 bzw. 1.042 Familien in 2024 unterstützt werden.

Zu den überregionalen Familienbildungsmaßnahmen gehören Aktivitäten, die Eltern beispielsweise befähigen, Erziehung und Familienalltag zu bewältigen. Hierfür stehen im Doppelhaushalt 2025/26 rund

675.000 Euro zur Verfügung.

Daneben werden auch Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendübernachtungsstätten gefördert, insbesondere Sanierungen, Um- und Erweiterungsbauten sowie Ausstattungen. Hier wurden im vergangenen Jahr rund drei Millionen Euro an Fördergeldern ausgereicht. Mit Stand 2023 gab es 99 solcher Kinder- und Jugendübernachtungsstätten in Sachsen.

Mehr Infos unter: www.ksv-sachsen.de/foerderung-von-familien.html *Quelle: Sächsisches Sozialministerium*

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gentin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr. Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0160/42 13 163 oder Schatzmeisterin Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (bar-

rierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–18 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Auch bei Stromüberschuss bleibt Photovoltaik für Privathaushalte attraktiv

Vergütung bei Überproduktion

Mit den als Solarspitzenengesetz bezeichneten Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die seit einigen Monaten gelten, will der Gesetzgeber Netzüberlastungen durch zu hohe Stromeinspeisungen vermeiden. Trotzdem bleibt Photovoltaik (PV) für Privathaushalte weiterhin interessant, denn das Solarspitzenengesetz schreibt Maßnahmen zur Vermeidung von temporären Erzeugungsüberschüssen vor. Aber was heißt das eigentlich? Arian Freytag, Energieberatungsexperte der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern, erklärt, was aktuell für Photovoltaik-Anlagen gilt.

Seit mehr als 20 Jahren besteht das EEG. Wer eine PV-Anlage auf oder an seinem Gebäude betreibt, erhält eine in diesem Gesetz festgelegte Mindestvergütung für den ins Netz eingespeisten Strom. Das EEG setzt auch weiterhin auf einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Mit dem Solarspitzenengesetz sollen aber Stromeinspeisungen begrenzt werden, wenn eine Netzüberlastung droht.



Foto: Marina Lohrbach / Adobe Stock

Sinkende Preise bei hoher Stromproduktion

Viele PV-Anlagen produzieren gleichzeitig Strom, wenn die Sonne scheint. Steigt die Stromproduktion, steigt auch die Netzbelastung, und der Markt reagiert mit sinkenden Börsenstrompreisen. Bei sehr hoher Produktion sind sogar negative Preise möglich.

Mit dem Solarspitzenengesetz haben die Betreibenden keinen Vergütungsanspruch, in der Zeit, in der der Preis negativ ist. Das Gesetz kompensiert diesen Nachteil jedoch. Verbraucher*innen erhalten ab Inbetriebnahme für 20 Jahre eine Einspeisevergütung. Dieser Zeitraum verlängert sich um die Tage, an denen keine Vergütung gezahlt wurde.

Wer ist an die Regelung gebunden?

Für Haushalte, die nach dem 25. Februar 2025 eine PV-Anlage in Betrieb nehmen oder

Selbstversorgung mit Strom aus der Sonne wird immer beliebter.

genommen haben, und für alle PV-Anlagen ab zwei Kilowatt Leistung, gelten diese Regelungen. Aber: Erst nachdem ein intelligentes Messsystem (Smart Meter) installiert ist. Wer bislang keinen Smart Meter hat, muss die Einspeisung auf 60 Prozent der installierten Leistung begrenzen. Privathaushalte mit Ein- und Zweifamilienhäusern haben typischerweise PV-Anlagen mit drei bis 20 Kilowatt Leistung (kWp) installiert.

Wer vor dem 25. Februar 2025 eine PV-Anlage in Betrieb hatte, kann sich freiwillig für die Anwendung der neuen Regelungen entscheiden und auf einen Vergütungsanspruch bei negativen Preisen verzichten. Dafür wird eine um 0,6 Cent höhere Vergütung für den eingespeisten Strom gewährt.

Haushalte sollten den von

der PV-Anlage produzierten Strom möglichst selbst verbrauchen, wenn der ins Netz gespeiste überschüssige Strom nicht vergütet wird. Hilfreich sind dabei flexible Verbraucher wie Waschmaschine oder eine Wallbox. Viele PV-Anlagen werden außerdem mit Batteriespeichern installiert, die ebenfalls den Anteil des selbst verbrauchten Stroms erhöhen.

Netzanschluss auf Grundstück statt Dach

Wer eine PV-Anlage in Betrieb nehmen will, muss zuvor den dafür notwendigen Netzanschluss beim zuständigen Verteilnetzbetreiber (VNB) kundtun. Den zuständigen Netzbetreiber findet man unter www.VNBdigital.de. Dort kann der Netzanschluss direkt angemeldet werden.

Ist das Gebäude selbst für den Betrieb einer PV-Anlage ungeeignet, etwa wegen Denkmalschutz, oder ist keine geeignete Dachfläche vorhanden, können Eigentümer*innen unter bestimmten Voraussetzungen die Anlage stattdessen auf dem dazugehörigen Grundstück betreiben. Zu den Voraussetzungen gehören zum Beispiel, dass die Leistung 20 Kilowatt nicht überschreitet und die Grundfläche der PV-Anlage nicht größer als die Grundfläche des Gebäudes ist.

Die Verbraucherzentrale berät zu Energiefragen

Fragen zum Thema Photovoltaik beantwortet die Energieberatung der Verbraucherzentrale mit ihrem umfangreichen Angebot. Die Beratung findet online, telefonisch oder in einem persönlichen Gespräch statt. Die Fachleute informieren anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind alle Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Infos gibt es auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder unter der bundesweit kostenfreien Telefon-Hotline 0800/80 98 02 400. *Quelle: VZ M-V*



Foto: benjaminolte / Adobe Stock

Die Erste-Hilfe-Kenntnisse sollten regelmäßig aufgefrischt werden. Die Standards haben sich verändert.

DVR schlägt Alarm: Deutschland verlernt das Helfen

Erste-Hilfe-Kenntnisse oft nicht mehr aktuell

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) schlägt Alarm: Viele Ersthelfer*innen sind im Ernstfall nicht mehr handlungsfähig, berichten Rettungskräfte immer wieder. Ihr Wissen ist veraltet, lebensrettende Maßnahmen werden vergessen – eine gefährliche Lücke, die Leben kosten kann.

„Erste Hilfe rettet Leben – aber nur, wenn man sie beherrscht“, warnt DVR-Präsident Manfred Wirsch. „Wer seinen Kurs vor 20 oder 30 Jahren gemacht hat, ist heute im Ernstfall meist überfordert. Auffrischung ist keine Kür, sondern Pflicht.“ Der DVR appelliert an alle Verkehrsteilnehmenden, regelmäßig einen Erste-Hilfe-Kurs zu belegen. Die Standards in der Ersten Hilfe haben sich geändert: Für Laien ist die Mund-zu-Mund-Beatmung kaum noch relevant. Entscheidend sind heute vier Kernelemente: Herzdruckmassage, stabile Seitenlage, Druckverband und – bei Vorhandensein – der Einsatz eines Defibrillators.

Zwar bieten Hilfs- und Rettungsorganisationen sowie Bildungsanbieter bundesweit Erste-Hilfe-Kurse an – doch die Nachfrage bleibt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Viele Menschen aktualisieren ihr Wissen zu selten. „Wir brauchen ein Umdenken: Eine regelmäßige Erste-Hilfe-Auffrischung muss eine Selbstverständlichkeit werden“, betont Wirsch. Doch Ausbildung allein reicht nicht. Wer an einer Unfallstelle hilft, braucht Unterstützung. „Andere Verkehrsteilnehmende müssen Ersthelfende schützen: vorsichtig vorbeifahren, wenn bereits genügend Menschen helfen, und bei stockendem Verkehr konsequent die Rettungsgasse freigehalten“, betont Wirsch. „Ersthelfer*innen dürfen nicht allein gelassen werden.“ Der DVR appelliert an alle Verkehrsteilnehmenden: Wissen auffrischen. Rücksicht nehmen. Helfen. Denn: Jede*r kann plötzlich in die Situation kommen, Hilfe leisten zu müssen – oder auf Hilfe angewiesen zu sein. Wer vorbereitet ist, rettet Leben. *Quelle: DVR*

Der DVR ist Deutschlands unabhängiger Vorreiter und Kompetenzträger in allen Belangen der Straßenverkehrssicherheit. Mit dem Ziel der Vision Zero („Niemand kommt um, alle kommen an.“) setzt er sich für die gemeinsame Verantwortung aller Gesellschaftsgruppen ein, um den Straßenverkehr sicher zu machen. Durch die hohe Sachkenntnis und die Erfahrung seiner Mitglieder bildet der DVR ein effizientes Netzwerk für Verkehrssicherheit.



Foto: Thomas Wolter / pixabay



Foto: Jean-Luc / Adobe Stock

Wenn das Hausdach für Sonnenkollektoren nicht geeignet ist, dürfen sie auch woanders auf dem Grundstück aufgestellt werden.

Termine



Foto: Wellnhofer Designs / AdobeStock

Kreisverband Rostock / Bad Doberan / Grimmen / Nordvorpommern

23. Oktober: Busfahrt nach Nantrow zum Entenessen (kostenlos für Mitglieder) und anschließender selbstständiger Shopping-tour / Kaffeetrinken in Kühlungsborn. **Anmeldung bis 3. Oktober** bzw. solange es freie Plätze gibt. Infos und Anmeldung montags und dienstags von 8 bis 12 Uhr unter Tel.: 0381/76 96 130 und 0177 / 87 43 828 oder per E-Mail: info@sov-d-rostock.de.

Kreisverband Schwerin

13. Oktober, Gemeinsame Veranstaltung mit dem VdK, Vortrag von Herrn Falck über das „Welterbe Schwerin“, „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin, Straßenbahnhaltestelle Dreescher Markt.

Rechtsberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Greifswald: 14. Oktober; **Röbel (Müritz):** 28. Oktober. Es berät Donald Nimsch.

Nordwestmecklenburg (Grevesmühlen): 1. Oktober, **Parchim:** 8. Oktober, Termine über die Landesgeschäftsstelle in Rostock; **Güstrow:** 22. Oktober. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt



Foto: Tiko / AdobeStock

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834 / 84 04 88.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 / 68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883 / 51 01 75.

Kreisverband Müritz: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931 / 12 96 17.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881 / 71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871 / 44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381 / 76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen / Rügen, Tel.: 03838 / 20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385 / 20 09 03 48.



V. li.: Silke Schöll, Anke Holst, Cornelia Jungbluth und Andrea Preuß-Borowsky bei der Vorbereitung.

Jährliche Grillveranstaltung des Kreisverbandes Schwerin mit dem VdK

Gelungenes Beisammensein

Am 20. Juni war es wieder so weit: Der SoVD-Kreisverband Schwerin veranstaltete sein traditionelles Grillen. Im Innenhof des Hauses der Begegnung fanden sich bei sonnigem Wetter 45 Teilnehmer*innen ein, um gemeinsam zu feiern.

Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky eröffnete das Grillfest und begrüßte sowohl die Mitglieder des SoVD als auch des VdK. Das Miteinander der beiden Verbände wird durch Veranstaltungen wie diese besonders gefördert.

Ein Highlight des Nachmittags war die Überraschung für ein treues SoVD-Mitglied, das seinen hohen Geburtstag feierte. Andrea Preuß-Borowsky gratulierte und übergab ein kleines Geschenk. Diese Geste brachte nicht nur ein Lächeln auf das Gesicht der Jubilarin, sondern erinnerte alle Anwesenden daran, wie wichtig Wertschätzung und Gemeinschaft innerhalb der Verbandsfamilie sind.

Im Anschluss an die Eröffnungsrede bedankte sich Preuß-Borowsky bei den „Helferlein“, die sich tatkräftig an den Vorbereitungen der Veranstaltung beteiligt hatten. „Veranstaltungen wie diese, ebenso wie unsere Reisen, beleben das Verbandsleben und fördern das gesellschaftliche Miteinander“, betonte sie und hob den hohen Stellenwert des ehrenamtlichen Engagements hervor.

Die Vorsitzende hat großen Respekt vor Menschen, die sich sozial engagieren, und stellt deren Arbeit stets in den Vordergrund. Die Bedeutung des Ehrenamts wird im SoVD-Kreisverband Schwerin großgeschrieben, und jede*r Einzelne bringt eigene Ideen und Talente ein, um das Verbandsleben lebendig zu halten.

Nach dem gelungenen Auftakt wurden die Grillmeister Karl-Heinz Müller und Volker Großmann aktiv. Mit Geschick und Leidenschaft machten sie sich an die Arbeit, um köstliche Grillgerichte zuzubereiten. Doch damit nicht genug: Cor-



Silke Schöll mit zwei sehr zufriedenen Besucherinnen der Grillveranstaltung des SoVD Schwerin.

nelia Jungbluth, die Koordinatorin für Gesundheitsförderung der Stadt Schwerin, überraschte die Gäste mit selbstgemachten, gesunden Snacks und erfrischenden Getränken und erhielt dafür einen herzlichen Dank von allen Anwesenden.

Das gemeinsame Essen war ein voller Erfolg, und die Teilnehmer*innen erfreuten sich nicht nur an den kulinarischen

Köstlichkeiten, sondern auch an anregenden Gesprächen

Die positive Resonanz der Mitglieder lässt keinen Zweifel daran, dass diese Tradition fortgeführt werden wird. Bereits jetzt steht der Termin für das nächste gemeinsame Grillen fest: Am 19. Juni 2026 wird es erneut heißen: „Ran an die Kohle“.



Die Grillmeister Karl-Heinz Müller und Volker Großmann.

Erste Hilfe: SoVD kritisiert fehlende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung

Inklusionsstandards in Erste-Hilfe-Kursen

Im Notfall ist es entscheidend, schnell und sicher zu handeln – daran erinnert der „Internationale Tag der Ersten Hilfe“ am 13. September. Doch Menschen mit Behinderung werden in diesem Bereich oft nicht ausreichend berücksichtigt; sowohl beim Erlernen von Erste-Hilfe-Maßnahmen als auch im Ernstfall, wenn sie selbst Hilfe benötigen. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert diese Situation und fordert verbindliche Inklusionsstandards in allen Erste-Hilfe-Kursen, um eine gleichberechtigte Teilhabe und Notfallversorgung von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

Erste-Hilfe-Kurse sind häufig nicht barrierefrei: „Viele Kursräume sind für Rollstuhlfahrer*innen nicht zugänglich. Außerdem fehlen Materialien in Gebärdensprache“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Auch Informationen in Leichter Sprache, die Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen benötigen, stehen nur selten zur Verfügung. Darüber hinaus sind Menschen mit Behinderung auch im Kursinhalt kaum vorgesehen. „Was soll ich tun, wenn eine Rollstuhl-

fahrerin bewusstlos wird? Wie kommuniziere ich im Notfall klar und effektiv mit blinden, sehbehinderten oder gehörlosen Menschen? Wie bringe ich eine Person mit spastischer Lähmung in eine sichere Position? Solche Fragen werden in den meisten Kursen leider nicht behandelt“, kritisiert Swinke. Dies führe dazu, dass Helfende im Ernstfall unsicher seien – und dadurch wichtige Zeit verloren gehen könne.

Für den SoVD ist Erste Hilfe eine Frage der Menschenwürde. „Niemand darf im Notfall zu-

rückgelassen werden. Und niemand darf von Erste-Hilfe-Kursen ausgeschlossen sein“, betont Swinke. Nach Ansicht des Verbands braucht es deshalb verpflichtende Inklusionsstandards. Diese müssen nicht nur die Besonderheiten der Ersten Hilfe bei Menschen mit Behinderung berücksichtigen, sondern auch Kursräume, Lehrmaterialien und digitale Angebote einschließen. Zusätzlich fordert der SoVD Fortbildungen für Kursleitende, damit sie auf vielfältige Bedarfe eingehen können. Auch eine

finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen und Vereine, die bereits innovative inklusive Kursformate entwickeln, könne

dazu beitragen, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe an der Ersten Hilfe zu ermöglichen.



Foto: Africa Studio / Adobe Stock

Barrierefreie Lehrmaterialien fehlen in Erste-Hilfe-Kursen oft.

SoVD fordert: Niedersächsische Landesregierung muss endlich handeln

Frühe Schulabgänger*innen

Die neuesten Zahlen von Eurostat sind alarmierend: Mit einer Quote von 15,4 Prozent hat Niedersachsen bei den frühen Schulabgänger*innen bundesweit das schlechteste Ergebnis – und liegt im EU-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz. Nur Rumänien schneidet schlechter ab. Zu den frühen Schulabgänger*innen zählen laut Eurostat junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die im Zeitraum der Erhebung keinen weiterführenden Schulabschluss vorzuweisen hatten oder die höchstens einen mittleren Schulabschluss haben, jedoch keine Aus- oder Weiterbildung absolvieren. Während der EU-Durchschnitt bei den frühen Schulabgänger*innen bei 9,3 Prozent und der Bundesdurchschnitt bei 12,4 Prozent liegt, hat sich die Situation in Niedersachsen seit 2019 weiter verschlechtert. Der SoVD in Niedersachsen fordert die Landesregierung deshalb auf, sofort gegenzusteuern und nachhaltige Maßnahmen umzusetzen, damit alle die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg haben.

„Die Entwicklung in Niedersachsen ist ein bildungspolitischer Skandal. Es darf nicht sein, dass jede*r Siebte die Schule ohne Perspektive auf eine weiterführende Qualifikation verlässt“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Ein Schulabschluss sei die Basis für ein selbstbestimmtes Leben, eine Berufsausbildung und gesellschaftliche Teilhabe. Ohne ihn seien junge Menschen besonders häufig von prekären Jobs und später auch Altersarmut betroffen. „Soziale Chancenungleichheiten im Bildungssystem zementieren Benachteiligung über Generationen hinweg. Wenn wir das hinnehmen, verspielen wir nicht nur individuelle Lebenswege, sondern auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, warnt Swinke. Außerdem müsse die inklusive Bildung endlich so umgesetzt werden, dass alle Kinder entsprechend ihrer individuellen Potenziale gefördert werden können. Auch Investitionen in eine zugangsgerechte und moderne Bildung sind aus



Foto: drazen_zigic / Adobe Stock

Aus Sicht des SoVD muss ein erfolgreiches Bildungssystem über die reine Schullaufbahn hinaus sicherstellen, dass junge Menschen eine berufliche Perspektive haben.

Sicht des SoVD unverzichtbar – dazu gehören sanierte Schulen, zeitgemäße Ausstattung sowie mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen.

„Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass so viele Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen und dadurch kaum Aussichten auf einen erfolgreichen Bildungsweg haben“, sagt Swinke. Um die Chancen dieser jungen Menschen nicht weiter zu verschlechtern, müsse zu-

dem sichergestellt werden, dass Bürgergeld-Leistungen nicht gekürzt werden. Damit Deutschland das EU-Ziel von unter 9 Prozent Schulabgänger*innen bis 2030 erreichen kann, müsse Niedersachsen sofort handeln. „Die Landesregierung muss alles dafür tun, dass junge Menschen nicht perspektivlos zurückgelassen werden. Eine gute Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe und damit zu einer starken Demokratie“, findet der SoVD-Vorsitzende.

SoVD trifft Leiterin des Landeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit

Austausch über Barrierefreiheit

Lange hat sich der SoVD – auch gemeinsam mit anderen Organisationen – vehement dafür eingesetzt, dass in Niedersachsen ein Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (LKB) eingerichtet wird. Das Zentrum ist aus Sicht des SoVD als unabhängige und zentrale Anlauf- und Beratungsstelle zu Fragen rund um Barrierefreiheit essenziell, um in Niedersachsen eine gleichberechtigte Teilhabe nach UN-Behindertenrechtskonvention zu erreichen.

Ende 2024 hat das Zentrum schließlich seine Arbeit aufgenommen. Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, und Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik des SoVD in Niedersachsen, trafen die Leiterin des Zentrums, Dr. Isabel

Rink, für einen ersten Austausch. Deutlich wurde im Gespräch, dass Dr. Rink Barrierefreiheit in Niedersachsen mit Herz, Verstand und Tatkraft voranbringen möchte.

Den SoVD und das LKB eint das gemeinsame Ziel: ein Niedersachsen, das für alle Menschen barrierefrei ist. Für den SoVD ist Barrierefreiheit keine Nebensache, sondern die Grundlage für echte Inklusion.

In vielen Bereichen ist noch ein weiter Weg zurückzulegen. Aber dieses Gespräch hat gezeigt: Mit einer engagierten Leitung im LKB und der Unterstützung des SoVD ist Fortschritt möglich. Der SoVD freut sich auf die Zusammenarbeit und auf die nächsten Schritte in Richtung echte Teilhabe für alle.



Foto: Greta Becker

Katharina Lorenz, Dr. Isabel Rink und Dirk Swinke (v.l.)

Fachbereichsversammlung „Überregionale Mitgliederorganisationen“

Wertvoller politischer Austausch

Auf der diesjährigen Fachbereichsversammlung der überregionalen Mitgliederorganisationen (ÜMO) des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen waren niedersächsische Sozialpolitiker*innen zum Dialog eingeladen. „Solche Formate sind eine wichtige Gelegenheit, die Anliegen unserer Arbeit direkt in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und zugleich den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu stärken“, schildert Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik des SoVD in Niedersachsen. Seit 2024 ist Lorenz eine von vier Sprecher*innen der

ÜMO in Niedersachsen – das Sprecher*innengremium nimmt gemeinsam mit weiteren Vertreter*innen der Mitgliederorganisationen an der Fachbereichsversammlung teil. Bei der Veranstaltung in diesem Jahr standen Gesundheit, Ehrenamt sowie Antidiskriminierung und Teilhabe im Mittelpunkt. An drei Thementischen hatten die Vertreter*innen der Mitgliederorganisationen Gelegenheit, sich mit den Landtagsabgeordneten Claudia Schüßler (SPD), Tanja Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) und Eike Holsten (CDU) über aktuelle Herausforderungen und notwendige Lösungsschritte auszutauschen.



Foto: DNI

Das Sprecher*innen-Gremium der ÜMO des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen

Aktionen der SoVD-Aktiven aus dem Emsland und aus der Grafschaft Bentheim

Rollstuhlparcours verdeutlicht Barrieren

Die SoVD-Kreisverbände Emsland und Grafschaft Bentheim haben bei Sommerveranstaltungen mit einem Rollstuhlparcours die Bedeutung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum veranschaulicht.

Beim Twister Seefest organisierte das ehrenamtliche Team des Kreisverbands Emsland gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern aus den Ortsverbänden Twist und Adorf-Neuringe einen Rollstuhlparcours und setzte damit ein Zeichen für Barrierefreiheit. Zahlreiche Besucher*innen konnten selbst ausprobieren, wie herausfordernd die Fortbewegung im Rollstuhl sein kann, wenn Barrieren im Weg sind. Als kleines Dankeschön erhielten alle Teilnehmenden eine Urkunde.

Gemeinsam mit vielen engagierten Ehrenamtlichen aus seinen Ortsverbänden beteiligte sich der Kreisverband Grafschaft Bentheim am „Fest der Kulturen“ in Nordhorn und trug mit einem Rollstuhlparcours zum vielfältigen Programm bei, das die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt in den Mittelpunkt stellte. Kinder, Jugendliche und Erwachsene waren eingeladen, sich mit dem Thema Barrierefreiheit auseinanderzusetzen. Wer den Parcours absolvierte, bekam eine Vorstellung davon, wie sich alltägliche Hürden für



Foto: Dr. Heinrich Schepers

Gut besucht war der SoVD-Stand mit Rollstuhlparcours auf dem Fest der Kulturen in Nordhorn.

Menschen mit Behinderung anfühlen – ein Angebot, das nicht nur informierte, sondern auch großen Zuspruch und viel Interesse fand.

Beim Festwochenende anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „1050 Jahre Lingen (Ems)“ hatte der Orga-Ausschuss des SoVD Emsland auf dem Alten Viehmarkt ebenfalls einen Rollstuhlparcours aufgebaut, um Barrieren im Alltag erlebbar zu machen – und hat gleichzeitig für

viel Spaß bei den teilnehmenden Kindern und Erwachsenen gesorgt. Unterstützt wurde der Kreisverband dabei vom Ortsverband Lingen mit engagierten ehrenamtlichen Helfer*innen.

Diese Aktionen waren Teil der SoVD-Kampagne „Für mehr Miteinander“ mit dem Schwerpunktthema Inklusion. Der Parcours kam nach Redaktionsschluss auch in Haselünne sowie beim Kinderfest in Meppen zum Einsatz.

SoVD initiiert gemeinsam mit anderen Organisationen jährliche Veranstaltungsreihe

Woche der pflegende Angehörigen

Um den Blick unserer Gesellschaft auf den wichtigen Beitrag pflegender Angehöriger zu richten und sie besser zu entlasten, hat ein breites Bündnis vieler Organisationen in Niedersachsen – darunter der SoVD – eine jährliche „Woche der pflegenden Angehörigen“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist, den gesellschaftlichen Beitrag pflegender An- und Zugehöriger, die über 80 Prozent aller Pflege in Niedersachsen leisten, besser wertzuschätzen und ihre Unterstützung und Entlastung auf Landesebene und in allen Kommunen zu einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu machen. Die „Woche der pflegenden Angehörigen“ findet in diesem Jahr erstmals statt: vom 6. bis 12. Oktober.

Mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm wird der Beitrag Angehöriger bei der Pflegeversorgung in Niedersachsen ins gesellschaftliche und politische Rampenlicht gerückt. Die Initiative hat bereits breites Interesse geweckt und den Zuspruch von Landtagsabgeordneten und vielen Verbänden gewonnen.

„Die dramatische Situation der Betroffenen wurde viel zu lange überhört. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit einem breiten Bündnis an die Öffentlichkeit gehen und den pflegenden An- und Zugehörigen endlich eine Stimme geben“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen und Gründungsmitglied. Das gehe jedoch nur in diesem breiten Bündnis, in das Organisationen aus allen 37 Landkreisen und acht kreisfreien Städten Niedersachsens aktiv in



Abbildung: Ausschnitt vom Logo der Veranstaltungsreihe

Infos zu den Veranstaltungen unter: www.wpa-niedersachsen.de

die Woche der pflegenden Angehörigen eingebunden sind.

Die aktive Teilnahme steht allen Gruppen in den Kommunen frei. Selbsthilfegruppen Angehöriger und Menschen mit Behinderung, Pflegeeinrichtungen, Senioren- und Pflegestützpunkte, Wohlfahrtsverbände, Kranken- und Pflegekassen, Hoch-

schulen und viele andere tragen zu einem bunten Programm von Veranstaltungen bei – vor Ort und mit digitalen Webinaren und Diskussionen, kostenlos für alle Teilnehmer*innen. Die Veranstaltungstermine und Informationen zur Anmeldung können unter www.wpa-niedersachsen.de abgerufen werden.



Fotos und Grafik: Martin Bargiel, Steeeg GmbH

Neue Podcast-Folge rund um die Rente

Vorzeitiger Ruhestand: Tipps und Grenzen – was geht wirklich, was nicht? In der neuen Podcast-Folge schauen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel genau hin: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um früher in Rente gehen zu können? Am Beispiel von Frau Yilmaz zeigen sie typische Stolpersteine und wie man sie umgehen kann.

Zu Gast ist dieses Mal Björn Watermann von der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen. Der Renten-Profi erklärt, wie viel Rentner*innen zusätzlich verdienen dürfen, worauf man beim Weiterarbeiten im Alter achten sollte und welche Besonderheiten für Erwerbsminderungsrentner*innen gelten.

Klar, ehrlich und praxisnah – damit Interessierte gut informiert entscheiden können, wann der Ruhestand zu ihnen passt. Jetzt Reinhören!

„Kein Ponyhof“ ist der Podcast des SoVD-Landesverbands Niedersachsen. Einmal im Monat sprechen die Moderatorinnen über die ungerechtesten Fälle aus der SoVD-Beratung und über diejenigen, die damit zu kämpfen haben. Zudem gibt es in jeder Folge hilfreiche Tipps. Der Podcast ist unter www.sovd-nds.de/podcast sowie auf allen gängigen Plattformen abrufbar.

SoVD-Ortsverbände beteiligen sich an „50 Jahre Interkulturelle Woche und Tag der Demokratie 2025“

„Töne der Vielfalt – Stimmen der Demokratie“

Anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Interkulturelle Woche 2025“ luden die SoVD-Ortsverbände Nienhagen, Großmoor, Wathlingen, Eicklingen und Bröckel im September zu einem besonderen Konzert in den Hagensaal Nienhagen ein. Unter dem Motto „Töne der Vielfalt – Stimmen der Demokratie“ wurde ein Zeichen für Offenheit, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt gesetzt.

Die Idee zu diesem Abend stammt von Gonca Kaftan, der stellvertretenden Bürgermeisterin der Gemeinde Nienhagen. Gemeinsam mit den fünf Ortsverbänden des SoVD wurde diese Veranstaltung mit Unterstützung der Gemeinde Nienhagen ins Leben gerufen. Damit sollten Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen, Glaubensrichtungen, Altersgruppen und sozialen Hintergründen zusammengebracht werden. Ziel war es, die Vielfalt unserer Gesellschaft sichtbar zu machen und den Austausch zwischen den Kulturen zu fördern.

Im Rahmen der Abendveranstaltung war das außergewöhnliche Musikprojekt „Anatolian Goes Jazz“ mit der deutsch-türkischen Sängerin Ayda Kirci zu erleben. Mit ihrer ausdrucksstarken Stimme verbindet sie die melancholischen Klänge anatolischer Volkslieder mit der Freiheit und Improvisation des modernen Jazz. Als Tochter einer türkischen Gastarbeiterfamilie in Hannover geboren, bringt sie nicht nur ihre unverkennbare Stimme ein, son-



Foto: Dirk Schakies/Gisela Janßen

Sängerin Ayda Kirci macht mit ihrer außergewöhnlichen Stimme und ihrem Musikprojekt Zusammenhalt hör- und erlebbar.

dern auch eine persönliche Perspektive. Zwischen den Liedern erzählte Ayda Kirci mit feinem Humor und viel Herz ihre eigene Geschichte und ließ diese in die Musik einfließen. Sie nutzt ihre Stimme, um kulturelle Identität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und weibliche Stärke auf eindrucksvolle Weise hör- und erlebbar zu machen. Diese Veranstaltung war damit mehr als nur Konzert – sie war ein kraft-

volles Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Einladung, Grenzen zu überwinden, Gemeinsamkeiten zu entdecken und die Vielfalt unserer Gesellschaft zu feiern. Zugleich sollte sie allen Mut machen, für eine inklusive Gemeinschaft einzustehen und die Werte der Demokratie zu leben. Gefördert würde die Veranstaltung durch die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung.

SoVD informiert mit Online-Vortrag am 27. Oktober

„Pflegegrad, Begutachtung & Co.“

Für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ist die Pflege zu Hause häufig mit vielen Fragen verbunden, die sie verunsichern. Antworten und Tipps bekommen Interessierte im kostenlosen Online-Vortrag „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ des SoVD in Niedersachsen am Montag, 27. Oktober. Die digitale Veranstaltung findet von 16 bis 17.30 Uhr statt.

„Regelmäßig kommen Mitglieder zu uns, weil sie Fragen zur häuslichen Pflege haben. Denn wer zum Beispiel einen Pflegegrad beantragen möchte, stößt oft auf Unklarheiten. Viele sind auch mit dem Ausfüllen der zahlreichen Anträge überfordert. Dabei unterstützen wir gerne. In meinem Vortrag gehe ich außerdem auf Unsicherheiten ein, die uns in unserer Beratung häufig begegnen“, sagt die Referentin. Dabei erläutert Lorenz Teilnehmenden unter anderem, wie ein Pflegegrad beantragt sowie unter welchen Voraussetzungen er zuerkannt wird und



Foto: ChayTee / Adobe Stock

Die Online-Vorträge des SoVD informieren kostenfrei zu Themen aus der Sozialberatung.

wie eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst (MD) abläuft. Auch, was Betroffene tun können, wenn sie mit der Einstufung des Pflegegrads nicht einverstanden sind, kann die Referentin beantworten. Zudem stellt sie mögliche Hilfen und Leistungen der Pflegeversicherungen vor.

Sowohl Mitglieder als auch Interessierte können sich bis zum 22. Oktober mit einer E-Mail an weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Ein Zoom-Teilnahmelink wird spätestens am Veranstaltungstag ebenfalls per E-Mail an angemeldete Personen versendet.

Emotionale Unterstützung für Pflegebedürftige und Angehörige

SoVD-Pflegetelefon hilft kostenfrei

Bei Sorgen rund um das Thema Pflege: Mit seinem Pflegetelefon bietet der SoVD in Niedersachsen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen nicht nur eine Anlaufstelle für ihre Sorgen und wertvolle Tipps, sondern auch emotionale Unterstützung in oft belastenden Situationen. Die Kontaktaufnahme ist kostenlos unter der Telefonnummer 0511 70148-148 oder pflegetelefon@sovd-nds.de möglich.

Pflegebedürftig zu sein, bringt für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen besondere Schwierigkeiten und Hürden mit sich. „Mit diesen Sorgen möchten wir die Betroffenen nicht alleine lassen. Deshalb gibt es unser kostenloses SoVD-Pflegetelefon. Wir hören zu und helfen weiter, wenn wichtige familiäre Entscheidungen getroffen werden müssen, Angehörige die Pflege zu Hause überfordert oder es Konflikte mit Pflegediensten und Pflegeheim-

men gibt“, erklärt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Anrufende bekämen unter anderem Informationen zu geeigneten Verfahrenswegen und Hinweise auf weiterführende Dienste. Auch, wenn das Thema Pflege ganz plötzlich und akut relevant wird, hilft das SoVD-Pflegetelefon als erste Anlaufstelle weiter: „Wir sagen Hilfesuchenden, wo sie Rat und Hilfe vor Ort finden können und besprechen gemeinsam das weitere Vorgehen“, so Lorenz.

Vor allem nimmt sich der SoVD aber viel Zeit für die Gespräche – vertraulich und wenn gewünscht auch anonym. Denn: „Neben der Hilfestellung ist es uns nicht weniger wichtig, Betroffene in für sie oft sehr belastenden Situationen emotional zu unterstützen und ihnen Zuversicht zu spenden“, beschreibt Lorenz. Hilfesuchende können sich jederzeit unter pflegetelefon@sovd-nds.de oder 0511 70148-148 melden. Aus organisatorischen Gründen ist hier dauerhaft ein Anrufbeantworter geschaltet. Rückrufe erfolgen montags bis freitags und so zeitnah wie möglich. Mehr Informationen zum SoVD-Pflegetelefon sind unter www.sovd-nds.de/pflegetelefon verfügbar. „Bei lebensbedrohlichen Notfällen sollte unbedingt die 110 oder die 112 verständigt werden. Für dringende Fragen zu pflegerischen Themen stehen zudem örtliche Pflegestützpunkte und ambulante Anbieter*innen vor Ort zur Verfügung“, rät Katharina Lorenz.



Foto: pressmaster / Adobe Stock

Wer plötzlich pflegebedürftig ist, hat viele Sorgen und Fragen. Hier kann das SoVD-Pflegetelefon emotionale Unterstützung geben.

BERATUNG



Foto: ant / Adobe Stock

Jetzt vormerken: Oktober-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am 14. Oktober von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD klagt erfolgreich gegen die Entscheidung des Landessozialamts

Nach Rechtsstreit: Rentner erhält höheren GdB

Gerhard Thomßen, der aufgrund mehrerer orthopädischer Erkrankungen stark in seiner Mobilität eingeschränkt ist, muss sich über Jahre hinweg für die Anerkennung eines höheren Grads der Behinderung (GdB) und des Merkzeichens G mit dem Landessozialamt auseinandersetzen. Mit Unterstützung des SoVD zieht Thomßen erfolgreich vor Gericht, um sein Recht einzufordern.

„Früher habe ich gerne Fußball und Tennis gespielt. Leider geht das jetzt nicht mehr“, sagt Gerhard Thomßen. Der Rentner ist aufgrund mehrerer orthopädischer Erkrankungen und der daraus resultierenden Schmerzen nicht mehr in der Lage, längere Strecken zu gehen. Er schafft kleinere Spaziergänge nur, wenn er viele Pausen macht und Gehhilfen benutzt. Bereits vor einigen Jahren wird ein Grad der Behinderung von 20 festgestellt. Da sich sein Gesundheitszustand stetig verschlechtert und er unter chronischen Schmerzen leidet, beantragt er im Jahr 2020 eine Erhöhung des GdB sowie das Merkzeichen G, das eine Gehbeeinträchtigung bescheinigt. Zu Thomßens Enttäuschung gewährt das zuständige Landessozialamt ihm jedoch weder die Erhöhung des GdB noch das gewünschte Merkzeichen. „Ich habe mich darüber sehr geärgert. Die Begründung des Landessozialamts konnte ich nicht nachvollziehen“, sagt er.

Da er sich mit dem negativen Bescheid nicht abfinden will, legt

Thomßen mit Unterstützung des SoVD Widerspruch ein. Es kommt schließlich zu einem Klageverfahren. „Der Sozialberater beim SoVD hat mir von Anfang an dazu geraten, das durchzusetzen, weil er nicht daran gezweifelt hat,



Foto: Sigtrix / Adobe Stock

Kleinere Spaziergänge schafft Gerhard Thomßen nur mit Pausen und Gehhilfen.

dass es mir schlechter geht. Das sah am Ende auch der Richter des Landessozialgerichts Aurich so“, berichtet der 69-Jährige. Frank Rethmeier, Rechtsanwalt und Leiter des Sachgebiets Sozialrecht beim SoVD-Landesverband Niedersachsen, erklärt: „Wir konnten durch ärztliche Gutachten nachweisen, dass Herrn Thomßen die beantragte Erhöhung des Grads der Behinderung sowie das Merkzeichen G zustehen. Vor allem konnte Herr Thomßen vor Gericht glaubhaft darstellen, dass er stark unter seinen Beschwerden leidet.“ So erhält das SoVD-Mitglied im Jahr 2023 am Ende des Verfahrens einen GdB von 50 sowie das Merkzeichen G. „Es war mir wichtig, dass meine Beschwerden anerkannt wurden und man mir Recht gegeben hat“, so der Rentner.

Zur großen Überraschung von Thomßen und Rethmeier legt das Landessozialamt jedoch Berufung gegen die Entscheidung des Sozialgerichts Aurich ein. Die Begründung der Berufung lautet, Thomßen habe während der mündlichen Gerichtsverhand-

lung nicht den Eindruck erweckt, dass es ihm schlecht gehe. Noch heute schüttelt der Rentner darüber nur den Kopf. „Ich kann mir nicht erklären, wie dieser Eindruck entstanden sein konnte“, sagt Thomßen. Der SoVD macht in seiner Berufungserwiderung erneut deutlich, dass sein Mitglied unter starken Beschwerden leidet und für die Berufung kein Anlass besteht. Offenbar sieht auch das Landessozialamt wenig Erfolgsaussichten für die Klage und zieht die Berufung zurück, was Thomßen mit Erleichterung aufnimmt.

„Ich bin zwar zufrieden, dass ich Recht bekomme habe, aber ich verstehe noch immer nicht, warum ich über so viele Jahre für mein Recht kämpfen musste“, sagt der 69-Jährige. Rechtsanwalt Frank Rethmeier zeigt kein Verständnis für dieses Vorgehen des Landessozialamts und den langen Widerspruchs- und Klageweg. „Das hat Herrn Thomßen viel Zeit und Nerven gekostet und den Steuerzahler unnötigerweise viel Geld durch die Prozesskosten“, findet Rethmeier.

EINSAMKEIT

Erzählen Sie uns Ihre Geschichte

Manchmal ist es nur eine kleine Geste, ein kurzes Gespräch oder ein Besuch. Erzählen Sie uns, wie Sie Einsamkeit überwunden oder jemandem geholfen haben, sich wieder gesehen und zugehörig zu fühlen. Schicken Sie uns im Rahmen unserer Kampagne „Für mehr Miteinander“ Ihre Geschichte und helfen Sie uns, Zusammenhalt sichtbar zu machen und zu zeigen, wie echtes Miteinander funktionieren kann.

Wir veröffentlichen die drei berührendsten Geschichten in unseren SoVD-Medien. Schreiben Sie uns dafür eine E-Mail (presse@sovd-nds.de) oder einen Brief (SoVD-Landesverband Niedersachsen, Abteilung Presse und Kommunikation, Herschelstr. 31, 30159 Hannover) mit Ihrer Erzählung. Diese sollte maximal eine halbe DIN-A4-Seite lang sein. Einsendeschluss ist der 14. November 2025.

Mehr Informationen gibt es unter www.fuer-mehr-miteinander.de

SoVD Braunschweig informiert über sozialrechtliche Themen

Offene Telefonberatung des SoVD

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 15. Oktober, von 10 bis 11.30 Uhr eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Fragen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden beantwortet. Außerdem werden die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt.

Interessierte können sich unter der Telefonnummer 0531 2444192 kostenlos über die Themen informieren. Am Telefon wird Jessica Räke, Expertin im Sozialrecht und Sozialberaterin des SoVD, die

Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Anonym, also ohne Namensnennung, werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 7. November, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung des Braunschweiger SoVD findet zirka alle drei Monate statt.



Foto: Pixel-Shot / Adobe Stock

Die Telefonberatung des SoVD klärt sozialrechtliche Fragen.

Reichsbund-Stiftung fördert den erfolgreichen Rollstuhlbasketball-Spieler Tobias Hell

Stipendiat der Reichsbund-Stiftung

Die Reichsbund-Stiftung ist ein wichtiger Partner an der Seite des SoVD. Sie unterstützt bedürftige Menschen und fördert unter anderem Projekte der Inklusion, Projekte für Menschen in schwierigen Lebenslagen, Gleichstellungsprojekte oder Angebote für Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung. Die Reichsbund-Stiftung wurde 2006 von der meravis Immobiliengruppe gegründet, die einen Teil ihrer Gewinne an die Gesellschaft zurückgeben möchte. Im ehrenamtlichen Vorstand und Kuratorium der Stiftung sind neben Vertretern der meravis und des Verbands für Wohnungswirtschaft auch Vertreter des SoVD dabei. Gemeinsam entscheiden sie über die Vergabe von Geldern.

Tobias Hell, Stammspieler im Team des Rollstuhlbasketball-Bundesligisten Hannover United, konnte nun von der Stiftung ein Stipendium in Höhe von 4.800 Euro in Empfang nehmen. Den Förderscheck überreichten ihm Peter Winter, Geschäftsführer der Reichsbundstiftung, und Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen und Mitglied des Stiftungspräsidiums.

Mit seinem Team von Hannover United etablierte sich Tobias Hell unter den vier besten Mannschaften in Deutschland und gewann die Titel im EuroCup 3 im Jahr 2023 und EuroCup2 im Jahr 2024. Herausragend für Hell war der Gewinn der Bronzemedaille bei den Paralympics 2024 in Paris vor 16.500 Zuschauern*innen in der Bercy Arena und die Auszeichnung mit dem Silbernen Lorbeerblatt durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.



Foto: Julia Lork

Peter Winter (li.) und Dirk Swinke unterzeichnen den Scheck für Tobias Hell (re.)

Parallel zur Leistungssportkarriere absolvierte Tobias Hell ein Fernstudium „Ernährungswissenschaften“ mit dem erfolgreichen Bachelorabschluss 2025.

Aktuell hat Hell sein Master-Studium begonnen und wird für Deutschland bei der Europameisterschaft im Oktober in Bosnien-Herzegowina um die Medaillen kämpfen. Mit Hannover United strebt er eine erfolgreiche Saison

in der Bundesliga und im EuroCup an. Sein Drei-Jahresplan soll sich mit dem Master „Ernährungswissenschaften“ und der erfolgreichen Teilnahme an den Paralympics 2028 in Los Angeles erfüllen. Der Sportler bedankte sich sehr herzlich für das Stipendium der Reichsbund-Stiftung, die ihm ermöglicht den Leistungssport und die Ausbildung erfolgreich zu absolvieren.

SoVD-Abteilungsleiter Dr. Michael Spörke über die Zusammenarbeit mit der Junior-Uni in Wuppertal

Junge Leute für Barrierefreiheit sensibilisieren

Die Zusammenarbeit zwischen dem SoVD NRW und der Junior-Uni in Wuppertal ist erfolgreich gestartet. Erstmals bot Dr. Michael Spörke dort ein Seminar zum Thema Behinderung und Barrieren an – mit großem Interesse seitens der Jugendlichen. In praktischen Übungen erfuhren sie, wie Einschränkungen und Umweltbarrieren zusammenspielen und wie wichtig Inklusion im Alltag ist. Im Interview berichtet Michael Spörke von seinen Eindrücken, den Reaktionen der Teilnehmenden und den Plänen für eine Fortsetzung.

Sie hatten das Angebot bekommen, an der Junior-Uni in Wuppertal ein Seminar zum Thema Behinderung anzubieten. Wie kam es dazu?

Unser Landesgeschäftsführer Jens Eschmann, der aus Wuppertal kommt, hatte die Idee und hat angeregt, dass wir Kontakt zur Junior-Uni aufnehmen. Das habe ich 2024 gemeinsam mit meiner Kollegin Julia Kuhn getan. Aus diesem ersten Gespräch entstand Stück für Stück die Idee, ein Seminar zum Thema Behinderung für junge Leute – in dem Fall Teenager – anzubieten. Irgendwann war klar, dass ich das Seminar selbst leite und plane. Und so kam es dann.

Was macht diese Junior-Uni aus, was ist anders als an anderen Einrichtungen?

Die Junior-Uni ist ein tolles Konzept, weil sie sich speziell an junge Leute richtet. Sie bietet Kurse nachmittags, während der Schulzeit, aber auch ganztägig in den Ferien an. Das Programm ist sehr breit – von Naturwissenschaften über Geschichte bis hin zu lebenspraktischen Themen. Alles ist gut ausgestattet und offen für alle, besonders auch für Kinder aus Familien, die wenig Geld haben oder benachteiligt sind. Nach meinem Eindruck gelingt das dort sehr gut. Die Seminare sind schnell ausgebucht, so auch unser Angebot zum Thema Behinderung.

Wie war Ihre erste Lehrveranstaltung, welche Eindrücke haben Sie mitgenommen?

Es war kein klassischer Vortrag, kein Frontal-Unterricht, sondern ein interaktives Seminar, in dem ich die Themen gemeinsam mit den Teenagern erarbeitet habe. Wir haben uns verschiedene Behinderungsarten vorgenommen – Blindheit, Rollstuhlnutzung und Gehörlosigkeit. Zuerst ging es darum, theoretisch zu überlegen, was diese Einschränkungen bedeuten und wo Barrieren im Alltag auftauchen. Danach konnten die Jugendlichen alles praktisch erproben: mit Blindenstock und Simulationsbrille, im Rollstuhl oder mit Kopfhörern, die Gehörlosigkeit nachahmen. Sie konnten auch erfahren, wie Gehörlose Musik über Schallwellen wahrnehmen.

Wir waren draußen unterwegs, haben Erkundungen gemacht und am letzten Tag sogar in der Stadt eine große Übung durchgeführt. Ein Teil der Gruppe war im Rollstuhl, andere simulierten Blindheit oder Gehörlosigkeit. Ziel war, dass die Jugendlichen merken: Behinderung entsteht nicht allein durch die Einschränkung, sondern durch Hindernisse in der Umwelt.

Was kam von den jungen Menschen zurück?

Ich war beeindruckt, wie interessiert sie von Anfang an waren. Sie haben viele kluge Fragen ge-

stellt und wollten die Dinge wirklich verstehen.

Besonders Spaß hatten sie beim „Rollstuhltag“, als wir gemeinsam Rollstuhl-Basketball gespielt haben. Das war ein tolles Erlebnis. Außerdem haben sie selbst Schwachstellen erkannt – sowohl in der Junior-Uni als auch in der Stadt – wo man Barrieren abbauen könnte. Dieses Engagement und die Freude der Kinder waren die größte Belohnung.

Welchen Nutzen sehen Sie für den SoVD als Verband?

Für den SoVD ist es wichtig, Gesicht zu zeigen und solche Angebote zu machen. Wir können unsere Ideen und Forderungen zur Inklusion schon bei jungen Menschen anbringen. Damit erreichen wir unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft Schritt für Schritt. Und zugleich tut es uns als Verband gut, für junge Leute sichtbar zu sein.

Wie geht es weiter?

Wir haben mündlich vereinbart, dass es auch im nächsten Jahr wieder ein Seminar geben wird, voraussichtlich in den Sommerferien. Das Konzept wird ähnlich sein, aber etwas ausgefeilter. Wir wollen zum Beispiel beim Thema Gehörlosigkeit noch bessere Möglichkeiten zur Simulation finden.

Vielleicht können wir das Ganze an einigen Stellen erweitern und noch spannender machen.



alle Fotos: Thorsten Cronauge

Die teilnehmenden Kinder verbrachten einen Tag im Rollstuhl.

Auf jeden Fall freue ich mich sehr darauf.

Was muss passieren, damit Sie sagen, das Ganze ist ein voller Erfolg?

Für mich ist es jetzt schon ein voller Erfolg. Die Jugendlichen hatten Spaß, sie haben sichtbar

etwas gelernt, und auch die Junior-Uni war sehr zufrieden. Die Kinder haben verstanden, wo die Probleme mit Barrieren liegen – mehr kann man sich kaum wünschen. Die Kooperation zwischen SoVD und Junior-Uni ist aus meiner Sicht eine tolle Sache und ein echtes Alleinstellungsmerkmal.



Den Ball im Sitzen zu werfen, erforderte einige Übung.



Beim Rollstuhltag der Junior-Uni war Dr. Michael Spörke (li.) vom SoVD als Seminarleiter dabei.



Rollstuhl-Basketball ist inzwischen eine paralympische Disziplin.



CDU-Fraktionsgeschäftsführer Frank Boss (Mitte) diskutierte mit den Demonstrant*innen, darunter Dr. Michael Spörke vom SoVD und Bärbel Brüning, Landesgeschäftsführerin der Lebenshilfe.

Demo für inklusive Bauprojekte bei Sitzung des LVR

Protest gegen Kürzungen zeigte Wirkung

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) steht vor Ausgabenkürzungen in Millionenhöhe. Anfang September sollte vor diesem Hintergrund beschlossen werden, die LVR-Förderung für inklusive Bauprojekte sofort einzustellen. Ein Protest konnte das teilweise verhindern.

Die jahrelange Arbeit und Planung mehrerer privater Initiativen und Vereine, die bereits Zusagen erhalten hatten, wäre mit den Kürzungen umsonst gewesen. Das wollten die vielen engagierten Menschen, darunter etliche Eltern von jungen Menschen mit Behinderungen, nicht hinnehmen. Sie schlossen sich zusammen und wandten sich an die Öffentlichkeit, aber auch an den SoVD NRW, um diese Katastrophe zu verhindern. Die gute Nachricht: Alle Projekte, die bereits eine Förderzusage erhalten hatten, werden diese nun doch bekommen, die Gebäude können gebaut werden!

Um gemeinsam zu protestieren, hatten sich die Initiativen am 2. September vor Schloss Dyck versammelt. Anlass war eine dort abgehaltene Ausschuss-Sitzung des LVR, auf der das Aus für die Bauförderung beschlossen werden sollte. Um die Initiativen zu unterstützen, nahm auch Dr. Michael Spörke an dem privat organisierten Protest teil. Er leitet die Abteilung Sozialpolitik beim SoVD NRW, vertritt die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder gegenüber der Politik, wurde von vielen wichtigen LVR-Vertretern sofort erkannt und konnte eine ganze Reihe von guten Gesprächen führen. Eingedenk des Protestes überdachte der LVR seine Pläne – acht Projekte können jetzt doch realisiert werden.

„Das sind zwar gute Nachrichten, aber das ändert nichts an der generellen Richtung. Der LVR plant, Millionen einzusparen. Das wird Menschen mit Behinderungen treffen, und das nicht nur im Bereich Wohnen, sondern in allen Bereichen. Wir werden die Lage daher weiter mit scharfem Auge beobachten und uns lautstark zu Wort melden“, so Spörke. „Die öffentlichen Träger stehen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass nicht ausgerechnet bei der Inklusion gespart wird.“



Betroffene protestierten mit Plakaten gegen Kürzungspläne des Landschaftsverbandes Rheinland.

Landesweites Bündnis zum Thema Wohnen stellte Forderungen vor

Zu wenig bezahlbarer Wohnraum

Kurz vor den Kommunalwahlen stellte das landesweite Bündnis „Wir wollen wohnen!“, dem auch der SoVD NRW angehört, seine Forderungen bei einer Pressekonferenz im NRW-Landtag vor – mit deutlichem Appell an Städte und Kreise: Bezahlbares Wohnen müsse wieder kommunale Chefsache werden.

Im Mittelpunkt der Pressekonferenz standen alarmierende Trends am Wohnungsmarkt: Seit 2021 sind die Angebotsmieten in vielen Großstädten NRWs um über 20 Prozent gestiegen. Zugleich schrumpft der Bestand preisgebundener Wohnungen: Von rund 1,3 Millionen im Jahr 1990 sind heute nur noch etwa 422.000 übrig – und bis 2030 fällt ein großer Teil aus der Preisbindung. Auch der extrem niedrige Leerstand von landesweit etwa 1,4 Prozent deutet auf einen anhaltend angespannten Markt. Die sozialen Folgen sind sichtbar: 2024 wurden in NRW 122.170 wohnungslose Menschen erfasst – ein neuer Höchstwert. Betroffen sind längst nicht mehr nur Geringverdienende; auch Haushalte mit Durchschnittseinkommen finden in vielen Städten kaum noch bezahlbaren Wohnraum.

Gemeinsam mit weiteren Verbänden warnt auch der SoVD NRW vor wachsender Wohnungslosigkeit. Er fordert ein flächendeckendes Netz an Fachberatungsstellen, soziale Wohnraumagenturen und verbindliche Belegungsquoten für kommunale Sozialbauten. Gerade für Menschen mit Be-



Als Gast der Landespressekonferenz stellte das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ Forderungen zur Kommunalwahl vor (v. li.: Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz, Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW, und Hans-Jochem Witzke, Deutscher Mieterbund NRW).

hinderungen müsse Barrierefreiheit in Quartieren und sozialer Infrastruktur konsequenter umgesetzt werden – damit Betroffene länger selbstbestimmt im vertrauten Umfeld wohnen können. Der DGB NRW verwies auf die Belastung für Beschäftigte: Steigende Mieten entwerteten Tariffzuwächse, viele Menschen müssten wegen der Wohnungssituation weite Pendelwege in Kauf nehmen. Kommunal- und Landespolitik müssten Wohnen daher endlich „ganz oben“ auf die Agenda setzen.

Flankiert wurden die Forderungen Ende August durch Aktionen in mehr als 20 Städten – von Aachen bis Herford. Ziel: Das Thema Wohnen im Kommunalwahlkampf unübersehbar zu machen.

Das Bündnis richtet den Fokus nun auf Umsetzung vor Ort: Mehr kommunaler Wohnungsbau, klare Sozialquoten in Bebauungsplänen, Stärkung kommunaler Wohnungsunternehmen und verlässliche Finanzierung sozialer Infrastruktur gelten als Kurzfrist-Hebel gegen die Wohnungskrise.

Neues Zusatztool im Pflegegradrechner der Verbraucherzentralen

Widerspruch bei Pflegegradstufe

Der Pflegegradrechner der Verbraucherzentralen bietet Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen eine wichtige Orientierung: Anhand von 64 Fragen können Betroffene ihren voraussichtlichen Pflegegrad ermitteln und sich so besser auf Anträge bei der Pflegekasse vorbereiten.

Mehr als 34.000 Personen nutzten das kostenlose Online-Angebot der Verbraucherzentralen bereits. Nun ist der Service um eine entscheidende Funktion erweitert worden: den Widerspruchsgenerator. Er richtet sich an Menschen, die bereits eine Entscheidung der Pflegekasse über ihren Pflegegrad erhalten haben und prüfen möchten, ob sich ein Widerspruch lohnt.

„Nicht immer sind Betroffene mit der Entscheidung der Pflegekasse einverstanden – mal zu Recht, mal zu Unrecht“, erklärt Felizitas Bellendorf, Pflegeexpertin der Verbraucherzentrale NRW. „Der Widerspruchsgenerator ermöglicht es, eine schnelle Einschätzung zu bekommen und – falls nötig – direkt ein fertiges Widerspruchsschreiben

zu erstellen. Vielen Betroffenen fällt es auch schwer, eine passende Begründung zu formulieren. Hier unterstützt der Widerspruchsgenerator.“

Die Funktionsweise ist einfach: Nutzer*innen geben die relevanten Angaben aus dem Gutachten des Medizinischen Dienstes sowie ihre abweichende Einschätzung zu den Beeinträchtigungen oder zusätzliche Informationen in den Pflegegradrechner ein. Kommt das Tool zu einem höheren Pflegegrad als die Pflegekasse, erstellt es automatisch ein Widerspruchsschreiben mit Begründung. Dieses kann heruntergeladen, ausgedruckt und direkt an die Pflegekasse gesendet werden. Die Pflegekasse prüft den Fall dann erneut. Meist folgt eine Zweitbegutachtung durch den

Medizinischen Dienst. Danach entscheidet die Pflegekasse, ob der Pflegegrad angepasst oder bestätigt wird.

Der Widerspruchsgenerator ist kostenfrei über den Pflegegradrechner der Verbraucherzentralen abrufbar und steht allen Interessierten online zur Verfügung. Die 64 Fragen im Pflegegradrechner müssen nicht in einem Stück beantwortet werden. Man kann das Verfahren unterbrechen und später fortsetzen. Am Ende der Bearbeitung erhalten die Ratsuchenden eine Übersicht der Antworten die sie eingetragen haben.

Den Pflegegradrechner der Verbraucherzentralen gibt es hier: www.verbraucherzentrale.nrw/node/93979.

Quelle: Verbraucherzentrale NRW

Vermehrte Presseanfragen an den SoVD zum Thema steigende Mieten und Bürgergeldbezug

Regelsatz reicht oft nicht für die volle Miete

In NRW erhalten nach neuesten Zahlen rund 12 Prozent aller Bürgergeld-Haushalte nicht die volle Warmmiete erstattet – das bedeutet, dass etwa jeder zehnte Haushalt in NRW monatlich im Durchschnitt inzwischen rund 103 Euro selbst aufbringen muss. Greta Lutterbach, stellvertretende Landesgeschäftsführerin des SoVD NRW, kennt die Problematik nur zu gut aus ihrer Beratungspraxis.

Besonders betroffen sind Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt: So zahlen Bürgergeld-Empfänger*innen in Düsseldorf durchschnittlich 151 Euro Eigenanteil, in Mülheim/Ruhr sind es etwa 148 Euro, und in Höxter betrifft die Lücke rund 30 Prozent der Bedarfsgemeinschaften.

Diese Zahlen sind keineswegs Ausdruck individueller Fehlentscheidungen – vielmehr resultieren sie aus strukturellen Missverhältnissen. Oft werden Angemessenheitsgrenzen für Miete von Kommunen zu niedrig angesetzt und nicht zeitnah an steigende Wohnkosten angepasst; Mietspiegel bilden häufig nicht ab, ob überhaupt geeigneter Wohnraum vorhanden ist (Lesetipp: www.sovd-nrw.de/1/buergergeld-und-die-kosten-der-unterkunft).

Greta Lutterbach, die stellvertretende Landesgeschäftsführerin des SoVD NRW, wurde dazu vom Spiegel und vom WDR befragt. Sie warnte eindringlich, dass viele Menschen durch diese Mietlücke faktisch unter das Existenzminimum fallen. Betroffene hätten so keine Chance, Rücklagen bilden zu können – weder für eine kaputte Waschmaschine, einen defekten Kühlschrank, noch für dringend benötigte Ausgaben wie eine Brille oder Zahnersatz. Das Bürgergeld soll das Existenzminimum sichern, doch unter diesen Bedingungen leben viele dauerhaft darunter. Greta Lutterbach betonte, dass die Not nicht nur materiell ist, sondern sich auch in gesundheitlichen Belastungen niederschlägt: Wer am Essen spare, verzichte oft auf frisches Obst und Gemüse, verschiebe ärztliche Behandlungen oder lasse Medikamente weg. Dauerhafter finanzieller Druck be-

einträchtigt zudem massiv die psychische Gesundheit, führe zu Isolation und schränke die gesellschaftliche Teilhabe ein auch die Chancen, auf den regulären Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Der SoVD NRW fordert konkrete politische Maßnahmen: Kommunen müssen Mietobergrenzen realitätsnah und regelmäßig anpassen – aber immer im Blick behalten, ob auch tatsächlich bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Der soziale Wohnungsbau muss massiv gestärkt werden – durch Neubau und Erhalt bestehender Bestände – damit Menschen überhaupt die Möglichkeit haben, angemessenen Wohnraum zu finden. Das Land NRW muss seine Fachaufsicht ernst nehmen, verbindliche Überprüfungen der Angemessenheitsgrenzen einführen und bei Fehlentwicklungen zuhören

und eingreifen. Bundespolitisch braucht es einheitliche Mindeststandards zur Bestimmung der Angemessenheit – die zwingend die tatsächliche Marktlage berücksichtigen – sowie eine verlässliche Finanzierung, die Kommunen nicht in einen Sparzwang treibt, der zulasten der Betroffenen geht. Das Bürgergeld darf nicht zu Almosen werden, sondern muss seine verfassungsmäßige Funk-

tion erfüllen. Es braucht jetzt klare, koordinierte politische Antworten auf allen Ebenen – von Kommunen über das Land NRW bis hin zum Bund – damit Wohnkosten nicht zum Verlierer privater und gesellschaftlicher Sicherheit werden.

Zu dem Thema gibt es eine Sendung mit Lutterbach im WDR 5: www.ardaudiothek.de/episode/urn:ard:episode:e6227ad2dc434bee/.



Greta Lutterbach ist eine gefragte Expertin für soziale Themen.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Bielefeld

Nach dem Abschied von Josef Althaus, der in Bielefeld mehr als 35 Jahre als Sozialrechtsberater tätig war, hat Pierre Aust (s. Foto, ganz rechts) dort dessen Nachfolge übernommen. Er war zuvor jahrelang Sozialrechtsberater des SoVD in Lemgo. Das Foto entstand bei den Abschiedsfeierlichkeiten für Josef Althaus, bei denen Aust auch auf seine neuen Kolleginnen aus Bielefeld und Bünde traf.



Kreisverband Bielefeld

Ortsverband Brackwede-Quelle

Am 16. August lud der SoVD Brackwede-Quelle seine Mitglieder zu einem Klönschnack in den Biergarten des Campingparks Meyer zu Bentrop ein. 33 Personen trafen sich bei schönem Wetter in geselliger Runde, um bei Kaffee und Kuchen über aktuelle sozialpolitische Themen zu diskutieren. Die Veranstaltung kam sehr gut an und soll daher nächstes Jahr wiederholt werden.



Ortsverband Brackwede-Quelle

Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

Auf einer selbst organisierten Infoveranstaltung zum Thema Pflege und Patientenverfügung unter dem Motto „Vorsorge – nehmen Sie sich etwas Zeit für sich selbst!“ präsentierte

sich der SoVD-Kreisverband Köln-Bonn-Aachen Mitte August in Köln. Der gut besetzte Infostand im Bezirksrathaus Köln-Mülheim stieß auf reges Interesse. Die Besucher*innen erfuhren von den Vorteilen einer SoVD-Mitgliedschaft und erhielten kostenloses Infomaterial des Verbandes. (S. Foto, v. li.: Das Standteam mit Mechie Jakobs, Julia Krügel, Silvia Dresen, Frauensprecherin Köln-Nord, Waltraud Brandt, Organisatorin des Events und Kreisfrauensprecherin Köln-Bonn-Aachen, Heike Schumann, Frauensprecherin Köln-Südwest sowie Barbara Fuhrmann.)



Kreisverband-Köln-Bonn-Aachen

Termine



Foto: Wellnhofer Designs / AdobeStock

- Ortsverband Asemissen**
Jeden zweiten Freitag im Monat, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im „B-vier“, Parkstraße 6, 33818 Leopoldshöhe.
- Ortsverband Brackwede-Quelle**
9. Oktober, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld-Quelle.
- Ortsverband Essen Süd / Ost / West**
Jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rüttenscheider Straße 58, 45130 Essen.
- Ortsverband Essen-Kray**
Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé im BGZ (Rathaus Essen-Kray), Kamblickweg 27, 45307 Essen.
- Ortsverband Dortmund-Eving**
Jeden ersten Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen im Vereinshaus St. Barbara, Kappenberger Straße 2–4, Ecke Friesenstraße, 44339 Dortmund.
- Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt**
Jeden 4. Donnerstag, 18 Uhr: Stammtisch, Goldene Gans:, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen
- Kreisverband Gütersloh**
8. Oktober, 9.30 Uhr: Frühstück bei Bruno Kleine im Restaurant in Marienfeld, **Anmeldung** bei Anne Jurca-Gebert, Tel.: 0152 / 28 83 67 44.
- Ortsverband Herne / Wanne-Eickel**
Gruppe Wanne-Eickel: jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Treffen, Flora Marzina Seniorenzentrum, Hauptstraße 360, 44649 Herne.
Gruppe Herne: jeden zweiten Dienstag im Monat, 16 Uhr: Treffen, Thomas-Morus-Haus, Widumerstraße 23 a, 44627 Herne.
- Kreisverband Iserlohn-Hagen**
Vorschau: 15. November, 12 Uhr: Jahreshauptversammlung, Cafe/Restaurant Rosengarten, Selbecker Straße 213, 58091 Hagen (direkt neben dem Freilichtmuseum).
- Kreisverband Köln-Bonn-Aachen**
17. Oktober, 14.30 Uhr: Frauenarbeitskreis-Treffen, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Parterre, 1. Raum links.
- Ortsverband Marl**
1. Oktober, 15 Uhr: Mittwochstreff im Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.
- Ortsverband Neuenrade**
Jeden ersten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Café „Karl“, Am Stadtgarten 4, 58809 Neuenrade.
- Ortsverband Plettenberg**
9. Oktober, 14.30 Uhr: Kaffeerunde, Ev. Gemeindehaus, Kirchstraße 2, 58840 Plettenberg.
- Ortsverband Schildesche**
2. bis 5. Oktober: Fahrt nach Schwerin und zur Insel Poel. Alle Infos unter Tel.: 0521/83 296.
- Ortsverband Oberes Versetal**
31. Oktober: Infonachmittag.
- Ortsverband Waldröhl / Ruppichterath-Oberberg**
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken, Räume der AWO Waldröhl, Schladerner Straße 10–12, 51545 Waldröhl.
- Ortsverband Wellensieck**
9. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Ehrungen, AWO Mehrgenerationenhaus, Heisenbergweg 2, 33613 Bielefeld.
30. Oktober bis 3. November: Fahrt nach Büsum, **Neuanmeldungen erforderlich** unter Tel.: 05206 / 92 39 876.

Mit KI das Land erkunden

Ab sofort können Ausflüge und Tagesreisen in NRW mit Hilfe Künstlicher Intelligenz geplant werden. Mit „NRWow!“, dem ersten KI-gestützten Erlebnisplaner des Landes, erhalten Gäste individuelle Vorschläge und praktische Unterstützung bei der Planung ihrer Aktivitäten in ganz Nordrhein-Westfalen.

Das Tool erstellt einen individuellen Tagesablauf, berücksichtigt dabei Kriterien wie die verfügbare Zeit und die gewünschte Reiseart (ÖPNV, PKW, Fahrrad). Ergänzend schlägt es passende Angebote vor – von Sehenswürdigkeiten bis zu Restaurants. Auch zusätzliche Infos werden bereitgestellt, zum Beispiel, welches Restau-

rant entlang der Radroute geöffnet hat und zusätzlich vegane Küche anbietet. Über „NRWow!“ erhalten die Nutzer*innen sämtliche Informationen gebündelt, was die Reiseplanung besonders komfortabel macht. Es ist unter www.dein-nrw.de/nrwow kostenlos abrufbar. *Quelle: Wirtschaftsministerium NRW*



Der Landesverband gratuliert



Foto: ortis / AdobeStock

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im Oktober wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

- KV Bielefeld:** Brigitte Wilhelmy (90), Alfred Arlt (93), Ingeborg Stukenbrock (96).
- KV Bochum-Hattingen:** Ingeborg Bögner (95), Margret Gorzeltz (96).
- KV Dortmund:** Franz Ahr (92), Dorothea Kostrewa (92), Edith Quick (94), Gustav Kossak (100), Ingeborg Reiffert (100).
- KV Düsseldorf:** Hildegard Hübner-Fettke (90), Ursula Sachse (92), Edith Priebe (93), Elga Wilms (98).
- KV Essen:** Günter Bolies (90), Evelyn Engelhardt (90), Walde-mar Ullrich (97).
- KV Gelsenkirchen-Bottrop:** Gerhard Brockmann (92), Ilse Lipka (105), Martha Korte (107).
- KV Gladbeck:** Dieter Fichtner (93).
- KV Gütersloh:** Agnes Wiemann (90).
- KV Hamm-Unna:** Klara Colapietro (90), Annemarie Gartmann (90), Ferdinand Post (90), Waldemar Schulz (90), Ferdinand Schwung (90), Werner Deimen (91), Günter Meyer (91), Manfred Pianka (92), Maria Weber (93), Hildegard Behrendt (94), Maria Pyschny (99).
- KV Herford:** Waltraut Bockstette (90), Gertrud Kemminer (90), Wilhelm Schlüter (90), Hel-

Hohe Verbandsjubiläen

- 40 Jahre:** Christa Batz (Essen), Jürgen Schlegel (Hamm-Unna), Klaus-Dieter Sander (Herford), Kurt Weber (Köln-Bonn-Aachen), Martha Brand, Hans Hamel, Wilhelm Krah (Lübbecke), Giuseppe di Paolo (Westfalen-Ost), Hans-Günter Junge (Witten).
- 45 Jahre:** Wolfgang Köthe (Köln-Bonn-Aachen), Willi Oevermann (Lübbecke), Elisabeth Hahn (Märkischer Kreis), Gitta Sievert (Recklinghausen).
- 50 Jahre:** Peter Gaubitz (Bergisches Land), Manfred Schleef (Bielefeld), Hans Pohlenz (Gelsenkirchen-Bottrop), Dieter Wüllner (Herford), Luise Fuhrmann (Lübbecke).
- 65 Jahre:** Helga Golcher (Lübbecke).

- ga Schlarmann (95).
- KV Köln-Bonn-Aachen:** Bruno Böhm (95), Elisabeth Andrae (96).
- KV Lippe:** Waltraud Dittmer (90), Louise Heinemann (90), Günter Strate (90).
- KV Lübbecke:** Karl-Heinz Griese (90), Martin Heggemeier (90), Wilma Schomaeker (90), Ewald Wendt (90), Axel Bartelheimer (91), Hildegard Kolwes (91), Walter Kraul (91), Eberhard Riemer (91), Luise Rübeck (91), Elfriede Sander (93), Herbert Jodozy (94), Inge Matthies (94), Gisela Zaremba (94), Ewald
- Bohne (97), Anneliese Winkelmann (100), Elfriede Winkelmann (100).
- KV Märkischer Kreis:** Karl-Heinz Schmidt (91)
- KV Minden:** Ferdi Warnecke (90), Heinrich Wilkening (91), Kurt Schweizer (92), Anneliese Bohnenberg (94), Annemarie Teßmer (94), Kurt Filbrandt (97), Anneliese Niemeyer (101).
- KV Recklinghausen:** Ilse Frecker (90), Paul-Heinz Sander (92), Gisela Iser (93), Maria Linnenbaum (100).
- KV Witten:** Helmut Görlich (90), Werner Fieback (93).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.
Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Sondernachzahlung zur Pflegeversicherung verringert den Rentenbezug

Rentner*innen unfair behandelt

Einige Rentner*innen haben im Juli eine böse Überraschung erlebt: Sie haben weniger Rente erhalten als erwartet. Es handelt sich zwar nicht um viel Geld, doch durch eine Besonderheit beim Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung ist die Juli-Auszahlung niedriger ausgefallen.

Das ist auch Marina Thyen aus Schönwalde in Ostholstein aufgefallen. Die 58-Jährige erhält seit gut zehn Jahren eine Rente wegen voller Erwerbsminderung. „Ich hatte irgendwo gelesen, dass wir nun im Juli besonders viel Pflegebeitrag zahlen müssen. Aber die Details sind wirklich unfair!“

Worum es geht? Zum Januar 2025 ist der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte gestiegen – für alle Versicherten. Doch während Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebende direkt zum Jahresbeginn zur Kasse gebeten wurden, wird der erhöhte Beitrag für Rentner*innen erst zum Juli fällig. Dann als einmaliger Aufschlag von 1,2 Prozent.

„Das Unfaire daran sieht man nicht auf den ersten Blick“, so Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender im SoVD Schleswig-Holstein. „Denn im Juli sind die Renten in Deutschland um 3,74 Prozent gestiegen. Der einmalige Pflegeaufschlag bezieht sich nun auf die erhöhte Rente. Obwohl die Nachzahlung ei-

gentlich die früheren Monate betrifft – also die Zeit vor der Erhöhung.“

Marina Thyen geht es nicht ums Geld: „Rein finanziell macht das bei mir keinen großen Unterschied“, so die Ostholsteinerin. „Es geht mir um die Art und Weise, wie wieder einmal mit uns Rentner*innen umgegangen wird. Das ist einfach nicht in Ordnung.“

Doppelt gekniffen sind übrigens all diejenigen, die erst seit wenigen Monaten eine Rente beziehen. Ein Beispiel: Wer bis einschließlich April 2025 gearbeitet hat und zum Mai in die Altersrente wechseln konnte, hat für die ersten vier Monate bereits den 0,2-Prozent-Aufschlag in der Pflege mit seinem Gehalt bezahlt. Die Sondernachzahlung für das komplette halbe Jahr muss er oder sie nun als Rentner*in trotzdem hinnehmen.

„Die Menschen in diesem Land haben ein feines Gespür für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit“, so Alfred Bornhalm. „Die Politik verspielt mit solchen



Marina Thyen ärgert sich über den Rentenbescheid vom Juli.

Aktionen leider immer mehr Vertrauen. Als SoVD fordern wir daher, dass die Rentner*innen nicht mehr bezahlen müssen als alle anderen!“ So sieht es auch Marina Thyen: „Die Vorgehensweise ist rechtens, man kann nicht dagegen vorgehen. Aber es bleibt ein unschönes Gefühl zurück. Wir sind ungerecht behandelt worden. Und das kann und möchte ich nicht einfach so hinnehmen.“



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

immer häufiger wird der Sozialstaat zur Zielscheibe unsachlicher Angriffe. Er wird schlechtgeredet und sogar diffamiert. Das Bild wird von reißerischen Schlagzeilen und von zum Teil grotesken Vorschlägen selbsternannter Expert*innen bestimmt. Die, die ihn tatsächlich fördern und fortentwickeln wollen, befinden sich in der Defensive.



Alfred Bornhalm

Angesichts „leerer Kassen“ in den Sozialversicherungen und „großer Löcher“ in den Haushalten des Bundes, der Länder und der Kommunen verschärft sich merklich die Krisenrhetorik der Kritiker*innen. Aber auch der Zusammenhang mit dem „demografischen Wandel“, bei dem die Zahl der „jungen Einzahler*innen“ in die Sicherungssysteme abnimmt, sorgt für eine bedrohlich erscheinende Krisenstimmung. Deshalb seien jetzt „weitreichende Veränderungen und Verschärfungen“ nötig – so jene, die einen „Herbst der Reformen“ im Sozialstaat proklamieren und dabei offen von „Kürzungen und Streichungen“ sprechen. Im Übrigen müsse dies nicht zuletzt auch deshalb geschehen, um dem „gravierenden Missbrauch“ von Sozialleistungen entgegenzuwirken.

Dass dieser Punkt wenig praxistauglich ist, belegt folgender Vergleich: In Deutschland entstehen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit jährliche Schäden in Höhe von 260 Millionen Euro durch die missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld. Schätzungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) zeigen, dass hingegen Steuerhinterziehung etwa 200 Milliarden Euro ausmacht. Wer in Sorge um den Bundeshaushalt ist, findet also erheblich lukrativere Bereiche. Dass der Leistungsmissbrauch bekämpft werden muss, versteht sich von selbst. Aber warum keine Initiative zur stärkeren Bekämpfung von Steuerhinterziehung erfahrbare ist, bleibt ein Geheimnis.

Eine ehrliche und deutliche Finanz- und Steuerwende, die nicht zu Lasten der kleinen Leute und der Geringverdiener*innen geht, und die Beendigung des Ausklammers verteilungspolitischer Möglichkeiten könnten die anstehenden finanziellen Lücken und Defizite ausgleichen und zugleich zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Demokratie beitragen. Der Vorschlag von Prof. Dr. Achim Truger mit der Einführung eines „Krisen-Solidaritätszuschlags“ für die Einkommensstarken könnte gut dabei helfen. Aber auch andere steuerpolitische Möglichkeiten könnten zur Anwendung gebracht werden, ohne einkommensärmere Gruppen zu belasten und gleichwohl doch die Einkommenslage der öffentlichen Kassen entscheidend zu verbessern. Mit den Stellschrauben Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer etwa ließe sich mit politischer Vernunft ein gerechteres Deutschland wiederherstellen. Eine Steuerwende in diesem Sinne wäre ein Akt der Solidarität mit ärmeren Menschen und zugleich ein Beitrag für den gesellschaftlichen Ausgleich. Deshalb kurz und knapp im Fazit zusammengefasst: Eine Umverteilung „von oben nach unten“ ist überfällig, damit wieder Wohlstand für alle erzielt werden kann!

(Den kompletten Beitrag können Sie auf www.sovd-sh.de lesen.)

Ihr Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender

SoVD-Kampagne ist in den Online-Medien und auf Plakatwänden gestartet

Herbst im Zeichen der Inklusion

Seit September setzt der SoVD in Schleswig-Holstein ein Zeichen für die Inklusion. Sein Ziel: Er möchte in der breiten Bevölkerung mehr Wissen und Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen wecken.

Zu diesem Zweck kann man aktuell in allen Teilen Schleswig-Holsteins Plakate des SoVD zum Inklusions-Thema entdecken. Wer viel im Internet

unterwegs ist, hat eine große Chance, auch dort auf die Inhalte der SoVD-Kampagne zu treffen. „Als großer Verband mit mittlerweile mehr als 180.000

Mitgliedern haben wir eine besondere Verantwortung, dieses gesellschaftliche Thema voranzutreiben“, so Landesvorsitzender Alfred Bornhalm. „Wir freuen uns besonders darüber, dass zahlreiche Ortsverbände ebenfalls mit Aktionen zur Inklusion mit dabei sind.“

So sind zum Beispiel Mitte September viele ehrenamtliche SoVD-Mitarbeiter*innen mit der gelben Karte für Falschparkende auf Behindertenparkplätzen unterwegs gewesen – unter anderem in Glinde, Neustadt und Kiel. Im November verleiht der SoVD Schleswig-Holstein darüber hinaus den Sven-Picker-Inklusionspreis mit einem Preisgeld von 5.000 Euro. Alle wichtigen Infos zu der Kampagne auf: www.sovd-sh.de.

Mit diesem Plakat wirbt der Landesverband für Inklusion.

SoVD und Arche Warder

Vor den Toren Kiels gibt es einen ganz besonderen Tierpark: Die Arche Warder züchtet heimische Haus- und Nutztiere wie zum Beispiel Zwergesel, Pommernenten, Tarpane oder Wollschweine, um sie zu erhalten. SoVD-Mitglieder zahlen statt 15 nur 13 Euro Eintritt, Kinder statt 12 nur 11 Euro. Bei einem Familienbesuch sparen Mitglieder fünf Euro Eintritt – statt 45 sind es nur 40 Euro.

Mehr Infos finden Sie unter www.arche-warder.de.

Das Projekt des Landesverbandes Schleswig-Holstein zur Digitalisierung der Mitglieder schreitet voran

Workshop bereitet auf digitales Ehrenamt vor

Für viele ältere Menschen ist es eine Herausforderung, sicher in der digitalen Welt unterwegs zu sein. Der SoVD Schleswig-Holstein möchte das ändern und bildet in den Modellregionen Kiel und Dithmarschen Ehrenamtliche zu „Digitalen Gesandten“ aus.

Die „Digitalen Gesandten“ sollen ab nächstem Jahr ältere Menschen individuell und praxisnah direkt im häuslichen Umfeld bei Fragen rund um Smartphones, Tablets und PCs unterstützen. Zur Vorbereitung fanden im August die ersten Workshops statt. Die Teilnehmer*innen erhielten dabei nicht nur organisatorische Infos, sondern wurden auch auf unterschiedliche Art und Weise aktiv: Mit Klebepunkten, Pinnwänden und Antwortkarten ga-

ben sie unter anderem an, welche Schulungsthemen sie sich wünschen, welche Formen der Unterstützung sie bevorzugen und wo sie selbst noch etwas unsicher sind. Trainer Alexander Boers ergänzte die Workshop-Einheiten durch praxisnahe Beispiele aus dem Alltag und stellte das vorläufige Schulungsprogramm vor. Zum Abschluss gab es die Möglichkeit, Anregungen und Wünsche direkt an die Projektkoordinator*innen

Daniela Herzberg (Modellregion Kiel) und Arndt Hauerken (Modellregion Dithmarschen) zu richten. Beide nahmen zahlreiche Hinweise für die weitere Ausgestaltung der Schulungen und des Projektes mit. Ende Oktober beginnen die Schulungen in Dithmarschen, Anfang November startet die Ausbildung in Kiel. Weitere Infos, Kontaktdaten, den aktuellen Flyern und die Schulungstermine unter: www.sovd-sh.de/digitale-gesandte.



Im August fanden die ersten Workshops zur Ausbildung als „Digitalen Gesandte“ statt.

KV/OV

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bunsoh

Bereits im August unternahm der Ortsverband mit 40 Mitgliedern einen Ausflug nach Mölln. Nach einer interessanten Stadtführung und gemeinsamen Mittagessen ging es bei Kaffee und Kuchen mit dem Grachtenboot MS Till auf Drei-Seen-Fahrt. Am Abend kehrten alle mit vielen Eindrücken und bester Stimmung nach Bunsoh zurück.



Ortsverband Oster-Ohrstedt / Wester-Ohrstedt

Beim Grillfest des Ortsverbandes Oster-Ohrstedt / Wester-Ohrstedt konnten dank vieler Anmeldungen und der Gastfreundschaft von Silke und Kurt Henningsen rund 20 Gäste trotz wechselhaftem Wetter einen geselligen Nachmittag im Garten verbringen – mit leckerem Grillfleisch, Salaten, Tombola und guter Stimmung. Alle Teilnehmenden gingen satt und zufrieden nach Hause. Eine Wiederholung im nächsten Jahr ist bereits geplant.

Ortsverband Hohenaspe

Kurz vor den Sommerferien gab es einen weiteren Grund zur Freude bei den Kindern und Mitarbeitenden der betreuten Grundschule Hohenaspe: Der Vorstand des SoVD-Ortsver-

Ortsverband Bunsoh

bandes erfüllte Wünsche der Schulkinder und übergab eine Spende in Form von Bunt- und Wachsmalstiften, Spielzeug und einen schicken blauen Sonnenschirm zur weiteren Verwendung.

Ortsverband Meldorf-Geest

Gratulation an Elke und Friedrich Kühl aus Wolmersdorf: Ernst-Otto Panier, Vorsitzender im Ortsverband Meldorf-Geest, und seine Ehefrau überbrachten zur Goldenen Hochzeit Glückwünsche, Blumen und einen Gutschein. Die Familie Kühl ist seit fast 23 Jahren Mitglied im SoVD.

Ortsverband Freienwill

Im Ortsverband Freienwill informierten sich zahlreiche

Mitglieder zum sicheren Radfahren. Referent Rolf Greulich von der Landesverkehrswacht wusste anschaulich von den Neuerungen und Gefahren des Radfahrens zu berichten – insbesondere zum Thema Pedelec und E-Bike. (S.Foto, v.li.: Referent Rolf Greulich und Hans Friedrich Marquardsen.)

Ortsverband Bad Bramstedt

Der SoVD hatte zum gemeinsamen Frühstück in der „Gazelle“ eingeladen. Rund 30 Mitglieder und Gäste genossen ein reichhaltiges Büfett und nutzten die Gelegenheit zum Klönschnack und zum Austausch.

Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop

Der Ortsverband feierte bei

Ortsverband Hohenaspe



Ortsverband Bad Oldesloe

bestem Wetter sein traditionelles Grillfest. Rund 100 Mitglieder genossen Steaks, Würstchen und Salate sowie kühle Getränke. In geselliger Runde wurde bis in den Nachmittag hinein geklönt und gelacht.

Ortsverband Bad Oldesloe

Gute Stimmung herrschte während der Vier-Tagesfahrt des Ortsverbandes durch das schöne Ostfriesland. Während der Reise konnten viele Eindrücke über Land und Leu-



Ortsverband Meldorf-Geest



Ortsverband Freienwill



Ortsverband Bad Bramstedt



Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Gleschendorf



Ortsverband Reher



Ortsverband Aventoft



Ortsverband Flensburg



Ortsverband Lütjenburg

te, Geschichte, Teekultur und heutiges Leben in der Region gewonnen werden. Besondere Highlights waren der Tagesausflug nach Norderney und der Besuch der weltberühmten Meyer-Werft in Papenburg.

Ortsverband Gleschendorf

Der Vorstand zeichnete langjährige Mitglieder aus: Gundula Budde und Anneliese Schröder für zehn Jahre sowie Sieglinde Vollbracht und Andreas Barkentien für 20 Jahre Treue zum Verband. Für satte 45 Jahre Mitgliedschaft wurde Hanne Pätou geehrt.

Ortsverband Reher

Mit gut 80 Teilnehmer*innen erfuhr die diesjährige Grillveranstaltung viel Zuspruch. Im Laufe des Abends ehrte Vorsitzender Johannes Janke folgende Mitglieder (s. Foto, v. li.): Heike Franzenburg für 10 Jahre, Cornelia Asmus für 15 Jahre sowie Mareike Hinrichsen und Roswitha Burkamp für 20 Jahre im SoVD.

Ortsverband Aventoft

Bei herrlichem Sommerwetter ging es mit 34 E-Bikes und zwei „Bio-Bikes“ zu einer 30-Kilometer-Radtour durch die Nachbargemeinden. Unterwegs gab es kühle Getränke, Kaffee und Kuchen. Am Ziel erwartete die hungrigen Radfahrer*innen sowie 85 weitere Personen ein Grillfest. Der Feuerwehrmusikzug aus dem dänischen Hoyer sorgte für Unterhaltung, nachdem 30 Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt worden waren.

Ortsverband Flensburg

Der Ortsverband stach mit einem Traditionsschiff bei bestem Wetter in See. Im Anschluss wurde der neue Veranstaltungsraum des Ortsverbandes vorgestellt: Der Vorstand plant dort, Kunst- und Yogakurse sowie Lesungen und Spieleabende zu veranstalten.

Ortsverband Lütjenburg

Bei bestem Sommerwetter fand die Tagestour auf die Insel Sylt statt. Mit dem Bus ging es zum Fährhafen und dann mit der Schnellfähre nach List. An Bord gab es für jede*n ein leckeres Frühstück. Anschließend schauten sich die Teilnehmer*innen Westerland an.

Ortsverband Lunden

Die jährliche Grillveranstaltung des SoVD Lunden war wieder ein voller Erfolg: Bei einer großen Auswahl an Salaten, Dips, Fleisch und Beilagen

Fortsetzung auf Seite 14



Ortsverband Lunden



Auszeichnungen

Für 30-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Helmut Paasch,
Ortsverband Lauenburg-Elbe.

Der Vorstand gratuliert herzlich.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Edith Barra,
langjährige Frauenbeauftragte im Ortsverband Heikendorf,

Bärbel Badstehn-Friedrich,
langjährige Vorsitzende im Ortsverband Lübeck-Schlutup,

Delf Bergmann,
langjähriger Revisor im Ortsverband Itzehoe,

Eva Ehlers,
langjähriges Vorstandsmitglied im Ortsverband Wrist,

Fritz Enders,
langjähriger 1. Vorsitzender im Ortsverband Hattstedt,

Erwin Gosch,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Leezen,

Rolf Grabowski,
langjähriger Revisor im Ortsverband Osdorf,

Annelore Heiden,
langjährige Revisorin im Ortsverband Garding,

Peter Ignatzi,
langjähriger 1. Schatzmeister im Ortsverband Lübeck-Krummesse,

Marlies Kümpel,
langjährige Revisorin im Ortsverband Strübbel,

Klaus Küttenbaum,
langjähriger 1. Kassierer im Ortsverband Kronshagen,

Dieter Nissen,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Achtrup,

Hans Friedrich Söhrnsen,
langjähriger 1. Kassierer im Ortsverband Neumünster.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

KV/OV

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 13
kamen alle auf ihre Kosten. In geselliger Runde wurde viel geschnackt und Neuigkeiten ausgetauscht.

Ortsverband Wesselburen
Der SoVD Wesselburen feierte sein Sommerfest im Dörpshus in Lohe. Besonders geehrt wurde Hannelore Dzielak, die 32



Ortsverband Wesselburen



Ortsverband Kronshagen

Wichtige Rufnummern

- 112 – Notruf für Menschen in Not.** 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.
- 110 – Notruf der Polizei.** Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.
- 116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst.** Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.
- Der Patientenombudsverein** bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:
- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04551/80 34 27;
 - für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
 - für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
 - für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.
- Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.
- Das Kindernottelefon** – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).
- Unabhängige Patientenberatung (UPD)** – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.
- Das Pflegenottelefon** – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.
- Das Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen**, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.

Jahre lang die Verbandszeitung verteilt hat und diese Aufgabe nun aus gesundheitlichen Gründen abgibt (s. Foto, li.).

Ortsverband Kronshagen
Ende Juli unternahm der SoVD-Ortsverband Kronshagen seine beliebte Strohfigurenfahrt zu den Probsteier Korntagen.

Trotz „norddeutschen“ Wetters genossen die Teilnehmer*innen die liebevoll gestalteten Figuren entlang der Strecke (s. Foto) und ein gemeinsames Mittagessen.

Ortsverband Kaltenkirchen
53 gut gelaunte Mitglieder füllten bei der Grillveranstal-

tung das Kaltenkirchener Vereinsheim bis auf den letzten Platz. Trotz Schmuddelwetters sorgten Grillmeister Ünal Cabikli und die herzliche Gemeinschaft für beste Stimmung. Ehrengast Kirsten Grundmann, die stellvertretende Landesvorsitzende, wurde besonders willkommen geheißen.

Interview

Jedes Jahr 120 neue Mitglieder

Der SoVD-Ortsverband Preetz gehört zu den größten in Schleswig-Holstein. Erst kürzlich konnte der Vorstand das 3333. Mitglied in der Schusterstadt begrüßen. Wir haben mit dem Vorsitzenden Kurt Heese über diese Erfolgsgeschichte gesprochen.

Hallo Herr Heese! Schön, dass Sie Zeit für uns haben. Wir sprechen gerade im SoVD-Sozialberatungszentrum in Preetz. Warum gerade hier?
Nun, hier kommen wir mit dem Vorstand regelmäßig zusammen. Mit über 3.000 Mitgliedern liegt bei unserem Ortsverband immer eine Menge Arbeit an, deswegen treffen wir uns als Vorstand an diesem Ort regelmäßig.

Wie lange sind Sie schon im Vostand dabei?
Mehr als zehn Jahre. Im März 2014 bin ich zum Vorsitzenden gewählt worden.

Das ist wirklich eine lange Zeit. Und Sie sind immer noch dabei. Was ist Ihre Motivation?
Als ich damals angetreten bin, habe ich es vor allem als Herausforderung gesehen. Die Anfangszeit war schwierig, weil wir viel anpacken mussten. Aber der Erfolg im Ortsverband gibt uns recht.

Na ja, und dann macht mir die Arbeit hier einfach Spaß. Ich bin ein Typ, der gern organisiert: Hier im SoVD Preetz kommt mir das sehr entgegen. Außerdem sind wir im Vorstand ein super Team, es macht Freude, hier im Ehrenamt tätig zu sein.

Sie sagten bereits, dass Sie seit dem Frühjahr 2014 Vorsitzender sind. Wie genau ist es dazu gekommen?
Also, Mitglied im SoVD bin ich seit 2010. Meine Frau und ich sind damals eingetreten, weil sie hier den Rentenantrag gemacht hat. Danach haben wir an einigen Reisen mit dem Ortsverband teilgenommen.

Und dann bin ich irgendwann angesprochen worden. Ich war ja schon Rentner, hatte also mehr Zeit als früher im Berufsleben bei den Preetzer Werkstätten. Der damalige Vorstand wusste das und



Kurt Heese

hat mich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, als stellvertretender Vorsitzender zu kandidieren. Konnte ich mir grundsätzlich. Wir sind dann aber nochmal persönlich zusammengekommen und haben alles durchgesprochen – und dann sollte ich plötzlich den ersten Vorsitz machen (lacht). Und so ist es dann auch gekommen: Die Mitglieder haben mich zum Vorsitzenden gewählt. Ein paar Monate später war ich dann auch gleich Schatzmeister im Kreisverband Plön.

Was genau sind denn Ihre Aufgaben als Vorsitzender?
Auch wenn wir uns im Vorstand gut ergänzen und gegenseitig unterstützen: Beim 1. Vorsitzenden läuft schon viel zusammen. Ich plane zum Beispiel die Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen. Auch unsere Fahrten organisiere ich, die Anmeldungen laufen jedoch über uns als Team.

Für unsere monatlichen Spielernachmittage besorgen meine Frau und ich jeden Monat an die 180 Präsente. Das ist natürlich eine Menge Arbeit – und ich kann an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ohne eine starke Frau, die mir den Rücken frei hält, wäre das nicht möglich. Ja, besondere Hochzeitstage feiern wir im SoVD Preetz ebenfalls persönlich. Da fahre ich als Vorsitzender immer hin.

Wie viel Zeit brauchen Sie denn für all diese Aufgaben?
Das habe ich nie aufgeschrieben. Es ist ein Ehrenamt. Aber es macht mir viel Spaß. Es geht aber nur im Team, wir ergänzen uns im Vorstand hervorragend.

Warum rennen Ihnen die Menschen in Preetz die Bude ein?
Als wir 2014 mit dem neuen Vorstand begonnen haben, hatten wir ca. 1.800 Mitglieder. Heute sind es über 3.300. Die Leute in Preetz wissen einfach, dass wir hier etwas anzubieten haben. Ein Beispiel: Während der Corona-Zeit haben wir im SoVD-Ortsverband für unsere Mitglieder Impftermine organisiert und die Leute ohne eigenes Auto teilweise nach Schönberg oder Plön ins Impfzentrum gefahren. Das hat sich herumgesprochen. Die Menschen hier wissen: Der SoVD in Preetz packt die Sachen an. Darüber hinaus bieten wir zahlreiche Veranstaltungen und Reisen an. Jeden Monat Frühstücksgesellschaft, jeden Monat Spielesonntag. Dazu Vorträge, Weihnachtsfeiern und und und.

Beeindruckend. Gibt es denn gar nichts, was Sie an Ihrem Ehrenamt nerven kann?
Da weiß ich nichts. Wirklich nicht.

Dann andersherum gefragt: Was ist Ihr schönes Erlebnis aus über zehn Jahren Vorstandsarbeit im Ortsverband Preetz?
Natürlich gab es da einige Dinge. Aber ganz besonders ist mir in Erinnerung geblieben, dass unsere Vorstandsvorsitzende aus Berlin, Michaela Engelmeier, bei uns in Preetz beim Frühstück war. Zusammen mit Alfred Bornhalm, unserem Landesvorsitzenden. Das war eine große Ehre für unseren Ortsverband.